

Emanzipation vom Marktstaat

Zur Wiederbelebung sozialer Effizienz

Rainer.Bartel@JKU.at | www.econ.jku.at/Bartel | www.jku.at/fodok

„Momentum’14 – Emanzipation“, Hallstatt 2014

Track #4: Organisierte Emanzipation?

Fassung vom 10. September 2014

http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Bartel-Rainer_Emanzipation-vom-Marktstaat.pdf

Inhalt

Abstract	1
1. <i>Vorgeschichte</i> über den Marktstaat: Wovon wir uns emanzipieren könnten	2
1.1. Der Markt	2
1.2. Der Staat und das (Einzel-)Wirtschaftliche an ihm.....	4
1.3. Der Staat und das (mangelnde) Politische an ihm	5
1.4. Die unpolitische Wissenschaft und das Politische an ihr	7
1.5. Liberalisierung und Normierung – kein Widerspruch	8
1.6. Ein Missverständnis, kein Widerspruch	9
2. Status quo und Alternativen: Wohin wir uns emanzipieren könnten.....	11
2.1. Trend und Konjunktur – Konjunktur und Trend (Bartel 2013c) und Budgetpolitik	11
2.2. Gleichere Verteilung der Arbeit, mehr Leistung und soziale Wohlfahrt.....	12
2.3. Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik	13
2.4. Supranationale Wirtschaftspolitik.....	15
3. <i>Exkurs</i> : Humanwissenschaftliche Inputs zu organisierter Emanzipation	18
3.1. Seele und Gesellschaft (Schlüter 2013).....	18
3.2. Weisheitsstreben und Gesellschaftskritik (Grabner-Haider 2012)	23
3.3. Sozialwissen und konstruktive Gesellschaftskritik	32
4. Konkrete Emanzipationsansätze: Grundtenor und Strategien	35
4.1. Konjunktur und Expansionismus, Soziales und Budget.....	35
4.2. Arbeitsmarkt und Beschäftigung.....	38
4.3. Wirtschaftspolitik, -wissenschaft und Finanzmärkte	42

4.4.	Supranationale Wirtschaftspolitik.....	45
5.	Organisation und Aussichten sozialer Emanzipation	48
5.1.	Wissenschaft	48
5.2.	Politik.....	50
5.3.	Das Volk als souveräner Souverän	51
5.4.	Zivilgesellschaft	52
6.	Literatur.....	55
7.	Anhang.....	60
A.1.	Grafiken.....	60
A.2.	Lebensdaten von Humanwissenschaftler_inne_n	62

Abstract

Marktstaat meint den Habitus eines Staates, der durch das liberale Marktmodell charakterisiert ist und sich bis in dessen Struktur und Politik auswirkt und die Gesellschaft prägt. Marktmodell und Marktstaat werden einleitend diskutiert und dem Konzept der sozialen Effizienz gegenübergestellt. Danach wird der Status quo in mehrererlei Bereichen vorgestellt, bei denen es lohnt, sich von ihnen zu emanzipieren: das Konzept von Trend und Konjunktur, Arbeitslosigkeit und die Verteilung der Erwerbsarbeit, Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik sowie supranationale Wirtschaftspolitik. Im folgenden Kapitel wird ein Exkurs unternommen, der in Psychologie, Philosophie und Sozialwissenschaften nach Ansätzen sucht, die für eine soziale Emanzipation von Wirtschaftspolitik und Markt nützlich sein können. In Kapitel 4 werden Emanzipationsschritte in jenen wirtschafts- und demokratiepolitischen Bereichen präsentiert, die zuvor angesprochen waren. Abschließend werden die Organisation und Aussichten der Emanzipation erörtert. Dabei konzentriert man sich auf die Bereiche Wissenschaft, Politik, das Volk als Souverän und die Zivilgesellschaft.

Market state indicates the Habitus of a government that has been characterized by the liberal market model and has affected even the structure and politics and coins society. In the introduction, market model and market state are discussed and contrasted with the concept of social efficiency. Thereafter, the status quo is presented in those fields which appear worth of emancipating from them: the concept of trend and cycle, unemployment and the distribution of bread-winning labour, financial markets and economic policy-making, as well policy-making on the supranational level. The following chapter represents an excursion, looking for approaches in psychology, philosophy and social sciences useful for social emancipation from economic politics and the market. In chapter 4, steps towards emancipation are presented in those fields of economic and democratic policies that have been addressed before. In concluding, the organization and prospects of emancipation are put forward, focusing on science, policy-making, the people as sovereign and the grassroots movement.

„Es ist nicht so, als hätten sich diese Dinge [die im Mythos erzählt; Anm. R.B.] jemals konkret ereignet, denn sie existieren zu jeder Zeit.“ (Gaius Sallustis Crispus: *De diis et mundo*, 4)

1. Vorgeschichte über den Marktstaat: Wovon wir uns emanzipieren könnten

Das Konzept Marktstaat wird hier gebildet, um zu kennzeichnen, dass das Marktkonzept als Organisationsidee die Gesellschaft allgemein und grundlegend gestaltet – auch im Staat. Es wird als Konzept verwendet, das zu hinterfragen ist. Der perfekte Markt als allgemeines Organisationsschema ist ein Mythos (Ötsch 2009). Der Mythos – das, was niemals war, aber immer ist – hat immerhin normative Kraft und schafft Faktisches – etwa die Verankerung des Marktprinzips bis in die Organisation und Politik des Staates. Marktstaat ist in diesem Sinn ein institutioneller Charakterzug, der das Öffentliche (Soziale) prägt und von dem sich die eine oder der andere ggf. emanzipieren mag.

Der Marktstaat ist das besondere Kennzeichen der neoliberalen Ära. Der Mainstream in der Ökonomik ist die Neoklassik. Sie stellt den einzelnen Markt ins Zentrum ihrer Analysen.

“Neoliberalism has several dimensions. First, it is a set of ontological doctrines about how the economy and society more generally operate, and a set of utopian normative visions about how it should, ideally, be organised. Second, neoliberalism is a policy regime marked by the microeconomic processes of privatisation, deregulation, marketisation and macroeconomic policies of inflation targeting and an end to full employment as the proper goal of states. Third, neoliberalism is a set of economic transformations whereby capital has been freed from many of the constraints upon its ability to operate within and between borders that had been in place during the post-World War II economic order. Clearly, these three dimensions of neoliberalism are interrelated.

As a doctrine there is significant overlap between neoliberalism and mainstream, or neoclassical, economics. Indeed, to a very great extent, neoliberal doctrine entails taking the foundational principles of neoclassical economics to their logical conclusion. At its heart, neoclassical economics proposes a situation in which asocial individuals voluntarily exchange with one another through markets for mutual benefit. State regulations, other than the provision of basic framework of rules, are cast as an exogenous interference in this otherwise self-regulating system. Neoliberals have taken this idea and argued that such a free market system is not only the most efficient way of organising the distribution of goods and services, but also the most moral, since it is the best way of preserving individual liberty (when defined negatively as freedom from coercion). From this follows the policy proposals of privatisation, marketisation and deregulation – that is, engaging private capital in the provision of public services and freeing it from constraints that prevented from doing so efficiently” (Cahill 2014: 2).

1.1. Der Markt

Der wettbewerbliche Markt, über den hier ganz im Sinn des ökonomischen Mainstream gesprochen wird, ist ein einfaches Konzept, relativ zu dem einer metaökonomischen, staatlichen Organisation und deren Aufgabenerfüllung. Angebot und Nachfrage sind Ausdruck des von den Individuen Gewollten und daher für sie Bestmöglichen und unter den Rahmenbedingungen auch recht gut Durchsetzbaren; das ähnelt der Vorstellung von optimaler Demokratie und deren Ergebnisqualität.

Aus Angebot und Nachfrage ergibt sich der Marktpreis von allem und jedem – auf dem Finanzmarkt oder dem Arbeitsmarkt, auf dem Umwelt- oder dem Heiratsmarkt. Der Marktpreis erklärt seinerseits sowohl Angebot als auch Nachfrage.

Aus einer solchen zirkulären Interdependenz von Wirtschaftsplänen und Marktpreisen erwachsen also nicht nur ökonomisch effiziente Verhaltensweisen, sondern auch, dank Preismechanismus, die alle Kollektivmitglieder zusammen betreiben und nutzen, gesellschaftlich optimale Ergebnisse.

Die Koordination auf dem und durch den Markt geschieht in dreierlei Hinsicht: im Hinblick auf Ressourceneinsatz (Allokation), Verteilung (Distribution) und Stabilität. Allokationsfunktion, Distributionsfunktion und Stabilisierungsfunktion könnten die Märkte – trotz Schwierigkeiten in typischen Problembereichen – bestmöglich erfüllen.

Mit der Unterstellung und Postulierung eines derartigen Mechanismus erhält das theoretische Marktkonzept und somit auch das praktische Marktsystem eine normative Kraft, die beeindrucken, prägen und Legitimation schaffen soll und das offenbar auch kann. Denn einem Automatismus wie dem des idealen Marktes wird der Status einer unparteiischen, objektiven und effizienten Instanz auf der überindividuellen Ebene zugeschrieben (Bartel 2013). Markt ist nämlich eine Institution, die als solche die Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Individuen übertrifft. Alle Menschen zusammen könnten weniger leisten und genießen, wenn sie nicht Elemente des Marktsystems wären und sich nicht auf den Marktmechanismus verlassen könnten, der die individuellen Verhaltensweisen optimal koordiniert.

“According to Hayek, it is only the unhindered operation of the price mechanism that allows for the multiplicity of subjective individual preferences in a large complex economy to be registered and responded to” (Cahill 2014: 2).

Das verleiht dem Marktkonzept bzw. -system einen quasi naturgesetzlichen Charakter und seinen Verfechter_inne_n eine auf Expertise beruhende Herrschaft: Der Markt kalkuliert und weiß eben alles, selbst das Komplizierteste, und er sagt uns unkompliziert, was das Vorteilhafteste ist. So wird in Mainstream-Lehrbüchern etwa vermittelt, dass sich ein Individuum nicht mit der Bewertung seiner Vermögenswerte – Finanzvermögen wie Humanvermögen – abmühen müsste, denn das erledigen die Märkte für sie, indem sie bspw. den Aktienpreis und den Lohnsatz ausweisen.

Die Märkte funktionieren gleichsam ohne das Individuum: erstens, indem der Markt jedes Individuum und alle Individuen zusammen übertrifft; dazu braucht sich das Individuum bloß intuitiv zu verhalten, nämlich einfach nutzenmaximierend – das ist deshalb einfach, weil die menschliche Natur so ist. Zweitens wird die Bedeutung des Individuums dadurch eingegrenzt, dass es auf dem Markt – im Gefüge und der individuellen Verhaltensweisen und im Aggregat derer Ergebnisse – als vereinzelt Systemelement einflusslos bleibt. Wegen des Wettbewerbsprinzips und seiner Funktionsfähigkeit sind individuelle Marktteilnehmer_innen machtlos, sie agieren ohne Schaden für die Gesellschaft. So wird der Markt machtfrei gehalten.

Das Individuum verhält sich meist spontan, entweder i. S. v. ungebunden durch explizit gesetzte Regeln oder innerhalb der kollektiv gesetzten Regeln. Analytisch gesehen agiert es nach seinen Präferenzen (Vorlieben, die Nutzen stiften), gemäß der unausweichlichen ökonomischen Restriktion, nur ausgeben zu können, was es (inklusive Kredithalt) einnimmt, und den Preisverhältnissen (Preisrelationen, relativen Preisen) auf dem Markt folgend.

Die relativen Preise, Gegebenheiten (Daten) für das Individuum. Dieses gleicht die Daten mit dem betreffenden individuellen Nutzen ab: Nutzen-Kosten-Überlegungen werden angestellt, Nutzen-Kosten-Relationen optimiert; ökonomische Anreize wirken. Die jeweilige Zahlungsbereitschaft (*willingness to pay*) für einen Vorteil (z.B. Prestige oder Konsumgenuss) oder die Akzeptanzbereitschaft

(*willingness to accept*) für einen Nachteil (z.B. Arbeitsmühe, Umweltbelastung) führt jeweils zum nutzenmaximalen Ergebnis: beim Individuum und in der gesamten Gesellschaft.

1.2. Der Staat und das (Einzel-)Wirtschaftliche an ihm

Auf sozialer, d.h. gesellschaftlicher Ebene passt das Marktkonzept als der Höhepunkt ökonomischer Rationalität zunächst einmal (aber nicht nur) auf den Minimalstaat und legitimiert ihn mit folgender Optimalität: Dieser Staatstypus ist zum einen groß genug, um die Kosten von Anarchie zu vermeiden, und zum anderen klein genug, um die Individuen nicht ungebührlich zu bevormunden und dadurch schlechter zu stellen als nötig. Der Minimalstaat vermeidet es, die ökonomischen Anreize als Faktoren der optimalen Verhaltenssteuerung extern in unvertretbarer Weise zu verzerren (*incentive distortion*), geschweige denn sie ganz zu verdrängen (*motivational crowding-out*).

Darüber hinaus fundiert das Marktkonzept mit seiner Denkart auch den Sozialhilfestaat. Hier werden zum einen die Ansprüche der um Hilfe Ansuchenden von einer staatlichen Instanz im Einzelfall als legitim oder illegitim beurteilt: selbst verschuldet oder unverschuldet verarmt, freiwillig oder unfreiwillig arbeitslos? Demgemäß wird Sozialhilfe zuerkannt und dimensioniert. Das ist analog zur Entscheidung des Marktes darüber, was für das Individuum erreichbar ist oder nicht. Im Ablehnungsfall unterwirft sich das bettelnde Individuum dem Urteil der potenziell karitativen privaten Geber_innen wird – ebenfalls nach marktanalogen Denkschema (Illouz 2009) – mit Erfolg oder Misserfolg beschieden. Beides beruht erstens auf dem marktgemäßen Prinzip der ökonomischen Eigenverantwortlichkeit im Markt bzw. der außermärklichen persönlichen Schuldlosigkeit an der eigenen wirtschaftlichen Misere und zweitens auf dem marktkonformen Ergebnis der jeweils einschlägigen Nutzen-Kosten-Rechnung (gebe ich etwas und, wenn ja, wie viel?).

Weiter gedacht ist auch der Sozialversicherungsstaat ein Marktstaat, weil die Risiken nach den ökonomischen Überlegungen des Marktes abgedeckt werden: Die staatliche Versicherung oder, noch deutlicher, die staatlich auferlegte Versicherungspflicht basiert auf Beitragsleistungen, welche die Leistungsansprüche im eingetretenen Risikofall erst begründen und versicherungsmathematisch in ihrer Dimension festlegen. Insofern ist das Kalkulationsergebnis Ausdruck spontaner Ordnung. Daran ändert auch weder die Pflichtversicherung zwecks Risiko-Poolung noch die politisch-administrative Preisgestaltung nichts Wesentliches, auch wenn diese den Charakter einer willkürlich gesetzten Ordnung aufweisen. (Genau genommen setzt die Arbeitslosenversicherung voraus, dass Arbeitslosigkeit unfreiwillig ist, sonst wäre die Versicherungsleistung ungerechtfertigt und erschlichen.)

Letztlich zeigen sich selbst im Wohlfahrtsstaat mitunter die Konsequenzen des Marktdenkens, und das freilich besonders in Krisen, nämlich angesichts der Tatsache, dass das soziale Potenzial eines Wohlfahrtsstaates nicht zuletzt auf den Leistungen der Märkte fußt. Das Marktliche am Wohlfahrtsstaat ist die Skepsis gegenüber seiner eigenen Leistungsfähigkeit. Die Skepsis entspringt der enkulturierten Norm, der Markt sei (fast) ideal, so dass er die maximale Kapazität an Informationsaufbringung und -verarbeitung und somit eine übermenschliche Einsichts- und Leistungsfähigkeit besitze. Daraus ergibt sich der Unwille, Märkte selbst in typischen Problembereichen zu regulieren, also Ge- und Verbote zu setzen und in den Preis-Mengen-Mechanismus einzugreifen. Selbst ungeachtet eines gruppenspezifischen Lobbyismus wirkt die generelle Norm von Freiheit der Produktion und Vermarktung unschlagbar attraktiv und immunisiert sich selbst. Ökonomische Effizienz wird somit als

Voraussetzung für soziale Optimalität angesehen. In diesem Licht erscheint die faktisch geringe Systemreformbereitschaft im Gefolge der jüngsten Weltfinanz- und -wirtschaftskrise verständlich.

Andererseits ist die politische Bereitschaft zur Konsolidierung und Reduktion der Budgets beeindruckend. Gute Wirtschaftspolitik ist offenbar jene, die von den Märkten honoriert wird; schlechte Politik wird von ihnen bestraft. Diese „Privatisierung“ der Wirtschaftspolitik (Bartel et al. 2008) und letztlich der Demokratie (Monbiot 2013), dem Fundament aufgeklärter Politik, betrifft heutzutage besonders die konzertierte Aktion der staatlichen Budgetkonsolidierungen als unumgängliche Voraussetzung für künftig günstige Wirtschaftsentwicklungen. Der Punkt dabei ist der schädliche Entzug privater Ressourcen durch staatliche Zwangsgewalt, die wiederum durch die erkleckliche Summe von Partialinteressen an Budgetmitteln zustande kommt (Weizsäcker 1982).

Um deshalb die Summe der Ansprüche auf öffentliche Mittel einzuschränken (Stichwort Steuersenkung), ohne aber den Zufluss dieser Mittel an die eigene Interessengruppe zu gefährden, ist ein hintergründiger, gut organisierbarer und effektiver Lobbyismus (Fehr 1986) vordergründig mit der Forderung nach Budgetkonsolidierung zu kombinieren und auf gefinkelte Weise gruppenspezifisch zu optimieren (Schlager 2014). So wird die öffentliche Hand als dem privaten Konsumhaushalt wesensgleich propagiert (Bartel 2000) und etwa die Allegorie der schwäbischen Hausfrau bemüht.

Dazu passend wird vorausgesetzt, dass gute Manager_innen gute Politiker_innen wären. Fehlt Politiker_inne_n diese Einsicht in die ökonomische Rationalität der Märkte, so werden Wirtschaftsvertreter_innen herangezogen, um die Politik zu beraten. Teils verschmelzen die organisierten Lobbys sogar mit der Organisation des Staates. Als prominente Beispiele können die Agenda 2000 (dabei insbesondere die Hartz-Reformen) und die Lobbydichte in Brüssel und Einbringung wirtschaftlicher (lobbyistischer) Expertise in die Arbeit der EU-Kommission dienen.

Als Ergebnis all dessen wird jedenfalls wird die Arbeitswelt flexibler, und die einschlägigen Risiken werden weniger abgedeckt, die Markterfolge ungleicher. Die metaökonomische Komponente der sozialen Effizienz erleidet tendenziellen Bedeutungsverlust.

1.3. Der Staat und das (mangelnde) Politische an ihm

Gern sagt man, der Motor der Wirtschaft schnurre, wenn die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts oder Bruttonationaleinkommens wieder positiv sind. Gerade diese Messlatten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR, auch SNA: *System of National Accounts*) bestärken die Politik im Sinn eines Marktstaates, beruhen sie doch fast lupenrein auf einzelwirtschaftlichen (d.h. betriebswirtschaftlichen, ökonomischen statt metaökonomischen) Denkkategorien: G&V-Rechnung, Markteinkommensaggregate, Außenwirtschaftsbeitrag zum Inlandseinkommen, aggregierter privater Sachvermögensbestand (der Staat bilanziert ja nicht).

Die volkswirtschaftliche Einkommens- und Vermögensrechnung beinhaltet vom Entstehungszusammen eben einzelwirtschaftliche Kategorien. Das ist legitim und unvermeidlich, erfordert aber darüber hinaus mehr Weitblick. Die VGR deckt nur die eine Seite der volkswirtschaftlichen Medaille ab: die ökonomische Effizienz. Diese deckt sich trotz aller Marktstaatlichkeit jedoch nicht mit sozialer Effizienz, gleichsam dem Inhalt der gesamten Medaille, die nur als Ganze ihren vollen Wert hat.

Wir können und brauchen hier die zahlreichen Argumente für die metaökonomischen Aufgabenstellungen des Staates nicht mehr Revue passieren zu lassen. Ebenso wenig seien an dieser Stelle

die Argumente gegen die Auffassung strapaziert, spontane Verhandlungen zwischen den inhärent kooperativen Individuen führten zu besseren Ergebnissen, verglichen mit jenen Politikergebnissen, wie sie durch die positive (d.h. rein beobachtende, nicht subjektiv wertende) Theorie der Wirtschaftspolitik erklärt werden. Denn (Wirtschafts-)Politik werde von den menschlichen Schwächen der sie tragenden Personen entwertet wird und sich solcherart selbst disqualifiziert (Bartel 2013). Dazu gibt es zahllose empirische Studien, die ihrerseits jeweils durch die methodischen und theoretischen Dispositionen gefärbt und so in gewissem Grad vorherbestimmt sind (Bartel 2014).

Der hier als wesentlich angesehene Punkt ist die grundsätzliche Frage der Perspektive. Aus einer veritabel volkswirtschaftlichen, d.h. gesamthaften, sozial(wissenschaftlich)en Sicht sind nicht nur Aggregate von wirtschaftlichen Rechen- und Kenngrößen in den Blick zu nehmen (*Output*), sondern auch und nicht zuletzt die Auswirkungen auf das Leben und die Lebensqualität der einzelnen Menschen im gesellschaftlichen Zusammenhang (*Outcome*). Hinter realwirtschaftlichen Aggregaten und ihren Veränderungsraten stecken die Schicksale, Empfindungen, Freuden oder Nöte von Menschen, die aus der Grundrechtsperspektive frei und gleich sein sollen, zumindest was ihre Chancen und potenziellen Ergebnisse betrifft (Rawls 1995).

Outcome wäre als umfassende, wenn auch nicht annähernd exakt rechenbare Denkkategorie zu verfolgen, anstatt nahezu ausschließlich, ja fetischistisch, *Outputs* als eingeeengte Begriffsinhalte (beeindruckende Produktionsmengen, beschönigende Zahlen der Arbeitsverhältnisse) zu betrachten. Die *Output*-Hemisphäre umfasst den materiellen Wohlstand, während die *Outcome*-Sphäre die soziale i. S. v. gesellschaftliche Wohlfahrt als umfassende Denk- und Empfindungskategorie umspannt, deren einer Teil nur der gut dokumentierte Wohlstand ist.

Wir stellen daher hier, zugegebenermaßen holzschnittartig, das engere Konzept der ökonomischen Effizienz bei der Zielbestimmung und -verfolgung dem breitestmöglichen Konzept der sozialen Effizienz gegenüber. Prämisse ist, dass eine Erhöhung der rein ökonomischen Effizienz keine gesamthafte Verbesserung Steigerung der sozialen Effizienz bedeuten muss und eine Wohlfahrtssteigerung nicht unbedingt eine vergrößerte ökonomische Effizienz voraussetzt (Bartel 2013).

Bei einer solchen Unterscheidung ist die (sehr ungleiche) Verteilung der Chancen und der Ergebnisse auf den Märkten von entscheidender Bedeutung. Das gilt nicht nur, was den unmittelbaren Erfolg an Lebenszufriedenheit betrifft, sondern auch, was die Entwicklungspotenziale anbelangt (Bildung und Förderung im Hinblick auf soziale Mobilität und Nachhaltigkeit). Damit ist der Kreislauf „Chancen – Ergebnisse – Chancen – ...“ geschlossen.

In diesem Zusammenhang werden hier die beiden Hemisphären des Sozialen eines Wirtschaftskonzepts oder -systems (die beiden Seiten der Medaille) deutlich, indem „private Güter“ und „öffentliche Güter“ betroffen sind. Z.B. steigern gleicher verteilte Erwerbsarbeitszeiten (ein öffentliches Gut) die Arbeitsergebnisse insgesamt (auch mehr private Güter entstehen), indem das öffentliche Gut „sozial optimale Verteilung bezahlter Lohnarbeit“ vor schädlicher Überforderung einerseits und quälender Unterforderung andererseits schützt und solcherart zugleich ökonomischen und menschlichen Schaden verhindert. Ähnliches postuliert Unger (2013) für das Verhältnis der Sozialpolitik zur Wirtschaftsentwicklung; Sozialpolitik ist für die Wirtschaftsentwicklung förderlich, nicht primär von der Wirtschaftsentwicklung abhängig.

Der Charakter des öffentlichen Gutes äußert sich darin, dass es der Wettbewerb auf dem Markt ist, der primär die ökonomische Effizienz fördert, die metaökonomische Sphäre der Wirtschaftsergebnisse ausblendet und damit schließlich die ökonomische Effizienz beeinträchtigt. Markt-

liche Produktion privater Güter ohne supramarktliche Bereitstellung öffentlicher Güter hält die soziale Effizienz und deren Ergebnis, die soziale Wohlfahrt, unter ihrem Potenzialniveau (Rodrik 2002).

1.4. Die unpolitische Wissenschaft und das Politische an ihr

Der in Wissenschaft, Demokratie und Politikrealisierung eingenommene Blickwinkel kanalisiert freilich die zu hebenden Potenziale und zu realisierenden Entwicklungen. Recht gut zu verdeutlichen ist die ausschlaggebende Wahl der Perspektive auf die Welt anhand der von Bourdieu und anderen (1993/1997) eingeschlagene Sicht- und Vorgangsweise bei einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Untersuchung des „Elends der Welt“ (als allgemeine Kategorie) am induktiven Beispiel entsprechender Pariser Vororte. Thomas Lemke (1998: 90) charakterisiert Methodik und Bedeutung:

„Ein Grund für diesen Publikumserfolg liegt – außer der Konzeption des Buches als Interviewband und dem weitgehenden Verzicht auf eine soziologische Fachsprache – sicherlich in der ungewöhnlichen Art und Weise, wie sich die Studie den kleinen und großen Nöten der ‚gewöhnlichen Menschen‘ nähert. Bourdieu und seinen MitarbeiterInnen zufolge läßt sich der Begriff des ‚Elends‘ (...) nämlich weder auf (lebens)zeitliche noch auf (sozial-)räumliche Kategorien und Grenzziehungen festlegen. Das Elend beschränkt sich in diesem Sinne nicht auf identifizierbare Gruppen oder konkrete Personen, und es bezeichnet ebenso wenig einen bestimmten Zeitabschnitt im Leben von Individuen. Tatsächlich ist Das Elend der Welt weniger ein Buch über materielle Entbehrungen und ökonomische Armut, sondern es berichtet eher von dem symbolischen ‚Reichtum‘ oder der Vielfalt sozialer Marginalisierungen, Ausgrenzungen und Konfrontationen.

Um ein Mißverständnis von vornherein auszuschalten: Das Elend der Welt operiert dabei nicht mit der bekannten Differenz von absoluter und relativer Armut. Im Gegenteil ist es gerade diese Unterscheidung mit der ihr zugrundeliegenden hierarchisierenden Trennlinie, die das Buch infrage zu stellen sucht. Angesichts der großen Armut mögen die ‚kleinen Nöte‘, das heißt das positionsbestimmte Elend zwar einerseits als ‚gänzlich relativ‘ erscheinen. Andererseits ist es aber genau diese absolutistische Zentralperspektive auf das Elend, die dazu führt, alle Formen des Elends am universellen Maßstab materieller Not zu messen. Auf diese Weise wird es unmöglich, andere Formen des Leidens wahrzunehmen, als solche, die sich nach diesen Kriterien für den Status des (wahren) Elends qualifiziert haben.

Der von Bourdieu et al. favorisierte theoretische ‚Perspektivismus‘ (...) hat demgegenüber nichts mit einem Relativismus (bzw. einer Relativierung des ‚relativen Elends‘ im Unterschied zum absoluten) gemein, sondern gründet in der Realität der sozialen Welt selbst: in der ihr eigenen Pluralität der mit-, neben- und oft auch gegeneinander existierenden Standpunkte. Methodisch folgt aus dieser Problembeschreibung die Suche nach einem Weg jenseits von subjektiver Betroffenheit und scheinbar objektiver Beschreibung. Die Studie bedient daher weder das Genre der engagierten Sozialreportage noch ist sie ein distanzierter wissenschaftlicher Bericht, sondern folgt in der Analyse des Elends der Aufforderung Spinozas: ‚Nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen‘“.

Allein schon die allgemein sozialwissenschaftliche und speziell wirtschaftswissenschaftliche Perspektive auf das Soziale in der Welt bestimmt, wie anhand dieses Zitats aufgezeigt, durch ihre Selektivität über Relevanz oder Irrelevanz der einzelnen Untersuchungsinhalte und -ergebnisse für die öffentliche Debatte und politische Umsetzung. Von einer unpolitischen Sozialwissenschaft kann daher nicht ernsthaft gesprochen werden. So zog denn auch der Wirtschaftsliberalismus neu und stärker aus der Wissenschaft in die Politik ein – oder ist es eher ein Konservatismus als Liberalismus?

1.5. Liberalisierung und Normierung – kein Widerspruch

Obwohl neoliberale Ökonom_inn_en und Politiker_innen beklagen, dass es in der neoliberalen Ära nicht gelungen sei, wesentlich zu deregulieren und den (schädlichen) Einfluss des Staates zurückzudrängen (sie sehen eher das Gegenteil), gehen wir hier einmal von einer tatsächlichen und nennenswerten Liberalisierung aus, nämlich von Deregulierung bestehender und Nichtregulierung entstehender Märkte (Schreiner 2013, Prausmüller/Wagner 2014). Das betrifft in dieser Ära v. a. die Arbeits-, Finanz- und Dienstleistungsmärkte.¹ Dennoch werden die Entscheidungen infolge der wesentlichen Liberalisierungen faktisch nicht freier. Das ist aus folgenden Gründen kein Paradoxon.

Erstens: Die neuen Märkte bilden schon nach Schumpeterscher Sicht einen günstigen Möglichkeitsraum für – zumindest vorübergehende – Monopole (Schumpeter 1942/1975), deren Auflösung von der Offenheit des monopolistischen Marktes für Konkurrenz abhängt (Baumol 1982) und zudem für Mengen- bzw. Preisabsprachen im dafür besonders geeigneten Oligopol.

Zweitens: Märkte, die durch Deregulierung von politisch-administrativen Strukturen befreit werden, bilden ein ökonomisches Machtvakuum, das die stärksten *Players* quasi ansaugt und statt eines Wettbewerbs auf dem Markt einen Kampf um den Markt oder um marktbeherrschende Positionen mit entsprechenden neuen, privaten Machtpositionen mit sich bringt (van Waarden 2001).

Drittens: Die zumindest grob die Richtung weisenden Entscheidungen im Rahmen der repräsentativen Demokratie sind in dem Sinn nicht freier, dass das Marktkonzept mit seiner eingangs geschilderten Normativität eine faktische Hegemonie innehat, welche den Charakter des Marktstaates absichert und beibehält, und zwar unbeschadet der politisch den Ton angebenden Parteien und ungeachtet des jeweiligen Staatstypus (eben sogar vom Minimal- bis zum Wohlfahrtsstaat). Politik erschöpft sich somit in der Verwaltung des Marktstaates und des proaktiven Ausschlusses von Alternativen aus der effektiven öffentlichen Debatte und den Verweis in den Bereich des Undenkbaren, also Unrealisierbaren und ökonomisch Irrationalen.

„Der Mensch kann in der natürlichen Welt nicht leben; er macht sie sich mit seinen Konstruktionen bewohnbar. Diese menschliche Leistung gründet auf den Diskursen, die uns mit ihren Darstellungen nahe legen, wie die Welt der Dinge ‚wirklich‘ ist, wie wir sie wahrzunehmen und zu denken haben. Die Überzeugungskraft und Macht der Diskurse beruht auf drei Prinzipien (Foucault 1974): Diskurse arbeiten mit Prozeduren der Ausschließung und des Verbotes – wir hätten nicht das Recht, bei jeder Gelegenheit alles zu sagen. Sie arbeiten zweitens mit dem Prinzip der Grenzziehung und Verwerfung – es gäbe vernünftige und wahnsinnige Redeweisen; was die ‚Verrückten‘ uns zu sagen hätten, sei ohne Bedeutung. Und drittens vermitteln uns die Diskurse Vorstellungen darüber, was falsch und was richtig ist, oder vielleicht genauer: was wir als wahr betrachten wollen und welche institutionelle Macht uns verbürgt, dass eine Wahrheit die höchste ist“ (Ziegler 2008: 17).

Die offene Gesellschaft ist im Neoliberalismus nicht mehr offen – zumindest bei weitem nicht mehr so offen, wie Karl Popper (1945/1966: Kap. 5, o. S.) und viele andere das vor Aufstieg und Hegemonie des Neoliberalismus noch wünschten:

‘The beginning of social science goes back at least to the generation of Protagoras, the first of the great thinkers who called themselves “Sophists”. It is marked by the realization of the need to distinguish between two different elements in man’s environment – his natural environment and his social environment. This is a distinction which is difficult to make and to grasp, as can be inferred from the fact that even now it is not

¹ Im Bereich des Außenhandels gibt es einen Übergang vom offenen, formellen zum versteckten, nicht-tarifären Protektionismus im Kampf der entwickelten Staaten um ausgedehntere Weltmarktanteile, und der formelle Marktöffnungsdruck mit der ökonomischen Belastung lastet auf den weniger weit entwickelten Wirtschaften.

clearly established in our minds. It has been questioned ever since the time of Protagoras. Most of us, it seems, have a strong inclination to accept the peculiarities of our social environment as if they were "natural".

It is one of the characteristics of the magical attitude of a primitive tribal or "closed" society that it lives in a charmed circle of unchanging taboos, of laws and customs which are felt to be as inevitable as the rising of the sun, or the cycle of the seasons, or similar obvious regularities of nature. And it is only after this magical "closed society" has actually broken down that a theoretical understanding of the difference between "nature" and "society" can develop.'

Heutzutage ist eine Normierung allgemeinen wirtschaftspolitischen Handelns längst eingetreten, ja herbeigeführt worden. Die Internalisierung und generelle Anwendung des Marktkonzepts in den jeweiligen Entscheidungsinstanzen hat sie bewirkt. Genau genommen ist es die in der Praxis nicht realisierte und vielleicht auch nie befriedigend realisierbare, vielleicht aber durch Besseres – durch eine „Zweitbestlösung“ – ersetzbare Fiktion des perfekten Wettbewerbsmarktes: Er soll machtfrei und anreizeffizient, frei im Sinn von raumgebend sowie effizient und leistungsgerecht sein.

Die hier skizzierte Problematik und angebrachte Kritik bedeutet weder, die neoklassische Methodik zur Erklärung des idealen Marktes – die algebraische Optimierung durch die Wirtschaftsteilnehmer_innen – rundweg abzulehnen (Bartel 2014), noch das Konzept des Wettbewerbsmarktes pauschal in Frage zu stellen, um es schlussendlich kategorisch zu verwerfen. Es geht allerdings darum, dieses Konzept auf seine tatsächlich effizienten Einsatzbereiche zu beschränken (Bartel 2013a) und im Übrigen die Marktbeziehungen anders zu organisieren, als sie durch Liberalisierung faktisch den Mächtigeren zu überantworten, dadurch Strukturen zu konservieren und die Anpassung den weniger Mächtigen aufzubürden. Marktbeziehungen sind aus dieser Sicht eher einer vorzugsweise an der sozialen Effizienz ausgerichteten Politik zu anzuvertrauen.

1.6. Ein Missverständnis, kein Widerspruch

Ein spezielles Problem bereitet die Normierung des Denkens bei der supranationalen Organisation der Politik auf. Die Institution der EU ist an sich eine effektive und effiziente Organisationsform für die politische Koordinierung und ähnelt vom Prinzip der (informellen) Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft. So soll die EU die einzelnen Interessen im relativ kleinen und wirtschaftlich wie sozial noch wenig integrierten Raum Europa bündeln und Unterschiede tendenziell ausgleichen. Im Sinn sozialer Effizienz und ihrer erhofften entwicklungsfördernden Wirkungen ist sie als Instanz politischen und sozialen Ausgleichs und effektiver Umsetzung prädestiniert.

Doch die in einer fehlenden europäischen Verfassung zu verankernden Prinzipien von Offenheit, sozialen Grundrechten und Reversibilität (Korrekturfähigkeit) der supranationalen Politik werden verschiedentlich und schmerzlich vermisst. Soziale Ausrichtung wäre durch ein wahrhaftiges Gesamtdenken auf EU-Ebene zweckmäßiger zu verfolgen (ganz im Sinn des oben Erläuterten). Das erforderte eine gesamteuropäische Solidarität, dem die internalisierte Norm des Wettbewerbs als Grundlage der (Gemeinschafts-)Politik entgegensteht. Stärkere *Win-Win Solutions* – mehr soziale Wohlfahrtsmehrung und zugleich mehr Wirtschaftsleistung – sind möglich, wenn auch noch kaum vorstellbar. Dadurch werden Ideenreichtum und Gestaltungswille in der Politik marginalisiert.

Als Hauptproblem erscheint dabei Folgendes. In der geschilderten Situation wird die Institution der EU an sich leicht mit der hegemonialen Verankerung der Marktstaatlichkeit in dieser Institution verwechselt, obwohl das Strukturelle, die Institution an sich, mit dem Inhaltlichen, ihrer Politik, eigentlich wenig zu tun hat. Der schmale, aber wichtige Konnex zwischen Organisationsstruktur und

Politikgestaltung ist die demokratische Ausgestaltung der Institution EU im Hinblick auf Offenheit, Kontrolle und Reversibilität, und zwar durch das politisch stärker direkt legitimierte EU-Parlament.

So gesehen richten sich die nationalistischen Anti-EU-Bewegungen auf das falsche Ziel: auf die Institution statt deren Politik. Folgerichtig wären also die Emanzipation vom Marktstaat-Denken und reformerische Bemühungen im System der Repräsentanz des politischen Souveräns vorrangig, um viel mehr Bewegung in das recht konservative System zu bringen.

„Wir sprechen nicht über Politik, (...) wir kümmern uns nicht um den Zustand der Welt.“ (Michael Köhlmeier: Die Abenteuer des Joel Spazierer. Roman. dtv: München 2014: 22)

2. Status quo und Alternativen: Wohin wir uns emanzipieren könnten

Emanzipation aus einem System gut organisierter Partialinteressen (Marktstaatlichkeit nützt freilich den Bevölkerungsgruppen ungleich gut) verlangt zum einen Organisation i. S. v. koordinierter kollektiver Aktion, zum anderen Intellekt, Intelligenz und Kreativität; bloß gegen etwas zu sein, ist ineffektiv (Mouffe 2013). Schon Jean-Paul Sartre folgend (Grabner-Haider 2012) bedarf soziale Kritik entsprechender Entwürfe gesellschaftlichen Zusammenlebens. Noch weiter zurückliegend ist es Friedrich Nietzsches „Freigeist“, der es im Gegensatz zu den „gebundenen Geistern“ vermag, die vorgetäuschte und idealisierte Regelmäßigkeit des Lebens gegen die offenen Perspektiven der Entwicklung zu tauschen; der „Freigeist“ bemächtigt sich (Ruckenbauer 2012) – heute heißt dies *self-empowerment*. In diesem Sinn wären Brücken zwischen den rein ablehnenden bis hin zu den kreativen Strategien zu bauen oder zu verstärken. Hier sollen einige prioritäre Einsatzbereiche für organisierte Emanzipation im Bereich der Wirtschaftswissenschaft und -politik aufgezeigt werden: Konzept der Konjunktur und Budgetpolitik, Bild vom Arbeitsmarkt und Vorstellung von der Arbeitswelt, Gestaltung der Finanzmärkte und die Konzeption der supranationalen Wirtschaftspolitik der EU.

2.1. Trend und Konjunktur – Konjunktur und Trend (Bartel 2013c) und Budgetpolitik

Ein Konjunkturzyklus ist in den Augen des Status quo (Mainstream) – stilisiert – eine wellenartige Bewegung von Produktion bzw. Einkommen um einen Trend herum (vgl. Abb. 1.1. „Konjunktur und Trend (1.)“ im Anhang A.1.): Beginnend mit dem Trendwert (anfängliches Konjunkturgleichgewicht) verläuft die Konjunkturbewegung über die Expansion (Anspannung der Wirtschaftslage) und den Konjunkturgipfel (obere Konjunkturspitze) endlich in die Entspannung und von dort, nach Durchstoßen des Trendwerts, in die Rezession hinab bis ins Konjunkturtal (untere Konjunkturspitze) und von dort via Erholung abermals zurück zum Trendwert (neues Konjunkturgleichgewicht).

Konjunktur wird vom Mainstream – und das ist entscheidend – als Störung des Normalen, als Abfolge von Abweichungen von einem strukturell vorgegebenen Trend, einem angebotsseitig bestimmten Wachstumspfad, gesehen. Deshalb liegt der Primat auf der Angebotsseitigen Wirtschaftspolitik, die längerfristig die entscheidende sei, während die nachfrageseitigen Konjunkturstörungen nur vorübergehende Ereignisse sind. Diese sind besser durch Lohn- und Preisflexibilität zu überwinden (Selbststabilisierung) als durch staatliche Nachfragesteuerung auf dem Gütermarkt. Mittels der flexiblen relativen Preise übt der Trend nämlich eine Anziehungskraft auf die Wirtschaft aus. Diese Selbststabilisierungskraft zum Trend ist die Ergodizität im konventionellen Wirtschaftsmodell (Bartel 2014b). Darum sind selbst konzertierte Budgetkonsolidierungen höchstens ein kurzfristiges Problem.

Aus alternativer Sicht ist Konjunktur zwar auch – stilisiert – eine wellenartige Bewegung, aber zunächst ohne eine Normierung auf einen Trend, sondern allein definiert als ungleichmäßige Entwicklung in der Zeit (vgl. Abb. 1.2. „Konjunktur und Trend (2.)“ im Anhang A.1.). Im Sinn einer Verbesserung der sozialen Situation stellt jedes im Vergleich zur Vorperiode beobachtete Mehr an Produktion und daher auch an Beschäftigung und Einkommen einen willkommenen Aufschwung dar.

Beginnend wiederum im Konjunkturtal (untere Konjunkturspitze) tritt die Expansion (das kurzfristige Wachstum) ein und setzt sich bis zum Konjunkturgipfel (obere Konjunkturspitze) fort, von wo eine Rezession beginnt, die wieder bis ins Konjunkturtal führt, wo der eine Zyklus abgeschlossen ist und ein nächster beginnt. Konjunktur ist hier die unstete Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand, die – nachträglich(!) besehen – hoffentlich einen erwünschten Wachstumstrend (ein langfristiges Wachstum) ergeben hat. Angebots- und nachfrageseitige Faktoren können zusammen die laufende Entwicklung bestimmen. Dabei ist jede Expansion ein Wachstumsbeitrag (und als solcher erwünscht), jede Rezession ist ein Wachstumsverlust und daher zu vermeiden. Die Wirtschaft soll eben nicht auf einen quasi vorbestimmten Trend hin stabilisiert, sondern stets in ihrer Entwicklung maximiert werden. Der Trend ist nämlich hier kein vorgezeichneter Idealweg, von dem die nachfrageseitigen Konjunkturschocks wegführen. Vielmehr ist der Trend ein Kennzeichen der Entwicklung, wie er im Nachhinein in die „Wellen“ eingepasst werden kann: entweder nur über den Daumen gepeilt oder als Regressionsgerade fußend auf der Kleinstquadratmethode. Der Trend wird hier durch die schwankende laufende Entwicklung festgelegt. Er kann daher durch laufende und stete, jeweils mehr oder weniger, doch grundsätzlich expansive Maßnahmen der Konjunktursteuerung steiler gestaltet werden.

Die abweichende Definition geht auch mit einer gänzlich unterschiedlichen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Interpretation einher. Wir kommen damit von der althergebrachten Norm der antizyklischen Konjunktursteuerung ab (Stabilisierungspolitik hin zum Trend, symmetrisch nach oben und nach unten). Vielmehr wollen wir durch grundsätzlich expansive Budgetpolitik eine ökonomisch nachhaltige Wirkung erzielen, indem wir auf einen höheren langfristigen Wachstumspfad gelangen. Das ist die Hysterese-Theorie der Wirtschaftsentwicklung (Bartel 2014b).

Wenn sich der Staat verschuldet, kann er sich gern auch zur Abdeckung laufender Sozialtransfers und staatlicher Dienste (Staatskonsum) verschulden, und nicht nur zur Finanzierung von Infrastruktur. Denn soziale Ausgewogenheit, sozialer Friede und somit eine zentripetale Kraft zur Integration und Festigung des Gesellschaftszusammenhalts können sehr wohl durch Ausgaben für Bildungs- und Sozialleistungen befördert, kreditfinanziert und erreicht werden; es müssen nicht immer nur Bildungsstätten und Spitalsgebäude sein. Ansonsten würde den viel zitierten weichen (d.h. schwer fassbaren), aber in ihrer Wirkung dennoch harten Standortfaktoren kaum Bedeutung beigemessen und auf Realisierung von Potenzial unnötig verzichtet.

Aus diesem Blickwinkel – post-keynesianisch und wohlfahrtsstaatlich – erfolgt eine Budgetkonsolidierung durch wirtschaftspolitisch aktivierte wirtschaftliche Expansion, und daraus folgt langfristiges Wachstum, aber nicht durch Staatsausgabensenkungen. Budgetdefizite erhöhen zwar die Staatsverschuldung netto, sind aber eine Art Vorfinanzierung späterer höherer Staatseinnahmen in wirtschaftlich dynamischeren Zeiten. Eine wirtschaftspolitisch erzeugte Expansion wird zwar kaum stark genug sein, um selbsttragend zu werden und das Wachstum zu befeuern, doch eröffnet sie größere Möglichkeitsräume für Umverteilung: von Privat zu Staat, von Reich zu Arm, von knauserig bis nachfragestark.

2.2. Gleichere Verteilung der Arbeit, mehr Leistung und soziale Wohlfahrt

Über fast die gesamte Ära des Neoliberalismus werden die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit (vgl. schon Bluestone und Harrison 1982 und anlässlich der Griechenlandkrise z.B. Walker 2011) und auch von Arbeit weit über die zeitliche Norm hinaus dokumentiert (die ausbeuteri-

sche japanische Industrie und ihre Umkehr aus dieser Sackgasse ist ein lehrreiches, aber wenig beachtetes Beispiel).

Workaholics und faktisch Unvermittelbare als Randphänomene und schwerer lösbare Problemfälle einmal ausgeschlossen, liegt der Ausgleich der Arbeitszeiten über die Lohnabhängigen nahe. Aus dem zu erwartenden Produktivitätsgewinn, aus der Beobachtung, dass Vollzeitarbeit relativ gering entlohnt wird und aus den entfallenden Überstundenzuschlägen lassen sich zumindest im Aggregat höhere Lohnsätze finanzieren. Bei steigender Produktivität ergibt sich insgesamt – bei sonst unveränderten Umständen – ein Anwachsen von Produktion, Beschäftigung und Einkommen. Obendrein nimmt die soziale Wohlfahrt zu, selbst wenn keine Verbesserung der ökonomischen Effizienz und somit keine Ausweitung des Wohlstands zustande käme.

Die sozialen Kosten (gesamten Nachteile, volkswirtschaftlichen Kosten) der Arbeitslosigkeit teilen sich auf in individuelle Kosten, die bloß das erwerbsarbeitslose Individuum betreffen, und externe Kosten, die alle Individuen im Kollektiv tragen müssen; niemand ist eine Insel.

Die individuellen Kosten der Arbeitslosigkeit sind relativ gut erfassbar und daher besser dokumentiert. Es sind die beeindruckend negativen Ergebnisse, die im Großen und Ganzen beredt für die Unfreiwilligkeit von Arbeitslosigkeit sprechen.

Die externen Kosten der Arbeitslosigkeit sind breit gefächert. Sie fangen bei den staatlichen Mindereinnahmen an und setzen sich etwa über Opportunitätskosten (Alternativkosten) der sozialen Abfederung und staatlichen Verwaltung der Arbeitslosigkeit fort, weil diese öffentlichen Ressourcen für andere Verwendungszwecke (Alternativen) nicht mehr zu Verfügung stehen und damit günstige Gelegenheiten (Opportunitäten) nicht wahrgenommen werden können (wo Zweck und Wirkung die Arbeitslosigkeit relativ wenig tangieren). Schließlich sind es psychische Kosten, die erwachsen, wenn Beschäftigte das Leid der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten allgemein – und nicht nur derjenigen in ihren Familienverband oder Freundeskreis – miterleben (Bartel 2013).

Also geht hohe Beschäftigung in die Nutzenfunktion auch der Beschäftigten ein und mag eine gewisse Zahlungsbereitschaft für Vollbeschäftigung ergeben, und das mildert, im Sinn von Alexis de Tocqueville und Michel Foucault sowohl die Hegemonie des Mainstream als auch die Diktatur der politischen Mehrheit und somit die soziale Radikalität (Bartel 2014a).

2.3. Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik

Der Marktstaat ist ein sakrosanktes Dogma geworden. Die mehrheitliche Meinung, die nicht oder zu wenig oder zu unkritisch reflektierte Expertise des Mainstream, übernimmt somit einen wesentlichen Teil des inhaltlichen demokratischen Prozesses und Ergebnisses und begründet eine unzureichend fundierte und daher illegitime Herrschaft der Technokrat_inn_en (Bartel 2013a). Ein diesbezüglich ganz besonders augenfälliges Beispiel sind der globale Finanzmarkt und die nationalen, internationalen und supranationalen Politiken ihm gegenüber. Das Dogma vom Finanzmarkt als einem effizienten Markt verstellte den Blick auf die tatsächliche Funktionsweise, die mit der Funktionalität dieses Marktes, nämlich mit der Finanzierung von Produktionstätigkeit und Einkommensentstehung, immer weniger zu tun hatte. Die dogmatische *Black Box* des Mainstream war also im Wesentlichen zugeblieben: Wie schaffen die Finanzmarktteilnehmer_innen denn die perfekten Ergebnisse überhaupt? Das hätte sich die Profession insgesamt fragen müssen. Erst die jüngste Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise sie klappte die *Black Box* – wieder – mehr auf (Bartel 2010).

„Eine der zentralen falschen Annahmen war demnach, dass sich Menschen rational verhalten im Sinne ihrer langfristigen Interessen. Psychologische Mechanismen wie Herdentrieb oder Optimismus seien vernachlässigt worden. So habe man es lange nicht für möglich gehalten, dass etwa Bankmanager Spekulationsrisiken eingehen würden, die die Existenz ihrer eigenen Firma bedrohen. Irrationales Handeln, so Greenspan in einer nicht gerade neuen Erkenntnis, sei nicht nur weit verbreitet, sondern von der Wissenschaft vorhersehbar – und müsse deshalb viel stärker in Prognosemodelle eingebaut werden“ (Rüdel 2013: 1).

Immerhin gab es schon etwa seit Beginn der neoliberalen Ära konkurrierende Finanzmarkttheorie, die fundamental anders angelegt waren und im Wesentlichen diametrale Ergebnisse hervorbrachten, wie jene des Ko-Nobelpreisträgers von 2013, Robert J. Shiller. Diese der neoklassischen Methodik (längerfristige Erwartungsnutzenmaximierung unter perfekten Voraussetzungen) völlig artfremden Theorien wurden gerade deshalb ignoriert; sie waren ja nicht zu übersehen. Ergänzend wischte der Mainstream die Einwände aus dem eigenen Lager gegen eine im Allgemeinen herrschende ökonomische und soziale Effizienz der Finanzmärkte, etwa des Ko-Nobelpreisträgers von 2013, Eugene Fama, sehr opportunistisch, eben unwissenschaftlich, vom Tisch.

„Doch diese Einschränkung ging in der breiten Anwendung seiner [Famas; Anm. R.B.] Lehre rasch vergessen. Von der Hypothese Famas, die Finanzmärkte seien effizient, war es ein kurzer Weg bis zur Gewissheit, die Finanzmärkte seien *immer* effizient“ (Dittli 2013: o. S.).

Insofern war die Finanzmarktkrise als eine systeminhärente, möglicherweise oder gar ziemlich wahrscheinlich eintretende Episode objektiv zu erwarten gewesen (Bartel 2009), war aber subjektiv verdrängt worden.

Es sieht nicht einmal heutzutage sehr danach aus, wie zunächst erwartet worden ist, dass die Krise einen Paradigmenwechsel in Wirtschaftswissenschaft und -politik herbeiführen würde; dazu braucht man lediglich im täglichen *Finance Today* des Handelsblatt.com nachzulesen; es ist bis heute nicht zu den selbst aus der Sicht von Ordoliberalen zumindest nötigen Regulierungen gekommen, da sie lobbyistisch verschleppt werden (vgl. z.B. Schulmeister 2014 zu einer Finanztransaktionssteuer), während dieselben oder sehr wirkungsähnliche Entwicklungen von Finanzaktiva und Geschäftspraktiken wie vor der Krise an den Tag kommen, die noch dazu die Krise offenbar verursacht haben. Mindestens ein ordoliberal geprägter Schutz der Konsument_inn_en wäre dringend angebracht; die entsprechende Publizität dafür wäre eigentlich gegeben.

Genau bei der Kritik aus dem Lager des Mainstream wäre die Kritik strategisch anzusetzen, um die internalisierte Norm von der Perfektion liberaler Märkte zu erschüttern. Die Kritik aus dem marktwirtschaftlichen Lager wie ungleich schwer. Ist die Norm einmal ein wenig und dann zunehmend entzaubert, kann mit der Vermittlung der weitergehenden – und dann grundsätzlichen – Einwände dann mehr bewegt werden als gegenüber einem in sich geschlossenen, sehr strikten Dogma.

Der Generaleinwand gegen Marktregeln, von der Rahmengesetzgebung bis zur Marktregulierung, ist der allein schon von einem staatlichen Ordnungserlass behauptete Verlust an ökonomischer Effizienz und Wohlstand. Er hängt eng mit dem geschilderten Konjunkturmodell des Mainstream zusammen, nach dem die Selbststabilisierung kurzfristig effektiv erfolgt oder es nicht einmal zu einer nennenswerten Destabilisierung der Wirtschaft weg vom strukturellen Trend kommt, so dass jeder Staatseingriff destabilisierend wirke (Bartel 2013d, 2014b).

Dabei wäre eine Regulierung der Finanzmärkte in den Bereichen Produkte, Praktiken, Wechselkurse und Staatsfinanzierung eine Emanzipation der Wirtschaftspolitik und letztlich des politischen Souveräns aus der Dominanz der Märkte über das Gemeinwesen, den Staat und seine Wirtschaftspolitik (Klaffenböck 2008, UNCTAD 2013, Schulmeister 2011). Wie beim IWF die internationale Liquidität

tät nach den realwirtschaftlichen Erfordernissen gesteuert wird (Zuteilung von Sonderziehungsrechten *out of thin air*, also aus dem Nichts), so müsste die Fremdkapitalfinanzierung der Nationalstaaten weitgehend unabhängig von den Finanzmärkten erfolgen, etwa durch einen Europäischen Währungsfonds (Schulmeister 2011).

Die Strategie in der politikrelevanten Auseinandersetzung müsste daher sein zu vermitteln, dass durch Regeln für und Interventionen in den Markt mehr tatsächliche Freiheit zu gewinnen wäre als durch die formale Freiheit des Neoliberalismus, der eben dadurch echte Unfreiheit schafft. Denn seit den Regierungen von Reagan, Thatcher und Kohl besteht Wirtschaftspolitik – in einem zugegebenermaßen zunehmend komplexen Wirtschaftssystem – in der gleichsam kataleptischen Imitation der vergleichsweise recht einfachen Strategien der Wirtschaftsmächte USA, UK und BRD. So wie beim Herdenverhalten auf den Finanzmärkten jeweils ein Individuum sich von Stimmung und Verhalten der jeweils anderen anstecken lässt und deren Verhalten möglichst rasch und genau imitiert (Shiller 1995; Ridderstrale/Nordström 2004: *“Karaoke capitalism“*), so imitieren die Regierungen und die EU die wirtschaftspolitischen Verhaltensweisen der vermeintlich besseren Führenden (*Karaoke politics*).

Um sich diese Aufgabe noch zu erleichtern, werden die US Rating-Agenturen begrüßt und politisch faktisch aufgewertet (Ötsch 2014). Sie wurden zu Global Players der Wirtschaftspolitik gemacht und zeigen im Wesentlichen nur auf, was die (instabilen) Märkte gerade auch zeigen (Tichy 2012). Sie verstärken also – vor dem Hintergrund des Herdenverhaltens – durch ihre Information die Ausschläge der Finanzmärkte.

2.4. Supranationale Wirtschaftspolitik

Zur Rückgewinnung von Politikspielraum der EU und in der EU muss man zunächst das *“Impossible Trinity Principle“* beachten (Commission of the European Communities 1990: 43). An den Ecken dieses Dreiecks stehen die Ziele freie (Finanz-)Kapitalmobilität, stabile Wechselkurse und autonome Geldpolitik. Nur jeweils zwei dieser drei Ziele sind gleichzeitig realisierbar. Die Europäische Währungsunion (EWU) hat mit ihrer unabänderlichen Festlegung der Wechselkurse zwischen den nationalen Vorgängerwährungen für die Konstruktion des Euro als eine Kunstwährung endgültig das Ziel der Wechselkursfixierung zementiert. Ebenso unabrückbar scheint die EWU das Ziel der freien Finanzkapitalmobilität zu verfolgen, will sie doch offenbar das Prinzip des freien Verkehrs der (Finanz-)Dienstleistungen als eine der Grundfreiheiten im Binnenmarkt auf die Außenbeziehungen anwenden und damit auch dieser Liberalisierung im Rahmen des GATS bzw. der WTO weiterhin verlässlich folgen. Daher ist es der EWU eben nicht möglich, eine autonome Geldpolitik zu betreiben, die sich nämlich erstens nach den Finanzierungserfordernissen der Realwirtschaft besonders in den schwachen Regionen und Staaten ausrichtet und die dabei zweitens den internationalen Finanzmarktentwicklungen souverän gegenüberstünde.

Damit die Geldpolitik von den Zwängen der internationalen Finanzmärkte – trotz fixen Wechselkurse in der Währungsunion – befreit wäre, verlangt die von Robert Mundell (1961) originär entworfene Theorie der optimalen Währungsräume (*Optimal Currency Area Theory: OCA theory*) Folgendes. Der Erfolg i. S. v. wirtschaftlicher Nachhaltigkeit eines Systems ohne die Möglichkeit von Wechselkursanpassungen (das ist in einer Währungsunion eben der Fall) ist dann wahrscheinlich, wenn bestimmte Kriterien in den verschiedenen Wirtschaften der Währungsunion sehr ähnlich erfüllt sind.

Die klassischen OCA-Kriterien Mundells sind Arbeitsmobilität, Lohn- und Preisflexibilität, Offenheitsgrad der Volkswirtschaft, Diversifizierungsgrad der Produktion, die Fiskaltransfers und die Art der Schocks, denen die Wirtschaft gewöhnlich ausgesetzt ist. Die moderneren Fassungen der OCA-Theorie beinhalten die Kriterien Kapitalmobilität (sachlich und finanziell), die Synchronität der Konjunkturzyklen, die Inflationsrate und insbesondere die Fiskalpolitik. Kurz gesagt: Sehr ähnliche Wirtschaften ergeben insgesamt einen wirtschaftlich homogenen Raum, und dieser ist für eine Währungsunion prädestiniert (Halak 2012).

Gibt es einmal unterschiedliche wirtschaftliche Betroffenheiten in den verschiedenen Ländern oder (Teil-)Regionen der Währungsunion, sollen die Flexibilitäten – insbesondere betreffend die Arbeitsmigration, die Löhne und Preise und somit die Inflationsrate sowie nicht zuletzt die Fiskalpolitik – die wirtschaftliche Anpassung an die jeweiligen Schocks oder strukturellen Unterschiedlichkeiten sicherstellen und die ökonomischen Spannungen zwischen den (Teil-)Regionen oder Staaten der Währungsunion aufheben, eben ganz, wie es dem neoklassischen Modelldenken entspricht, das doch die methodisch-theoretische Basis für den Neoliberalismus darstellt.

Doch die realtypische Wirtschaft ist nicht die idealtypische Modellwelt. Im Fall der EWU steht die Arbeitsmigration frei, doch faktisch ist sie nicht in dem Maß gegeben, das die Probleme neutralisieren würde. Die Lohnpolitiken sind innerhalb der EWU sehr verschieden; herausragendes Einzelbeispiel ist Deutschland. Nicht zuletzt sind die Produktivitäten in der jeweiligen regionalen oder nationalen Produktion (Sachgüter-, Dienstleistungs- oder Agrarindustrie, Entwicklungsstufe und Wertschöpfungsintensität der betreffenden Produktion) sehr unterschiedlich. So ist die EWU eben auch kein optimaler Währungsraum (Halak 2012).

Die Fiskalpolitik der EU und innerhalb der EWU-Staaten ist nicht hinreichend darauf ausgerichtet, die ökonomischen Unterschiede und die diesbezüglichen Spannungen aufzuheben. Der politische Wille, dass die EWU daher primär eine Transferunion von den Starken zu den Schwachen wird, um die Homogenität unter den Regionen und Nationen weitestgehend herzustellen, ist sehr begrenzt.² Die Arbeit der „Trojka“ (EU-Kommission, EZB, IWF) erweist sich wirtschaftspolitisch wenig effizient, ob nun an der Wohlstands- oder sozialen Wohlfahrtsentwicklung gemessen oder gar an der Dynamik der Arbeitslosenquote.

Was im Sinn der Vollständigkeit der Alternativen gewährleistet werden sollte, ist daher die ergebnisoffene Evaluierung des Gesamtkonzepts der EU und der EWU, insbesondere die problematische Finanzkapitalverkehrsfreiheit und der wenig effektive Strategie der regionalen Kohäsionspolitik betreffend. Betrachten wir nicht die aggregierte Ebene der Nationalstaaten und vergleichen sie, sondern tun wie dies auf Ebene der (Teil-)Regionen, so stellen wir nahezu immer schon nicht den propagierten Aufholeffekt der wirtschaftlich Schwächeren und Ärmeren fest, sondern hauptsächlich eine

² „Klar ist, dass die vielbeschworenen Reformen, wie die Liberalisierung der Arbeitsmärkte in Südeuropa, nicht die Wachstumswende gebracht haben. Auch die Geldspritzen der Euro-Zentralbank haben wenig ausgerichtet. Der richtige Schritt, um aus dem Konjunkturtal herauszufinden, wäre ein EU-Investitionspaket. 100 bis 200 Milliarden Euro an frischem Geld wären laut Ökonomen notwendig, um einen Wachstumsimpuls zu setzen. Mittel, die angesichts niedriger Zinsen aufzutreiben wären. Auch die passende Gelegenheit für einen Beschluss naht, am 7. Oktober soll es in Rom einen Wachstumsgipfel geben. Doch das Kernproblem Europas ist erneut die Frage, wer die Zeche bezahlt. Die Südländer Spanien und Italien sind finanziell überfordert. In den Nordländern Deutschland und Österreich ist der Leidensdruck noch nicht so hoch, als dass die Regierungen bereit wären, neue Schulden zu machen. Jemand, der dieses Dilemma löst, ist nicht in Sicht. (András Szigetvari, DER STANDARD, 3.9.2014)“ (<http://derstandard.at/2000005077640/Konjunkturflaute-in-der-EU-Europa-sucht-das-Gaspedal> (3.9.2014)).

divergente Entwicklung (vgl. jüngst Dauderstädt 2011). Das sei Grund genug zu einer ernsthaften Revision der Politik.

„Wir sind in Gefahr, uns unbewußt in ein Spiegelbild der uns manipulierenden Umwelt zu verwandeln. (...) Trennungsdrohungen verschärfen Isolationsangst. Diese Angst wird in der Gesellschaft kreisförmig weitergegeben. (...) Unbewusste Hörigkeit ist kein Sonderfall, sondern ein Merkmal des durchschnittlichen Menschen. Wir müssen unsere Verführbarkeit und die verführenden Autoritäten zu kontrollieren lernen. (...) Die Karriere vollendet oft die psychische Selbstaufgabe in Raten“ (Richter 1997/2012: 7, 49, 78, 100)

3. Exkurs: Humanwissenschaftliche Inputs zu organisierter Emanzipation

Es werde „darum gehen, sich mit ihnen [den hegemonialen Institutionen; R.B.] auseinanderzusetzen, um die existierenden Diskurse und Praktiken zu disartikulieren (...). (...) das Moment der Reartikulation ist entscheidend“ (Mouffe 2013: 211). Das neu Gedachte, Formulierte und Kommunizierte bietet den Menschen die Möglichkeit zu einer Reidentifikation, heißt es aus dem Bereich der Sozialwissenschaften. Mithin ist auch Psychologie angesprochen, wie schon Sartre, Rawls und Horkheimer dies dachten und für forschungs- und politikförderlich empfanden (Grabner-Haider 2012). Von dort gibt es einen teils fließenden Übergang zur Philosophie. So folgen nun selektive Blicke auf geisteswissenschaftliches Erbe, um nach Inspirationen zu suchen und danach wieder zu den Sozialwissenschaften zurückzukehren und ggf. wirtschaftspolitisch relevante Schlüsse ziehen zu können.

Zur historischen Einordnung finden sich die Lebensdaten der in Folgenden angesprochenen Humanwissenschaftler_innen im Anhang A.2.

3.1. Seele und Gesellschaft (Schlüter 2013)

Am Anfang war der Trieb, und mit Freud begann die **Tiefenpsychologie**. Doch wird in der Folge die Triebhaftigkeit nicht wie bei Sigmund Freud nur auf den Sexualtrieb beschränkt, sondern wird von *Wilhelm Reich* verallgemeinert, auf das Sich-gehen-Lassen, das Sich-Hingeben den Strömen der Bioenergie. Das eröffnet eine breitere Möglichkeit zur Erklärung von Neurosen als psychische Störung im Bereich des Ichs als Folge des Konflikts zwischen dem Es (der Triebhaftigkeit) und dem Überich (den gesellschaftlichen Normen, die das Es einschränken). Im Unterschied zu Freud ist für Reich die Triebsublimierung (als Ausweg aus diesem Konflikt) nicht die Quelle positiver menschlicher Leistungen, sondern Ursache der Machtausübung und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft (Schlüter 2013). Hier anknüpfend könnten individuelle Besserstellungen (Triebabfuhrmöglichkeiten) zunächst durch Hilfestellung bei der persönlichen Selbstemanzipation die psychosozialen Voraussetzungen für eine bessere Welt schaffen. Dazu mag bei den individuellen Hemmnissen persönlicher Freiheit angesetzt und zu mehr Freiheit in der Gesellschaft hingeleitet werden. *Erich Fromm* sieht den menschlichen Trieb als „das Bedürfnis nach Beziehung zu anderen und zur Welt, nach Verwurzelung, Identität und Selbsttranszendenz. Letzteres bedeutet, durch Kreativität die eigenen Grenzen zu erweitern und so die Zufälligkeit und Begrenztheit des Daseins immer wieder zu überwinden.“ Diese Grenzerweiterung geht bei Fromm von der Überwindung des Markt Denkens aus, wonach das Individuum „durch seinen Tauschwert definiert [wird] und dementsprechend verstandesmäßig, je nach Bedarf und Befehl, ‚funktioniert‘, ohne wirklich Gefühle und eine eigene Identität auszubilden“ (Schlüter 2013: 79). Das Sein soll daher das Haben neutralisieren, indem das Interesse an und die Liebe zu Mitmenschen und Umwelt maßgeblich ins Gewicht fallen.

Angesichts dieser Ansätze, die von der individuellen Emanzipation ausgehen und zur gesellschaftlichen überleiten sollen, stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Organisation solcher Emanzipation; ansonsten wären wir in einem Teufelskreis gefangen. Im Licht der **Kritischen Theorie der Frankfurter Schule** stellt sich die Bildung der Menschen i. w. S. als eine Erziehung zur Hinterfragung von Normen – nach *Jacques Lacan* nicht nur im imaginären (inhaltlichen, unterbewussten) Bereich, sondern auch im sprachlichen, wo die Sprache selbst eine normierende Kraft ausübt und das Unterbewusstsein strukturiert (Schlüter 2013). Bildung lässt sich hier so weit fassen, dass jüngst sogar ein Konnex von stabilen Familienbeziehungen hin zu prosozialer Grundeinstellung aufgestellt und empirisch getestet wurde (Ljunge 2014). Das leitet zu **kognitiven Psychologieansätzen des Verhaltens** über.

Einerseits spielen in der **reinen Verhaltenspsychologie** Reize und Reizgeneralisierungen (à la Iwan P. Pawlow) und damit das bedingte Verhalten die zentrale Rolle. Andererseits kann die **Bewusstseinspsychologie** nach *Wilhelm Wundt* dagegenhalten und in die Reaktionskette zwischen Reiz und Verhalten doch relativieren, indem durch Selbstbeobachtung das Bewusstsein des Individuums die Auswirkung des Reizes auf die Sinneswahrnehmung erkennen und bewusst verarbeiten und steuern kann. Ebenso kann der Aspekt des Lernens und der Selektion der jeweils zielführendsten Verhaltensweise – gemäß *Edward L. Thorndike* und *Burrhus F. Skinner* – den konditionierenden Verführungen (etwa: wenn du dich an das System anpasst, erhältst du die höchste Belohnung) entgegenwirken. Das Individuum kann selbst beurteilen, ob der systemimmanente Anreiz tatsächlich die beste Gratifikation darstellt. Lässt sich denn das menschliche Bewusstsein ausschalten, etwa durch Anreizkompatibilität des Marktsystems und Marktstaats? Kognition ist eben mehr als Reizreaktion. Diese Relativierung und Verfeinerung des einfachen Behaviorismus weist immerhin einen Weg vom Individuum zur Gesellschaft. Auf dieser Basis ergibt sich die Chance, dem gewohnheitsmäßigen Diktat der Märkte zu entkommen und Verhaltensweisen zu hinterfragen – eine Ansatzmöglichkeit für bewusstes Analysieren und Lernen. Erfahrung und Lernen, Schlussfolgern und Verallgemeinern, überhaupt Entwicklung der kognitiven Strukturen zunächst des Kindes stehen nach der „kognitiven Wende“ des *Jean Piaget* im Mittelpunkt. Generell ist es nach *Aaron T. Beck* das Spannungsdreieck aus Selbstbild, Deutung der Erfahrungen und Qualität der Zukunftserwartung, das die psychische Problematik bzw. Zufriedenheit erklärt und die Verhaltensschemen bedingt. Falsche Kognition und seelische Probleme können etwa in Polarisierung (Extremanschauungen), selektiver Abstraktion (einseitiger Selektion) oder Übergeneralisierung liegen. Gerade hier bieten sich Information und Argumentation als Interventionen an. Nach Ansicht von *Albert Bandura* können dabei Leitbilder und Verhaltensmodelle, die via zwischenmenschliche Kontakte übernommen – sozial gelernt und individuell abgespeichert – werden, die Konditionierungen übertrumpfen. Freilich ist diese Beziehung symmetrisch in Richtung des sozial erwünschten und unerwünschten Verhaltens. Immerhin vergleicht der Mensch sein Verhalten mit den gesellschaftlichen Standards und zieht für sich seine Schlüsse aus dem Vergleich. Dabei können sich durchaus die eigenen Verhaltensstandards, das positive Selbstkonzept, durchsetzen; der Mensch ist selbstwirksam: Die Selbstregulierung des Verhaltens mit dem guten Gefühl dabei kann die Oberhand gewinnen (Schlüter 2013).

Somit ist der Übergang zu einer **humanistischen, an den reichen menschlichen Ressourcen orientierten Psychologie** und sozialen Gestaltung gelungen. Die Gesellschaft mag wie eine Bühne sein, auf der die individuellen Realitäten erlebt und gemeinschaftlich Lösungen gesucht werden und auch gefunden werden können, wie eben therapeutisch in den Psychodramen des *Jakob L. Moreno*. Das jeweils betreffende Individuum ist selbst Regisseur_in im spielerischen Verstehenlernen der Lebenssituationen. Rollentausch spielt dabei eine wesentlich mitentscheidende Rolle, um ein besseres

Bild von der Realität zu gewinnen. Ausprobieren heißt die Devise, denn die neuen Erfahrungen können alte Verletzungen heilen und neue Gestaltungsmöglichkeiten bringen. „Jedes zweite Mal befreit vom ersten Mal.“ (...) In der schöpferischen Entfaltung der eigenen Spontaneität wird der Mensch nach Moreno zum ‚Schöpfer‘, zum ‚Ich-Gott‘ und damit in letzter Konsequenz verantwortlich für den gesamten Kosmos. (...)“ (Schlüter 2013: 142). Verstärkt wird diese Fähigkeit, *Fritz Perls’ Gestaltpsychologie* folgend, durch die ausschlaggebende Wahrnehmungs- und Kontaktfähigkeit des Menschen mit seiner Umwelt. Ein Bedürfnis – Perls’ „Figur“ (Gestalt) als eine sinnvolle Wahrnehmungseinheit – kann durch Begegnung befriedigt werden; die „offene“ wird damit zur „geschlossenen Figur“ und ist somit nicht mehr problembehaftet. Immerhin mag dieser Ansatz wie die Ansätze davor auch in die Richtung leiten, dass durch multilaterale Kooperation der Individuen das soziale Optimum erreicht werden könne und solle. „(...) in jedem Leben gibt es Störungen, die dazu führen, dass der Betreffende nicht die volle Aufmerksamkeit (englisch: awareness) für die Figuren besitzt, in denen sich seine Bedürfnisse zeigen“ (Schlüter 2013: 151). Aufmerksamkeitsdefizite in diesem Sinn können etwa als Schutz gegen früher als unangenehm empfundene Kontakte aufgebaut sein. So etwas stört aber weiterhin und lässt die die Figuren offen. Hier setzt die Gestalttherapie an, die die Patient_inn_en mit dem Gemiedenen, Unerledigten konfrontiert und der eigenen Erwartung Ausdruck und Durchbruch verleihen soll. Nach *Carl R. Rogers* sind von Akzeptanz, Authentizität und Respekt getragene Begegnungen konfliktärer sozialer Gruppen (*Encounter-Bewegung*) in jeweils überschaubarem Rahmen erfolgsträchtig: „Im Gegenüber zum Du, im Dialog, kommt das Ich zu sich selbst“ (Schlüter 2013: 160). Selbstkonzept und Umfeld werden kongruent. Im Erfolgsfall bleibt das gute Gefühl, dass Neurosen, Ängste und Depressionen verschwinden konnten. Umgelegt auf die Gesellschaft heißt das wohl, dass Aufklärung nicht unwirksam auf Seele und Geist bleiben muss. Die Sinnsuche des Menschen unterstützt dabei (*Existenzialismus*). Weiter können abschnittsweise Verbesserungen tendenziell helfen und letztlich die soziale Entwicklung beschleunigen, wie *Abraham H. Maslow* mit seiner *Bedürfnishierarchie* untermauert: körperliche Bedürfnisse – Sicherheit i. w. S. – Zugehörigkeitsgefühl – Selbstwertgefühl – Selbstverwirklichung – Transzendenz (allgemein als Einklang mit dem System).

Im Hinblick auf soziale Transzendenz – das Brückenelement zur Umwelt – mag die *systemische (Familien-)Psychologie* auch auf das – ebenfalls komplexe – System der interagierenden Gesellschaftsgruppen übertragen werden können. Diese Sicht (vgl. die Feldtheorie nach Kurt Lewin) korrespondiert zu den systemtheoretischen Ansätzen auch in den Natur- und den Sozialwissenschaften (im Sozialen v. a. bei Karl H. Marx). Familientherapeutisch ist gemäß *Virginia Satir* der/die Patient_in jeweils der/die, mit den auffälligsten Problemsymptomen. Das würde auch in den Sozialwissenschaften Prioritäten schaffen. Die Erfahrung des Hier und Heute bewegt und verändert, wenn jedermanns Selbstwert gewahrt bleibt und die Kommunikationseben einander decken:

„In geschlossenen Systemen sind die Mitglieder in ihren Rollen und Beziehungen erstarrt, weil kein Austausch mit der Außenwelt stattfindet. Auch dies ist ein Ziel der Therapie: das System zu öffnen, um die verfestigten Deutungs- und Verhaltensmuster aufzulösen. Dabei hilft es, wenn man das Bestehende nicht rundweg ablehnt, sondern im so genannten Reframing umdeutet. Die Umdeutung versieht das, was schwierig und Teil des Problems ist, mit einem neuen Interpretationsrahmen“ (Schlüter 2013: 188).

Schwierigkeiten schafft es dabei, wenn sich alle Teilnehmer_innen ein starres eigenes Bild von der Realität machen („Wirklichkeiten zweiter Ordnung“), wie es der *radikale Konstruktivismus* nach *Paul Watzlawick* vertritt: Wirklichkeit ist einesteils kommunikativ konstruiert. Doch immerhin verbleibt hierbei noch die „Wirklichkeit erster Ordnung“ (Schlüter 2013: 197): die (möglichst) objektiven und exakten Messungen. Insofern ist es mit entscheidend, sich auf Verfahren und Normgrößen der Messung zu einigen, die quasi als Korrektiv für die subjektiveren Wirklichkeiten fungieren kön-

nen, wenn auch als schwaches (relativ zur engstirnigeren Beziehungsebene). Noch dazu lassen sich Ursachen und Wirkungen im Beziehungsgeflecht schwer auseinanderhalten, so dass Schuld oder Verdienst kaum effektive Kategorien im Dialog sind. Allerdings bleibt ein Trost und damit eine Chance: Sobald Personen miteinander konfrontiert sind, gibt es kein Nichtkommunizieren mehr. Wenn sich diese Personen auch noch gleichrangig erachten, kommunizieren sie auf Augenhöhe: symmetrisch, nicht komplementär (Schlüter 2013). Daher ist eine von beiden bzw. allen Seiten akzeptierte Schiedsinstanz von großem Vorteil. Das lenkt den Blick auf eine weitere Dimension.

Die **Persönlichkeitsforschung** etwa nach *Gordon Willard Allport* schreibt dem einzelnen Menschen funktionelle Autonomie zu: die Fähigkeit zu, sich trotz allem gemäß den Idealen seines Selbstbildes zu verhalten. Kategorisierung und Erklärung der sehr breit gestreuten Persönlichkeit ist allerdings nicht trivial (Schlüter 2013).

Schließlich ist der Ansatz der **Sozialpsychologie** ein sehr anderer, wurde aber von *Alexander und Margarete Mitscherlich* nicht ganz von den anderen Richtungen abgeschieden. Pädagogik solle sich auf Emanzipation ausrichten statt auf Unterwerfung und Gehorsam. Denn die „politische und soziale Apathie“ erklären sie mit der Verdrängung der nicht aufgearbeiteten nazistischen und zugleich auch narzistischen Vergangenheit (Führerproblem) durch Überbetonung und Alleinstellung der wirtschaftlichen Entwicklung zur Selbstwerterhaltung, und zwar um nahezu jeden Preis. Unfähigkeit zu Trauer und Schuldbekennnis bewirkten diesen Verdrängungsprozess (Schlüter 2013). Das legt den Versuch eines Analogieschlusses nahe: Die Unfähigkeit, die ökonomischen und sozialen Opfer des Neoliberalismus zu betrauern, münden in den krampfhaften Versuch zur Verabsolutierung des Konzept der liberalen Wettbewerbswirtschaft. *Hort-Eberhard Richter* geht konsequent weiter, indem er deshalb, von der Psychoanalyse herkommend, die Emanzipation von den entsprechenden Institutionen fordert und als Psychoanalytiker selbst therapeutisch fördert, dabei aber dennoch versöhnlich und integrativ bleibt; nicht der Mensch ist schlecht, sondern das System. Als Faktor des kollektiven Leids identifiziert er Machbarkeits- und Männlichkeitswahn, aus deren Perspektive die Schwachen und Ohnmächtigen übersehen werden (Schlüter 2013). Der anzustrebende Boden der Realität soll daher die Augen öffnen. Das ist umso notwendiger, weil der Mensch dazu neigt, niederen Instinkten im Namen einer Ideologie oder sonstigen starren Herrschaftsform mittels hoher Gehorsamsbereitschaft freien Lauf zu lassen. Das hat Stanley Milgram mit seinem Straf-Experiment eindrucksvoll gezeigt. Damit belegt er die „Brüchigkeit ethischer Einstellungen“ und hinterfragt „die alltägliche, unreflektierte Einteilung der Menschen in ‚gut‘ und ‚böse‘“ (Schlüter 2013: 246). D. h., man könne sich bei der Lösung kollektiver Probleme nicht auf ethische Appelle an Individuen verlassen, gerade weil Menschen autoritätshörig sind, wenn Gesellschaft und Politik Neurosen erzeugt haben. Richter traf mit seinem „Lernziel Solidarität“ (1974) auf eine hohe Resonanz, wie er selbst rückblickend feststellt (1999: 1f.):

„Offenbar hatte ich mitten in das Herz einer Stimmung getroffen, die innerhalb der jungen Generation um sich griff. (...) Ich lag mit meinen Gedanken auf der gleichen Linie wie die amerikanischen Zukunftsforscher Kahn und Wiener, die einen Abbau der aufstiegsorientierten Mittelklasse, statt dessen einen Anstieg sensualistischer und humanistischer Prinzipien erwarteten. Marcuse feierte bereits die Neuorientierung an sozialen und ökologischen Gegenwerten gegen das Rivalitätsprinzip des Kapitalismus. (...)“

Die neue soziale Bewegung förderte in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine neue kritische und selbstkritische Nachdenklichkeit. (...) Auch das Verlangen nach institutionellen Reformen gelangte zu mancherlei Erfolgen. In der Industrie wurden Mitbestimmungsregelungen erweitert. Der bundesdeutsche Staat beteiligte sich an einem großen Programm zur ‚Humanisierung der Arbeitswelt‘.“

Mehr Demokratie wurde gewagt – bis die neoliberale Wende aus dem Bereich der Ökonomik kam und ironischerweise mit noch mehr Befreiung warb, aber eine ganz andere Freiheit meinte und mit politischer Unterstützung von oben und aus dem Bereich intermediärer Institutionen organisiert einführte (Turnher 2014), zumindest für einige wenige.

„Die helfende Gesellschaft mit ihrer Mannigfaltigkeit von sozialem Engagement nahm allmählich wieder die Züge einer egozentrischen Konkurrenzgesellschaft an“ (Richter 1999: 2).

Richter (1999) zitiert *Richard Sennett*, wenn er dem ständigen Institutionenwandel die Schuld daran gibt, da doch keine Zeit für Verwurzelungen mehr belassen wird. Denn Reformen sind die absolute, nicht oder zu wenig hinterfragte Devise (Liessmann 2000). Aufbauend auf der diskursiven Reformfloskel sind Flexibilität und Entgrenzung, meist gepaart mit Prekarität (Marchart 2013), die Grundanforderung geworden, insgesamt eben eine *conditio sine qua non* ohne echte Relativierung.

„Es ist ein Kurs nach dem Alles-oder-Nichts-Prinzip: entweder Absturz in eine heillose Leere und Verlorenheit oder Abwehr dieser Angst in der Hoffnung, sich allwissend und unversehrbar zu machen“ (Richter 1999: 6).

„Davon, daß die klassischen imperialistischen und expansionistischen Ziele der Weltpolitik, der Technik, der Wirtschaft teils unerreichbar, teils sinnlos geworden sind, wird das individuelle Bewusstsein unmittelbar betroffen“ (Richter 1974: 9).

Diese Rückkoppelung mag zwar den Keim der Gegenbewegungen bergen und nähren, aber erklärt sie offenbar nicht die hegemoniale Verfestigung und Assimilationskapazität, Radikalisierung und Verteidigung des jeweiligen Mainstream.

„Wo immer aber bisher Gesellschaften sich von Minderheiten reinigen wollten, (...) sind sie der Verrohung anheimgefallen und sind zu Mördergesellschaften geworden. Es ist bereits ein Symptom von Dehumanisierung, die Ersparnis von Mitgefühl und Mitleid bedenkenlos als Fortschrittsziel zu erwägen.

Heute ist es sogar in gewissen Kreisen Mode geworden, die emotionalen Antriebe, die zur Hilfe für die Schwächeren, die Verlierer und die Benachteiligten aufrufen, einem neurotischen Helfersyndrom zuzurechnen. Die Rede ist von Betroffenheits-Hysterie und Gutmenschen-Kitsch. Sieht man indessen genauer hin, findet man unter den wortführenden Spöttern so manchen von denen, die 1968 vornean als Sozialrevolutionäre marschierten und nun die eigene Resignation an denen abreagieren, die sich in ihren Hoffnungen nicht haben irremachen lassen, auch nicht durch jenes Weltereignis, das vielenorts als definitiver Triumph des Kapitalismus-pur gefeiert wird“ (Richter 1999: 8f.).

So gelange die Gesellschaft in einem scheinbaren, dem technischen Fortschritt nachempfundenen Aufstieg, der den Menschen aber sozial entwurzelt und dabei die Verantwortlichkeit verliert.

„Es ist *nicht* unsere Naturanlage, sondern die Unterdrückung unserer inneren Entwicklungsmöglichkeiten, die uns in einem Stadium festhält, wo wir unsere volle Menschlichkeit noch nicht ausleben“ (Richter 1974: 10f.).

Die Generationenumkehr, nämlich dass Kinder eine sozialere Auffassung vertreten als Eltern (Richter 1999), dürfte trotzdem schließlich ein statisch-konservativ wirkendes Phänomen sein, indem nämlich die Jungen älter, angepasster und damit egozentrischer werden; die soziale Kategorie in Gestalt von Generationen prägt und vereinnahmt offenbar. Hoffnungsträger Richters, wie die Ideale der Bergpredigt, der Französischen Revolution und Mahatma Ghandis, Martin Luther Kings oder Nelson Mandelas, dürften eben nicht so effektiv institutionalisiert sein. Richter (1974) sieht die Gefahr der Überforderung durch die sozial-ökologischen Probleme, des daraus verführerisch erwachsenden Totalitarismus und der in dieser Weise erfolgenden Selbstentmündigung der Gesellschaft. Der dies-

bezüglich rettende Dialog müsse ein persönlicher sein, der durch die Neuen Medien nicht ersetzt werden könne. Man sei von Bindungen befreit, fühle sich aber trostlos ungeborgen. Richter ruft zur Widerständigkeit in den tagtäglichen, scheinbar belanglosen Entscheidungen auf und verspricht als Lohn dafür erhöhte Selbstachtung. Seinen „theoretischen Pessimismus“ paart er pragmatisch (oder allzu illusorisch?) mit einem „praktischen Optimismus“ (Richter 1999: 14).

Überwiegend stellt also Psychologie, offenbar aus ihrem Entstehungszusammenhang heraus, das Individuum und dessen einzigartige Seele in den Mittelpunkt des Interesses, nicht aber ohne freilich die Bezüge zur Gesellschaft herzustellen und die Brücke zur genereller ausgerichteten Disziplinen der Humanwissenschaften herzustellen, wie Philosophie und Sozialwissenschaften.³ Die Philosophen und gerade schon die klassischen, die aber bis heute nachwirken, sind „zu den Vordenkern der allgemeinen Menschenpflichten und Menschenrechte“ geworden (Grabner-Haider 2012: 11).

3.2. Weisheitsstreben und Gesellschaftskritik (Grabner-Haider 2012)

Wie steht es nun mit der abendländischen Aufklärung? Selbst *Niccolò Machiavelli* kann im historischen Entstehungszusammenhang seines Werks als Paternalist im positiven Sinn (mit der „virtù des Fürsten“, in der Ökonomik als wohlwollender Diktator) interpretiert werden (Salamun 2012: 72), sieht er doch den Menschen, wie die behavioristische Psychologie, als ganz wesentlich triebgesteuert. Eigentlich lenkt Machiavellis Fürst die Menschen wie eine marktalog, aber nicht marktkonform steuernde, idealistische Wirtschaftspolitik: Das Ergebnis ist marktalog und somit optimal, die Methode ist interventionistisch und daher nicht marktkonform: Ge- und Verbote statt lenkende Steuern und Subventionen (Bartel 2013). Anders und somit – am heutigen ökonomischen Mainstream beurteilt – völlig unökonomisch sieht *Erasmus von Rotterdam* den Menschen, nämlich als offen für rationale Argumente und dementsprechende Verhaltensänderungen. Überdies sieht er die Politik als vom Volk institutionalisiert und demnach als letztlich abhängig vom ggf. widerrufbaren Mandat des Volkes. Insbesondere müsse die Politik für Chancengleichheit in der Bildung sorgen und Kriege vermeiden, da diese nur von Nichtkriegsteilnehmern als gerecht und nützlich angesehen werden (Grabner-Haider 2012). So trifft die soziale Wohlfahrtspflicht die praktische Politik ganz generell.

Dies ist nicht nur praktisch sehr schwierig, sondern allein schon theoretisch. Die Skepsis im Allgemeinen und der Skeptizismus etwa eines *Michel de Montaigne* im Besonderen wirken zwar dem religiösen oder wissenschaftlichen Beweis der Wahrheit entgegen. Montaigne gibt aber angesichts der stets nagenden Zweifel die rationale Gestaltung der Gesellschaft rundweg auf und zementiert dadurch den Konservatismus (Theokratie und Monarchie). Für *Thomas Hobbes* ist nicht nur der Mensch dem Menschen ein Wolf, sondern er schließt damit, wie später die Neue Politische Ökonomik (*Public Choice*) – wertneutral – auch auf den Menschen als Agent_in im öffentlichen Sektor. Er kreiert die bis heute in der Ökonomik lebendig gebliebene Allegorie, den Leviathan, der sich so egoistisch-korrupt verhält und den derart Volkswillen missachtet, dass die Gehorsamspflicht des Volkes erlischt (Weinke 2012). Als einziger Ausweg verbleibt die aufgeklärte Monarchie (wiederum Machiavellis „Fürst“) – eine Selbstentmündigung.

³ „Vielleicht hatten und haben es viele Psychoanalytiker deshalb so schwer, das volle Maß der sozialen Beeinflussbarkeit des Psychischen anzuerkennen, weil die Situation der klassischen analytischen Behandlung zu dem Eindruck verführen kann, die augenblickliche soziale Wirklichkeit sei – neben der Person des Analytikers – ganz unwichtig“ (Richter 1976/2012: 12).

René Descartes bringt zwar die rationale Erklärbarkeit wieder als wissenschaftliches Fundament in die Gesellschaft ein (Grabner-Haider 2012), legt damit – im Gegensatz zu dem gegenüber dem Anwendungswissen feindlichen Euklid – ein Fundament für die heutigen empirischen Sozialwissenschaften, und er legt dem auch schon die Axiomatik bei, die einerseits unvermeidlich ist. Doch andererseits wischt Descartes damit zugleich das jegliches Bemühen vom Tisch, die wissenschaftlichen Grundannahmen, weil nicht beweisbar, zumindest zu argumentieren; er lehnt heutzutage immer wichtiger werdende Narrative zur gesamthaften Verständlichkeit und Plausibilität ab (Bartel 2014).⁴ So wurden und werden die späteren Dogmen (Glaubenssätze und Theoriekernegebäude) der Ökonomik in ihrer mangelnden Angreifbarkeit bestärkt und der Willkür des Exegeten überlassen. In Descartes sind *Homo oeconomicus*, Sozialpositivismus, Naturgesetzlichkeit der Märkte und Marktstaat gut gebettet. Heutzutage wird in der Kritik im Wesentlichen der kartesianische Charakter der Ökonomik hochgelobt und die euklidische Modellierung verachtet – und damit die Dogmatik verfestigt. Obendrein schließt Descartes Gefühle zu Gunsten der Vernunft aus der Wissenschaft aus und schafft dadurch eine Norm, die gegenwärtig von der Feministischen Ökonomik (Haidinger/Knittler 2013) infrage gestellt wird. Für Descartes ist schließlich die Beherrschung der Natur das gerechtfertigte Mittel zum Zweck, das Lebensglück des Menschen zu mehren. Damit stößt er auf die (obige) Kritik Horst-Eberhard Richters (1974, 1999), dass dabei die soziale mit der seelischen Entwicklung nicht mithalten könne.

Noch technokratischer geht *Benedikt de Spinoza* an die Erklärung gesellschaftlicher Normen heran, gründet er seine Analysen auf der Mathematik analoge Methodik. Er versucht das Problem der Nichtbegründung der Axiome dadurch zu umgehen, dass er als Grundprämisse unterstellt, „dass stets dann, wenn jemand moralisch fehle, ein Wissensmangel vorliege, vergleichbar dem, der in der Mathematik Fehler begehe (Von der Hellen 2012: 97). Wissen sei also nötig und hinreichend für Moralität, und das einzig zuverlässige Wissen sei das mathematisch erzielte. Heutzutage wird im Strom der methodologischen Auseinandersetzung zwischen den Schulen der Ökonomik jüngst der Mainstream so weitgehend kritisiert, dass die Anwendung der Mathematik auf sozialwissenschaftlich relevante Untersuchungsgegenstände bestritten wird, insbesondere auf die mikroökonomische Nachfragekalkulation der Neoklassik (Barzilai 2014), also des eindeutigen ökonomischen Mainstream.

“The applicability of the operations of algebra and calculus is a foundations-of-science problem. These operations have been applied incorrectly and where they are not applicable in microeconomic theory, the theory of games, decision theory and throughout the social sciences because the conditions for applicability of mathematical operations have not been identified in the literature. The applicability of these operations, in particular in demand theory, is founded on errors (...)” (Barzilai 2014: 62).

Das Problem der objektiven Begründung von Normen hat Spinoza mit seiner Generalprämisse der mathematisch fundierten, auf rechenhaftem Wissen beruhenden moralischen Aufrichtigkeit nicht gelöst: Zum einen ist Wissen nur in formalen oder teils natürlichen Systemen als wahr beweisbar (vgl. unten auch David Hume), zum anderen sind Wissen und Moral nicht gleichzusetzen, wie spätestens mit Max Weber klar wird. Spinoza entspricht mit seinem „Ausweg“ dem heutigen Sozialpositivismus und dessen Verteidigung des Marktprinzips in Gestalt der Neue Klassische Makroökonomik (Bartel 2013d). Von der Hellen (2014: 97) interpretiert Spinoza folgendermaßen.

⁴ Damit führt Descartes indirekt, wie Blaise Pascal und gipfelnd in Sören Kierkegaard direkt, die Religiosität in die (Natur-)Wissenschaften wieder ein.

„Selbstverständlich wird der moralisch hochstehende Mensch bestrebt sein, alle übrigen von der Richtigkeit dieses Programms zu überzeugen sowie für die Werte Frieden, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit einzutreten und Zorn und Hass mit Liebe und Edelmüt zu erwidern.“

Arthur Schopenhauer kritisiert eine solche Pflichtenethik, festgemacht am Beispiel von Immanuel Kant, als „Sklavenmoral“ (Weinke 2012: 142). Erst Isaac Newton bringt das nüchtern Sachliche in die Analytik ein, indem er, wie später auch Auguste Comte, pragmatisch von der Betrachtung auffälliger Phänomene auf generelle Zusammenhänge schließt und dies wiederum als Ausgangsbasis für weitere Beobachtungen nimmt (Grabner-Haider 2012).

Immerhin bevorzugt Spinoza in der Staatsphilosophie die Demokratie, da durch die Mehrheitsentscheidungen das Naturgesetz umgesetzt werde, so dass der Monarch grundsätzlich vom Volk politisch abhängt (Von der Hellen 2012). *Charles Louis de Montesquieu* begründet daraufhin den Rechtsstaat und die Gewaltentrennung. Beide Prinzipien werden gerade in der neoliberalen Ära zunehmend aufgeweicht: erstere als Reaktion auf die Möglichkeiten der Neuen Medien und der Globalisierung, letztere in Gestalt ruhig-angenehmer Mandatar_inn_en, die bequem und uninformiert im Sinn der Regierungspartei und Regierungsmitglieder im Parlament abstimmen (so gesehen leidet der Parlamentarismus unter dem Klubzwang und ähnlich wirkenden Mechanismen). Gerechtigkeit ist bei Montesquieu eine Generalprämisse, die in ihrer Generalität als axiomatische Prämisse geeignet ist, wobei die Probleme der Definition und Interpretation erst danach auftreten, nämlich bei der Rechtfertigung der konkretisierten Normen, und heute in der Gegensätzlichkeit eines John Rawls und eines Robert Nozick gipfeln (Bartel 2012).

David Hume trägt insoweit schon sehr modern zur Konfliktlösung bei, als er Überzeugungen argumentationspflichtig statt beweisbar ansieht (Grabner-Haider 2012: 122):

„Nur unsere Urteile über begriffliche Relationen (Logik, Mathematik) sind sicher, aber sie sagen nichts über empirische Sachverhalte. Für die Metaphysik und den Glauben an unverrückbare Dogmen bleibt in der Wissenschaft kein Platz mehr. Letzte Begründungen im Bereich unserer Erkenntnis sind uns nicht möglich. Wir können nicht begründen, dass sich unsere Vorstellungen und Urteile auf denkunabhängige Dinge beziehen, aber wir können die Entstehung unseres Glaubens an die Objektivität unserer Vorstellungen erklären.“

Dazu wird Montesquieu konkreter, indem er allein schon zum Zweck der Selbsterhaltung des Staates den sozialen Frieden und, damit einhergehend, die Versorgungssicherheit und die generelle soziale Ausrichtung zu wahren verlangt. Und das benötige eben effektive demokratische Kontrolle (Grabner-Haider 2012). Ähnlich fordert *Voltaire*, dass das Gemeinwohl objektiver Maßstab für Normen und Gesetze sein müsse (Von der Hellen 2012).

Viel liberaler gehen *Jean-Jacques Rousseau* und noch mehr Adam Smith an Grundfragen der gesellschaftlichen Ordnung heran. Rousseau empfindet Wissenschaft und Staat als zu einschränkend und verlangt für die Unterwerfung des Einzelnen im Sozialkontrakt unter den allgemeinen Willen eine Freiheit, die er in der Erlaubnis zu naturkonformem Verhalten und in formaler Gleichheit vor dem Staat erkennt. *Adam Smith* macht die grundlegende und allgemein verbreitete Sympathie des Menschen für seine Mitmenschen zur primären sozialen Gestaltungsgrundlage. Die dafür erforderliche Empathie schöpfen die Menschen aus ihren geteilten Erfahrungen; Leid und Lust müssten auf diesem Weg nachföhlbar sein. Obendrein sei Triebbeherrschung das unumgängliche Mittel zum unabdingbaren Zweck der sozialen Kommunikation und (auch wirtschaftlichen) Kooperation. Bis zu Sigmund Freud sind es eben noch rund 150 Jahre. Daher soll bei Smith das sittliche Verhalten des Individuums notfalls mit Strafen zum Wohl der Mitmenschen durchgesetzt werden. Gerade im libera-

len Staat mit seinen Freiräumen müssten die Schwachen vor den Starken in Schutz genommen werden. Ein Maßstab dafür könnte der Kategorische Imperativ Immanuel Kants sein.

Johann Gottlieb Fichte war eigentlich der erste Vertreter der späteren Sozialen Marktwirtschaft, indem er dem Staat nicht nur den Schutz des Eigentums, sondern zugleich auch die Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit zuwies. Dabei müsse in der Rechtsgüterabwägung die Gerechtigkeit immerhin den Vorrang vor der Freiheit bekommen. Auch *Georg Wilhelm Friedrich Hegel* vertrat die Einschränkung des Individuums im Staat, wo sich doch die Sittlichkeit als absolute Idee konkret manifestiere (Grabner-Haider 2012).

„Das moralische Gut besteht nämlich in der Unterordnung des Einzelnen unter das Allgemeinwohl. Freiheit bedeutet dann die Übereinstimmung mit der allgemeinen Vernunft“ (Grabner-Haider 2012: 137f.).

Arthur Schopenhauer beachtet nur Motivation für die Erklärung menschlichen Verhaltens: hauptsächlich extrinsische. Insofern zeichnet er schon den *Homo oeconomicus* der späteren Neoklassik in der Ökonomik vor. Ein rein und echt ethisches (intrinsisches) Gefühl und mithin auch Korrektiv erkennt Schopenhauer nur im Mitleid und deckt sich damit in seiner Anschauung mit der von Adam Smith. *Ludwig Feuerbach* war nicht einmal so optimistisch, indem er das dem Menschen inhärente Glücksstreben lediglich auf die individuelle Sphäre bezog und deshalb ein starkes moralisches Regulativ in der und für die Gesellschaft. Namentlich stellte Feuerbach eine Kausalität von der Unmoral zur Armut auf und brandmarkte die sozialen Misstände (Weinke 2012).

Für *Auguste Comte*, als Vater der Sozialwissenschaft bezeichnet, ist insgesamt die Ausgewogenheit zwischen egoistischen und altruistischen Bestrebungen der Menschen Bedingung für eine gute Entwicklung der Gesellschaft. Im Hinblick darauf nehmen die Technokrat_inn_en, die auch den moralischen Regeln der Menschlichkeit unterliegen müssten, eine Schlüsselposition in den Gesellschaft ein; sie bilden, wie später bei John Kenneth Galbraith (1952), eine Art Korrektiv für die Wirtschaft: Firmen, Banken Kapitalisten – den eigentlichen Machthabern im Staat (Grabner-Haider 2012).

John Stuart Mill ist nicht zuletzt deshalb eine interessante Persönlichkeit, weil er die emanzipatorische Entwicklung von einem extremen Wirtschafts- und Gesellschaftsliberalismus zu einem aufgeklärten, humanistischen Gesellschaftsdenken und -bewusstsein beispielhaft markierte und eine Brücke zu Karl Marx fundierte (Bartel 2012). Mills liberales Denken umfasste speziell die Frauengleichberechtigung, die Gleichheit der Bildungschancen und die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter_innen. Besonders wichtig für die gesellschaftspolitische Debatte war und ist heute noch ist seine Auffassung gerade als (eher untypischer) Liberaler, dass eine soziale Rahmenordnung die Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung sei (Ruckenbauer 2012). Mit einem anderen Wort dürfte er eine soziale Marktwirtschaft vor Augen gehabt haben, ähnlich wie knapp ein Jahrhundert später Alfred Müller-Armack (1946/1990). Freilich kehrte sich Mill nie wesentlich vom liberalen Standbein seiner Auffassung ab.

„(...) dass der einzige Zweck, um dessentwegen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gemeinschaft rechtmäßig ausüben darf, der ist: die Schädigung anderer zu verhüten“ (Mill, zit. n. Ruckenbauer 2012: 154).

Diese Formulierung lässt allerdings einen breiten Interpretationsspielraum zu, richtet sich doch die nähere Fragestellung darauf, was alles, und was eben nicht, als Schädigung anderer angesehen wird: polarisierende Marktentwicklungen, externe Effekte auf mikro- und etwa auch auf Makroebene der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Betrachtungen, vielleicht sogar dann auch zeitlich

verzerrte Präferenzen oder dgl. (Nowotny 1996). Auf methodischer Ebene vertat John Stuart Mill einen Empirismus von induktivem Charakter und sogar mit pragmatischem, selbstkritischem Augenmaß (Grabner-Haider 2012). Insofern erscheint Mill als ein Vorläufer von Karl Popper. Das setzt sich nach Smith verstärkt auch im historischen Relativismus eines *Wilhelm Dilthey* fort, dem gemäß selbst Werte durch die historischen Rahmenbedingungen bedingt seien. Insbesondere verlange das Verstehen von Texten ein gewisses Vorverständnis, der das Nacherleben und Nachfühlen der durch den Text zum Ausdruck gebrachten Erfahrungen erlaube und in „hermeneutischen Zirkeln“ (Grabner-Haider 2012: 162) der empirischen Wissenschaft potenziell zu größerer Auswirkung ver helfe. Dazu bedarf es eines so genannten objektiven Geistes, der in der Kenntnis v. a. der institutionellen und geistigen Strukturen der Gesellschaft besteht und der isolierten, simplen Sprachdeutung entgegensteht – ein noch heute sehr aktueller Punkt, den Dilthey machte.

„Verstehen ist die Art und Weise, wie wir fremde Lebensäußerungen im Allgemeinen erfassen. Und beim Verstehen von Texten beziehen wir uns auf sprachliche und schriftliche Äußerungen von Mitmenschen. (...) Nun wirke die geistesgeschichtliche Erfahrung auf das verstehende Subjekt zurück, damit komme es beim Verstehen von Fremden zu einer Umformung des eigenen Selbst, indem Elemente des fremden Erlebens in das eigene Erleben aufgenommen werden. (...) das Verstehen wird ganzheitlich auf den denkenden, den fühlenden, den wollenden und handelnden Mitmenschen bezogen. Diese relativierende Tendenz kommt auch in der Auseinandersetzung mit der herkömmlichen Metaphysik zum Tragen“ (Grabner-Haider 2012: 163).

Letzteres erinnert an die Methodik der Psychodramatik von Jakob Moreno und eröffnet die Möglichkeit eines Aufbrechens des (nicht zuletzt auch subjektiv bestimmten) Dogmatischen im offenen – verstehenden – Dialog.⁵ Dilthey interpretiert die unterschiedlichen Weltanschauungen als Ausfluss verschiedener Charaktertypen, die wiederum eher wandelbar sind als die – vergebliche, aber verbohrt perseverative – Suche nach der Wahrheit, die niemand kennen kann. Nach *Ludwig Wittgenstein* gibt es Wahrheit überhaupt nur in der Logik. Und: „Die Logik ist ein Spiegelbild der Welt, aber ihre Sätze sind immer Tautologien“ (Grabner-Haider 2012: 178). Dazu passt sehr gut *Friedrich Nietzsche* mit seinem steten gedanklichen Aufbruch ins ungewisse Neue. Genau das soll an der unreflektierten Verabsolutierung von Dogmen rütteln und sie entzaubern.

„In der Ausarbeitung eines Gedankens zu einem philosophischen Denkgebäude hingegen sieht Nietzsche einen ‚Mangel an Rechtschaffenheit‘ am Werk. Denn jedes System friert die Perspektive seines eigenen Ursprungs ein, ja entzieht den Ideen ihre Lebendigkeit und versteinert damit zu einem Fossil. Das Bedürfnis nach Einheitlichkeit [i. S. v. fortbestehender Gleichförmigkeit; Anm. R.B.] leugnet das Beunruhigende und Wechselhafte der Welt. Der intellektuellen Verarmung einer Gesamtbetrachtung hält Nietzsche die Vielzahl möglicher Perspektiven entgegen“ (Ruckenbauer 2012: 165).

Diese argumentativen Punkte Nietzsches streichen erstens generell die normative Einflussstärke des Entstehungszusammenhangs größerer Theoriengebäude heraus und treffen zweitens speziell auf die Kritik an der Neoklassischen Ökonomik zu, eine Kritik die eigentlich schon sehr bald in Gestalt der Historischen Schule der Nationalökonomik einsetzte und heute breit in der vielfältigen Heterodoxen Ökonomik Ausdruck findet (Bartel 2013d). Nietzsche geht mit Dilthey insoweit konform, als er „die Möglichkeit, wahre Erkenntnis zu gewinnen, radikal in Frage“ stellt. Und weiter:

„Diese Skepsis durchdringt bereits seine frühe Sprachkritik. Jedes Wort ist Bild, eine Metapher ohne ein verbürgtes Band zum Sein der Sache. Es drückt lediglich eine subjektive Reaktion auf die Dinge aus. In der Kommunikation setzen sich die Metaphern derjenigen durch, die über die anderen herrschen. (...) Wenn nun

⁵ Es verwundert mich immer wieder, wie viele Anknüpfungspunkte ich mit meinem eigenen sachlichen Verständnis in den Texten der „anderen“ finde.

Erkenntnis wesentlich Schein ist, dient Erkenntnisvermögen einem anderen Zweck: nämlich der ‚Bemächtigung der Dinge‘. Und eben dieser Aneignungsprozess erfolgt in der Art und Weise der Interpretation“ (Ruckenbauer 2012: 165, 165f.).

Hiermit wird die gegenwärtige Kritik an der vordergründigen Argumentation mit so genannten Sachzwängen durchschaubar gemacht. Auch dies weist für mich in die Richtungen der Forderung nach nachfühlbarer Kommunikation, der doch nicht ganz autonomen menschlichen Charaktertypen und der bewusstseinsbildenden Wirkung des Psychodramas. Doch würde ich nicht so weit gehen wie bis zum Ich weiß, dass ich nichts weiß, also weder so weit wie Sokrates und Nietzsche. Doch ist diese extreme Position des Perspektivismus doch ein starkes Argument und eine Art Vorkehrung gegen den Hang der Studierenden und Wissenschaftler_innen, zu glauben oder (sich und anderen) vorzumachen, etwas beweisen zu können und es daher unbedingt als gesichertes Wissen herrschen zu lassen und wahren zu müssen (Bartel 2008, 2014b). Immerhin weist Nietzsche selbst einen Ausweg:

„In dem weiten Rahmen dieser Interpretation lässt sich freilich keine greifbare ‚eigentliche‘ Wirklichkeit ausmachen. Die Notwendigkeit perspektivischer Schätzungen sieht Nietzsche als Grundbedingung allen Lebens. Diese Einsicht lässt sich durchaus auch auf der Ebene der Erkenntnis fruchtbar machen: ‚Es gibt nur ein perspektivisches Sehen, nur ein perspektivisches ‚Erkennen‘; und je mehr Affekte wir über eine Sache zu Wort kommen lassen, je mehr Augen, verschiedene Augen wir uns für dieselbe Sache einzusetzen wissen, umso vollständiger wird unser ‚Begriff‘ dieser Sache, unsere ‚Objektivität‘ sein“ (Ruckenbauer 2012: 166).

Nietzsches Konzept von Objektivität scheint ein Herauskristallisieren von Erkenntnis aus einer Vielfalt von perspektivischen Erkenntnissen und dadurch sodann das Schaffen von Gedanken zu sein, aber ja keines Dogmas, soll doch die Charaktereigenschaft des Freigeistes die Befreiung von Tradition bewirken. Kreativität schlägt nach Nietzsche die Rechenhaftigkeit und formale Modellierungskunst:

„Was den ‚gebundenen Geistern‘ nie gelingen kann, bleibt dem Freigeist vorbehalten: nämlich neue Werte zu schaffen. ‚Für die Zukunft des Menschen lebt der Freigeist so, dass er neue Möglichkeiten des Lebens erfindet und die alten abwägt“ (Ruckenbauer 2012: 167).

Somit ist auch die Gefahr erkannt, die wir heutzutage in Teilen Wissenschaft und Politik immer wieder beobachten, das – vermeintlich, vorgeblich oder tatsächlich – Neue unreflektiert als prinzipiell besser als das Frühere (i. S. v. Veraltete) akzeptiert wird. *Edmund Husserl* weist in ähnlichem Zusammenhang darauf hin, dass es im Wesentlichen nicht die Gegebenheiten sind, die die Strukturen der Wesensschau bestimmen, sondern dass die strukturierte Wesensschau das Ergebnis von Idealisierungen ist, die die Wirklichkeit verdecken und endlich ein Krisenbewusstsein bei den Menschen erzeugen. Das weist auf die Jahrzehnte späteren *Thomas Kuhn* und *Karl Popper* hin, bei denen Dogmen infolge mangelnder Erklärungsfähigkeit hinfällig werden, oder zumindest auf *Imre Lakatos*, bei dem Mainstream-Dogmen herausgefordert werden, aber es schaffen, mit den sie herausfordernden Dogmen zu koexistieren, weil ein jedes seine Anwendungsnische(-n) in jeweils speziellen Forschungsprogrammen behauptet (Bartel 2011). Aus der Husserl’schen Perspektive werden denn die eingangs behandelte Erklärung der Mächtigkeit des Dogmas vom perfekten Wettbewerbsmarkt und der Remanenz des Status quo gestützt.

So macht sich *Martin Heidegger* in seiner posttheologischen Phase auf „zu den Sachen selbst“ (Esterbauer 2012: 181), indem das Husserl’sche Vorwissen neutralisiert (*Rawls’s original state* lässt grüßen; siehe unten) und so die Erkenntnis freier gefasst werden könnte. Aus den Sichtweisen von Nietzsche, Husserl, Heidegger und den oben angesprochenen Vorgängern erscheint dann der normative Ansatz *Bertrand Russells* als relativ naiv: „Unser moralisches Verhalten orientiert sich zum einen am Grundgefühl der Liebe, zum anderen am Glauben an die Kraft der Vernunft“ (Grabner-

Haider 2012: 173). Allerdings ist im Störungsfall Offenheit sein Rezept und weist diese Aufgabe der Öffnung geschlossener Systeme, wie z. B. der Religionen, der freilich ergebnisoffeneren Philosophie zu. Das Weitere könne dann der gesunde Menschenverstand leisten. Immerhin gehe es dem gesunden Menschenverstand – das ist entscheidend – um das Glück jedes und jeder Einzelnen und so auch um ihre Verteilung auf die Individuen, und nicht, wie im Utilitarismus, nur um die aggregierte Glückssumme. Dabei ergeben sich freilich ausufernde Probleme bei der Erfassung von Glück und begründeten denn auch die breite Forschung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte auf diesem Gebiet; je umfassender das Konzept, desto schwieriger ist es immerhin empirisch zu fassen (Bartel 2012).

In puncto Methodik hat der Falsifikationismus eines *Karl Raimund Popper* seinerzeit viel beigetragen, aber auch zweierlei offengelassen. Erstens, wie Popper selber einräumt (Grabner-Haider 2012), wird beim mathematisch-statistischen Testen (induktives Schließen von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit) die eigentlich mit aller forscherschen Energie zu widerlegende Nullhypothese eher nur alibihaft aufgestellt und gehandhabt, um ja bloß die Alternativhypothese annehmen und die eigenen Forschungsgedanken bestätigen zu können. Zweitens greift aus typisch humanwissenschaftlicher Perspektive – und das geht aus den vorangegangenen Seiten auch hervor – der reine (naive?) Falsifikationismus zu kurz, weil damit sozial mehr und weniger Nützliches oder Kreatives als gleich wichtig behandelt werden und damit das Nützliche weniger – zu wenig? – wissenschaftliches und letztlich auch politisches Gewicht erhält (Bartel 2011). Immerhin vertritt Popper bei sozialen Änderungen, vielleicht sogar aus diesem methodenkritischen Bewusstsein, bei sozialen Änderungen den gradualistischen Ansatz (schrittweises Vorgehen) statt des holistischen Zugangs einer Gesamtreform (Grabner-Haider 2012). Diese Vorsichtshaltung steht in Zusammenhang mit jener der prinzipiellen Reversibilität auch konstitutiver Reformmaßnahmen.

Der Existenzialist *Albert Camus* sieht darin eine Möglichkeit, den an sich sinnleeren Leben einen Sinn zu geben, dass das unrechtbedingte Leiden der Armen verringert werde. „Der Kampf gegen das Unrecht sei nämlich der Motor, der das Absurde erträglich macht und den Gang der Geschichte aufrecht hält“ (Grabner-Haider 2012: 191). Dazu bedarf es entsprechender Menschen, die sozial orientiert handeln, auch wenn sie gegen die Mächtigen, die wenig Empathie und Mitleid aufwiesen, ziemlich erfolglos wären. Diesbezüglich war Schopenhauer also konstruktiver und optimistischer.

Unrecht soll mithin das Streben nach Gerechtigkeit auslösen. Gerechtigkeit als Fairness der Lebenschancen für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft ist eng mit *John Rawls* verbunden und mit seiner Kontroverse mit seinem Gegenpol Robert Nozick (Bartel 2012). Rawls stützt sich bei seinem sehr egalitären Ansatz auf Kleingruppen einer Urgesellschaft, einer typischen Situation, wo Rechte und Pflichten noch vergleichsweise gleich verteilt gewesen sein dürften. Davon ausgehend müsste der Vorteil aufgezeigt werden, der aus einer größeren Ungleichheit für alle – jede_n Einzelne_n – erwachsen würde (Grabner-Haider 2012). Daher ist der Rawls'sche Lösungsansatz stark prozessorientiert (Rawls 1995). Gegen ungerechte Gesetze ruft Rawls zum zivilen Ungehorsam auf. Kritische Vernunft (nicht wissenschaftlicher Beweis) könne mit moralischer Güte gleichzusetzen werden. Angesichts von Störungen dieser Vernunft durch typisch menschliche Charakterschwächen ergibt sich für Rawls ein enger Bezug zur Moral- und Sozialpsychologie; ohne diese könne der soziale Friede als Fundament des Lebensglücks kaum durchgesetzt werden (Grabner-Haider 2012).

Hinsichtlich dieser vernunftbedingten Zielerreichung unterscheidet *Jürgen Habermas* einerseits die instrumentelle Vernunft, die der Herrschaft über Mitmenschen dient, und andererseits die praktische Vernunft, die „der schrittweisen Emanzipation aus unvernünftigen Wertsystemen und politischen Zwängen“ dient. Zur vernunftvollen Emanzipation und ihrer Absicherung nimmt Haber-

mas institutionell die Kritische Theorie in die Pflicht, die als „unterscheidende Sozialwissenschaft (...) einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse folgt“ (beides: Grabner-Haider 2012: 196). Kommunikationsmethodisch unterscheidet Habermas zwischen einem repressiv verzerrten und einem herrschaftsfrei unverzerrten Dialog. Gleichwertigkeit der Gesprächspartner ist sowohl Voraussetzung auf als auch Chance für einen fortschreitenden und fortschrittlichen kulturellen Lernprozess auf möglichst allen Seiten, zumal diese Prämisse von der empirischen Psychologie mit gerechtfertigt wird.

„Im Diskurs werden vom Sprecher und vom Hörer bestimmte Geltungsansprüche erhoben, und zwar im Bezug auf Verständlichkeit, auf den Wahrheitsgehalt [i. S. v. Objektivitätsstandard; Anm. R.B.] der Aussagen auf die Richtigkeit der Regelverwendung und auf persönliche Ehrlichkeit. Die Wahrheit von Aussagen und die Richtigkeit von moralischen Normen werden im kritischen Diskurs ermittelt. (...) Das Kriterium für die Wahrheit von Aussagen oder die Gültigkeit von Normen kann nur im Konsens zwischen kompetenten Diskursteilnehmern erarbeitet werden. Sie müssen zwischen Sein und Schein sowie zwischen Sein und Sollen unterscheiden können. Eine moralische Norm gilt dann als richtig, wenn sie universalisierbar ist. Sie muss allen Diskussionsteilnehmern begründet werden und ihrem gemeinsamen Interesse dienen. (...) Daher muss eine moralische Norm das gemeinsame Interesse aller Diskursteilnehmer im Auge haben. (...) Für die neoliberale Wirtschaft im Welthorizont muss eine Folgenabschätzung zu jeder Zeit in Betracht gezogen werden, denn die vielen kulturellen Gesichter vertragen sich nicht mit einer wirtschaftlich und politisch völlig deregulierten Weltgesellschaft“ (Grabner-Haider 2012: 197, 197 f., 198).

Hier müsste die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft erfunden werden, wenn es sie nicht schon gäbe, um einen solch konstruktiven Dialog auf gesellschaftlicher Ebene zu organisieren, zu kontrollieren und zu steuern: einerseits bezüglich der Kosteneffizienz, andererseits hinsichtlich der *Outcome*-Qualität (Schneider et al. 2014). Das gilt freilich auch für die internationalen Organisationen und für die supranationale EU. Das ist sicherlich leichter gesagt als getan, doch zumindest weist dieser Ansatz so grundsätzlich wie deutlich in eine Richtung. *Richard Rorty* gibt zu bedenken, dass durch eine konsequente Anwendung der Habermas'schen Kommunikation Demokratie, gesellschaftliche Stabilität [i. S. v. sozialer Zentripetalität; Anm. R.B] und persönliche Freiheit sogar kranken könnten – nämlich dann, wenn der schlüssig zu argumentierende Ressourcentransfer von Reich zu Arm an die Grenzen der Transferbereitschaft der Geber_innen_schichten stößt (vgl. die zu niedrige oder rückläufige Entwicklungshilfe mancher Staaten oder die über budgetpolitischen Verteilungsfragen aufkeimenden Nationalismen in der EU). Rorty sieht diesbezüglich keine konkrete Problemlösung, sucht aber allgemein eine Lösung in der Multidisziplinarität und Diskursethik (Grabner-Haider 2012).

In dieser Frage geht *Martin Buber* einen, wenn auch, an Habermas beurteilt, eher ungewöhnlichen und unkonkreten Schritt in der Dialogphilosophie weiter.

„Doch bedarf es zur wahren Ich-Werdung eines Du: ‚Der Mensch wird am Du zum Ich.‘ (...) Buber hat keine philosophische Schule gegründet. Vielmehr ging es ihm um die sich jeweils neu ereignende Begegnung zwischen Menschen, die einer Lehre, die einer Lehre, die verobjektiviert, entgegensteht“ (Esterbauer 2012: 219, 221).

Ernst Bloch ist ziemlich fortschrittsoptimistisch. Denn sein Motor zur sozialen Verbesserung ist die Hoffnung, denn sie „ist in das Gelingen verliebt“. Die Hoffnung lässt sich nicht verträsten, sie will verändern und widerspricht damit dem Status quo derart, dass Bloch den Verfall der „alten bürgerlichen Gesellschaft“ als unausweichlich ansieht und ihn für dann vorhersagt, wenn die Menschen im aneinander Werden weiter fortgeschritten sind und ihre Möglichkeiten einholen werden (Grabner-Haider 2012: 221, 222). An John Rawls erinnert auch bei Ernst Bloch die noch fehlende Einsehbarkeit des künftigen Zustands, die strategisches, opportunistisches Partialverhalten (Individual- oder Gruppeninteressenverhalten) ausschließt.

„Die Hoffenden strecken sich nach dem Noch-Nicht-Bewussten, nach dem Noch-Nicht-Gewordenen aus. Sie ahnen, was im Werden ist, können es aber noch nicht ins Wort heben. Die bürgerliche Philosophie hat die Zukunft vergessen, sie denkt statisch und bewahrend. (...) Das metaphysische Bedürfnis hat sich den Appetit verdorben. (...) Die Sehnsucht und die Erwartung brauchen ihre Hermeneutik, der Geist der Utopie treibt uns voran“ (Grabner-Haider 2012: 222f.).

Das Bedeutende an Ernst Bloch scheint hierbei an der Betonung der gemeinsamen Interessen, an der Aufbruchsstimmung und an der immer leichter und wahrscheinlicher werdenden Veränderbarkeit zu liegen, so dass schließlich Neues auch tatsächlich gewagt werde. Das erinnert an die heutige Auffassung, mit entschlossener Budgetkonsolidierung auf der Ausgabenseite könne eine Wirtschaft, statt in eine Rezession zu schlittern, sogar neu durchstarten, weil die meisten an die Kraft einer staatlich entfesselten Privatwirtschaft glauben. Doch gilt diese Motivierung auch spiegelverkehrt: Warum soll die zuversichtliche, fundierte Hoffnung auf einen höheren Wachstumspfad infolge einer konsequenten Budgetexpansion die Wirtschaft nicht ankurbeln können? Überzeugendes Neues hat seine Wirkung, ist Wirtschaft doch zu 50 Prozent Psychologie, wie, nach John M. Keynes, selbst Ludwig Erhard (1964) überzeugt war.

Erstaunlicherweise sieht Ernst Bloch gerade in der Religion das Visionäre und Revolutionäre; Allianzen bieten sich an. *Walter Benjamin* ortet diesbezüglich (übrigens ähnlich wie Michel Foucault und Theodor Adorno) hingegen eine besonders katalysierende Funktion bei den Geschichtsschreibern, denn diese könnten es schaffen, dass wir uns in die Qualen der Opfer einfühlen können; auch hier kommen wieder Empathie und Mitleid als Triebkräfte in Frage; sie können das Einfühlen in die Siegern übertreffen (Grabner-Haider 2012). Vor allzu großer wissenschaftlicher Trockenheit, vor folglich zu großem und trügerischem Optimismus und daher einem wirkungslosen Warten auf ein automatisch eintretendes Besseres warnt allerdings *Max Horkheimer*.

„Die Herrschaft der Herrschenden muss demaskiert werden (...). Die Diktatur manipulierte die unterdrückten Wünsche des Volkes (...). Anstelle der Verantwortung für sich selbst und für Mitmenschen tritt die Leistung für den Apparat [den Marktstaat; Anm. R.B.]. Im Fortschritt der Industriegesellschaft [auch der Finanzindustrie; Anm. R.B.] geht der Mensch verloren. Die Formalisierung der Vernunft führt uns in die Beliebigkeit der Denkinhalte. Sie hat den Gedanken der Autonomie aufgegeben und ist zum bloßen Instrument geworden. (...) Ohne die Reste von Religion, Kunst und Metaphysik geraten wir in eine total verwaltete Welt hinein“ (Grabner-Haider 2012: 232 f.).

Heute noch wird darüber debattiert, ob formale Stringenz nicht die Kreativität einenge. Horkheimer meint obendrein, die Zielwerte der europäischen Aufklärung – modern übersetzt: mündige Befähigung, sozialer Ausgleich und gesellschaftliche Solidarität – müssten stärker propagiert und als realisierbar empfunden werden, damit die Anreize für entsprechendes kollektives Handeln verstärkt werden. Die diesem Unterfangen hinderliche Urangst des Bürgertums vor dem Proletariat müsse dabei auch überwunden werden. Für *Hannah Arendt* müssten sich selbst Philosoph_inn_en, die rein über Grundbedingungen nachdenken, in die gesellschaftliche Debatte einbringen – was freilich eine faktisch unabhängig organisierte Wissenschaft voraussetzt. Zur politischen Aufwertung selbst der Grundlagenforschung sei nach Arendt eine institutionelle Verankerung ein wertvoller Beitrag (Grabner-Haider 2012). Das spricht, weitergesponnen, die (europäische) Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft an und legt wohl auch eine autonomere Organisation der Interessen der Arbeitslosen nahe.

Jean-Francois Lyotard spricht noch, über Horkheimer hinausreichend, eine andere Form der Einbindung einzelner Interessen(-gruppen) in ein gemeinsames Ganzes an. Er beklagt das Abhandenkommen von „Metaerzählungen“ zwecks Systemintegration.

„An deren Stelle treten kleine, mehr oder weniger in sich geschlossene Sinnstrukturen, die nur mehr für Teilbereiche integrative Funktion haben. Festzustellen sind Diskontinuitäten und Brüche, die nicht mehr in einen Konsens übergeführt werden können, in dem die unterschiedlichen Bereiche aufgehoben sind. (...) Indem er sich gegen verfälschende Vereinheitlichung wendet, geht es ihm jedoch darum, was nicht unter eine Einheit zu bringen ist, zu seinem Eigenrecht zu verhelfen“ (Esterbauer 2012: 243).

Für mich heißt das, dass eigentlich noch immer eine überzeugende Staats- oder Gesellschaftstheorie abgeht, in der sich die Pluralität in der Einheit finden und kooperativ und effektiv etablieren kann. Ein gesondertes Hindernis bei einer solchen integrativen Theorieentwicklung können laut *Jacques Derrida* „verfestigte Sprachinhalte“ sein, die eher trennen denn integrieren. „Im Prozess der Dekonstruktion von verfestigten Sprachinhalten, der prinzipiell unabschließbar ist, stoßen wir auf die Wirklichkeit eines Anderen, Größeren und Umfassenden“ (Grabner-Haider 2012). Dekonstruktion wird hier offenbar als Entdeckungsverfahren gesehen für ein neues Narrativ, vielleicht sogar für eine Metaerzählung.

3.3. Sozialwissen und konstruktive Gesellschaftskritik

Ernesto Laclau und *Chantal Mouffe* (1985/2001) befassen sich mit einer (im Foucault'schen Sinn) Genealogie der Hegemonie. Sie wollen die Auffassung einer quasi natürlichen Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft aufbrechen und dahinter die rein machtorientierten Aktionen aufdecken, welche die Geschichte machen. Die Macht als das Ziel (Ergebnisaspekt) unterscheidet sich von der Macht als Strategie (Prozessaspekt), wobei letzterer bedeutet, dass die sich blenden und führen lassenden Teile der Gesellschaft eben nicht wissen, dass die laufend getroffenen kollektiven Entscheidungen im Endeffekt zu ihren Ungunsten und zu Gunsten der anderen ausgehen werden (vgl. dazu auch Galbraith 1973, Mueller 2003). Laclau/Mouffe (1985/2002) sehen in den Veränderungen des Kapitalismus keine Reaktion auf Unzulänglichkeiten und Kritik, sondern eine systemlogische, „endogene“ Entwicklung innerhalb einer im Wesentlichen unveränderten Systemstruktur („objektive historische Bestimmung“: 25), mit all den kapitalistischen Merkmalen und Funktionsproblemen. Gerade deshalb ist es eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, auf die sich die ungünstigen Effekte konzentrieren, und daher ist es diese Gruppe, die der lohnabhängig Erwerbstätigen, die auf die einschlägigen Auseinandersetzungen – einen Überschuss des Sozialen über die gesellschaftliche Organisation – hinsteuert. Die Auseinandersetzung – wie immer sie aussieht – muss daher auf wirtschaftlicher Ebene geführt werden. Allerdings sei es entscheidend, dass erstens die Einheit dieser kämpfenden Klasse sich nicht infolge der zunehmenden materiellen Einzelinteressen zerlegt und dass es zweitens gelingt, die Anliegen dieser Klasse zu allgemeinen politischen Agenden der Wirtschaftspolitik zu machen, also die Systemzusammenhänge aufzuzeigen und deren Auswirkungen auf die soziale Wohlfahrt vermitteln zu können. Dazu sind die Intellektuellen aufgerufen, sowohl in ihrer Funktion nach innen (die Verbindung zwischen Arbeiterklasse und Sozialismus mit dessen Endziel) als auch nach außen, von der Klasse zur allgemeinen Politik, weil dort die Fragmentatierung der Interessen leichter überwunden und nachhaltige Erfolge erzielt werden können (*“to break with quietism and to achieve current political effects“*: 25; *“the functions of social organization have a greater influence within the State than do those of class domination“*: 35). Die Arbeiter_innen sind mit immer mehr Rechten immer mehr zu (teilhabenden) Staatsbürger_inne_n geworden und haben dadurch an politischem Potenzial gewonnen, das auszuschöpfen eben daran hängt, wie sich die prozeduralen Machtverhältnisse entwickeln. Sich einen politischen Möglichkeitsraum zu verschaffen (politische Autonomisierung), sei eben eine permanente Herausforderung, die nicht nur ständiger Umformulierung des hegemonialen

Mainstream-Denkens bedarf, sondern auch einer Vernetzung der emanzipatorischen Arbeit in den diversen gesellschaftlichen Bereichen und einer Akzeptanz von Reformismus und graduellem Fortschritt (statt Revolution):

“(...) the autonomization of the political can be linked to acceptance of a reformist practice and a gradualist strategy. (...)”

“(...) democratic advance will necessitate a proliferation of political initiatives in different social areas – as required by revisionism, but with the difference that the meaning of each initiative comes to depend upon its relation with the others” (Laclau/Mouffe 1985/2002: 36).

“Solidarisch-emanzipatorische Transformation gibt es nur im Plural der Transformationen, die aber nur dann zu solchen werden, wenn sie sich verdichten, verknüpfen, ineinander übergehen, zu dem werden, was Karl Polanyi ‚Große Transformation‘ nannte. Dem ‚Herrschaftsknoten‘ (Frigga Haug) muss ein ‚Widerstandsknoten‘ entgegengestemmt werden. Die theoretische wie praktische Verbindung der verschiedenen Ansätze ist eine ganz eigene Aufgabe. ‚Falsche Gegensätze‘ lassen sich nur überwinden in ‚richtigen Verknüpfungen‘ – des Sozialen und des Ökologischen (Ulrich Brand) mit dem Demokratischen und Libertären oder des Globalen mit dem Regionalen wie Lokalen (Michael Thomas)“ (Brie 2014: 9 f.).

Sobald infolge ständiger Umdeutungen der Welt auch politische Erfolge erzielt werden, kräftigen diese ihrerseits wiederum das Bewusstsein politischer Autonomie – i. S. v. einer Deutungs- und Gestaltungsfreiheit gegenüber den vorgeblichen ökonomischen Sachzwängen – und fördern die Einigung in der politischen Bewegung.

„It is only this autonomization of the political, as opposed to the dictates of the economic base, that permits it to play this role of recomposition and reunification against infrastructural tendencies which, if abandoned to themselves, can only lead to fragmentation” (Laclau/Mouffe 1985/2002: 31).

„Immer geht es um den Zugang zu den Reichtumsbedingungen eines guten und gelingenden Lebens (...)" (Brie 2014: 10).

Die Umdeutung und Neuformulierung, die angesprochen wurde, wird bis heute als entscheidende Voraussetzung zum Gelingen angesehen, korrespondiert auch mit obigen psychologischen und philosophischen Funden und könnte daher eine zentrale Rolle für organisierte Emanzipation spielen:

“(...) we argue that society is managed increasingly through epistemic governance, which works on actors’ perceptions of the world and its current challenges. Our point is that regardless of which actors we assume to be influential in affecting public policies, they operate by utilizing a limited number of strategies, in broad paradigmatic as well as in focused practical dimensions. The epistemic work actors are engaged in focuses on three aspects of the social world: (1) ontology of the environment, (2) actor identifications, and (3) norms and ideals, or constructions of what the world is, who we are, and what is good or desirable” (Alasuutari/Qadir 2014: 67).

Anderenfalls, wenn eine Interessengruppe ihre Deutungshoheit behält, träten insofern Foucault’sche Zustände ein, als die hintergründige, aber faktische Unfreiheit in der vordergründigen, nur formalen Freiheit einzementiert wäre:

„Die Verfügung über die Optionen aller nur möglichen Zukünfte wäre die totale Herrschaft, die keiner spürt, weil er oder sie sich in jedem Moment frei entscheiden kann zu tun oder zu lassen, was immer möglich ist. Widerstand ist nicht einmal mehr denkbar, weil jedes Subjekt ganz sich selbst regiert, so das neoliberal, neosozial geführte Projekt (vgl. Foucault 2012). (...) Eine linke Perspektive auf die Transformation [der Gesellschaft im neoliberalen Sinn; Anm. R.B.] schließt ein, Walter Benjamins Diktum ernst zu nehmen: ‚Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Dass es ‘so weiter‘ geht, ist die Katastrophe‘ (Benjamin 1982, 592)“ (Brie 2014: 7, 9).

Allein, dazu gibt es realistische Alternativen, und dazu ist auch der Begriff von Revolution zu relativieren und diese, wie von Max Horkheimer bezeichnet, Urangeist, wie bei Ernst Bloch, in kreative Hoffnung umzuwandeln.

„Transformationsanalyse verlangt, sich den objektiven Strukturen wie Akteurskonstellationen zu stellen, die das heutige Weiter-so bestimmen. Es sind oligarchische Machtstrukturen in der Verknüpfung von Wirtschaft, Politik, Expertentum und Kultur (Judith Dellheim), die die zentralen Bereiche von Vergesellschaftung kontrollieren. Eine solche konzentrierte Macht kann auch durch Einstiegsprojekte aufgebrochen werden, die in den Klüften, Rissen und Nischen herrschender Politik gebildet werden können (Lutz Brangsch). Hier vor allem kann das mögliche Andere gelernt werden. Aber Transformation lässt sich nicht denken, ohne die Frage der Gewalt und des Widerstands neu zu stellen (Erhard Crome). Denn gerade die Ereignishaftigkeit von Transformation (Alex Demirović) setzt Gewalt immer wieder unübersehbar auf die Tagesordnung. Das Legale wird infrage gestellt, Neues entsteht, Ansprüche prallen auf Ansprüche. ‚Zeit‘, so Marx, ist ‚Raum für menschliche Entwicklung‘ (Marx 1865/1974, 144). Nicht die Verfügung über die Ungeborenen, nicht die vorwegnehmende Kontrolle über das denkbar Mögliche, sondern der heutige Beitrag dazu, dass Menschen in Zukunft gleicher und freier, selbstbestimmter und demokratischer, friedlicher vor allem leben können, dies ist gesellschaftsreformierende wie umstürzende, ist ‚revolutionäre Realpolitik‘ (Luxemburg 1903/1972, 373) der Transformation“ (Brie 2014: 10).

„Emanzipation a. Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit; Selbstständigkeit; Gleichstellung; b. rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung“ (Duden.de 2013 [4.9.2014])

4. Konkrete Emanzipationsansätze: Grundtenor und Strategien

Die Intention von Emanzipation ist die Selbstbefähigung, die Stoßrichtung ist dabei, der Abbau ungerechtfertigter Abhängigkeiten, die die Selbstständigkeit ungebührlich einschränken. Gilt Emanzipation – humanistisch, also menschen- bzw. naturrechtlich – als Maxime für alle, so ist damit eine Gleichstellung verbunden. Emanzipation ist somit legitim, wenn individuell unterschiedliche Gegebenheiten und gesellschaftliche Machtstrukturen die Möglichkeiten der Individuen zwischen diesen verzerren.⁶ Die einen verfolgen sozial-ökonomische Emanzipation jedenfalls durch die staatliche Gewährleistung von funktionalem bis perfektem Wettbewerb (Schlagwort: Freiheit des Marktes), die anderen erforderlichenfalls durch die Fülle staatlicher Interventionsmöglichkeiten. Die zugrundeliegende Norm ist jedenfalls Chancengleichheit – zumindest als Fernzielmarke. Jeder Mensch hat einfach ein Recht (Ergebnisaspekt) oder zumindest auf eine Chance (Prozessaspekt) auf ein gutes Leben. Dabei setzen wir bei den Begriffen und den durch sie unweigerlichen, oft suggestiven und manipulativen Vorstellungsinhalten an.

„Nun ist die politische Realität, wie jede andere auch, eine diskursiv produzierte. Der politische Raum ist ein symbolisches System, das durch Sprache aufgespannt wird. Wissen wir seit den frühen Tagen des 'linguistic turn'“ (Misik 2005: derStandard.at, <http://derstandard.at/2181087>).

Ökonom_inn_en ebenso wie insbesondere ökonomische Lai_inn_en könnten und würden dann sagen: „Ja freilich, das tun wir! Das ist doch logisch. Warum hat man das nicht schon längst getan?“ Dann hat Emanzipation eingesetzt, die letztlich auch bestehen i. S. v. offen und lernfähig, umsetzungs- und erfolgsorientiert bleibt.

4.1. Konjunktur und Expansionismus, Soziales und Budget

Emanzipieren sollten wir uns aus dem Begriff der Konjunktur als einem thermostatähnlichen Regelkreis mit negativ beurteilten Abweichungen vom „natürlichen“ Trendwert sowohl nach oben (Überhitzung) als auch nach unten (Verkühlung). Denn jedes Mehr an Produktion (= Einkommen) und Beschäftigung dient nicht nur der Besserstellung von Individuen, sondern erhöht auch Potenzial und Bereitschaft zur Umverteilung im Sinn einer staatlichen Intervention zu mehr Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit sowie zur Erhöhung der Lebensqualität insgesamt (Kaldor/Hicks-Kriterium der sozialen Wohlfahrtssteigerung:⁷ Nowotny 1996) und zuvorderst der Schwächsten (Rawls 1995). Wie kann man das gegen den Mainstream kommunizieren, damit es breit rezipiert wird?

Jean-Paul Sartre, Max Horkheimer, Ludwig Erhard, Ernst Bloch und John Rawls (Grabner-Haider 2012), Gunther Tichy (1982), Ernesto Laclan und Chantal Mouffe (1985/2002) und Barack

⁶ „Wenn alle gleich sind, nämlich eigentlich nichts sind, ist die Freiheit jedes Einzelnen unendlich“ (Michael Köhlmeier: Die Abenteuer des Joel Spazierers. Roman. dtv: München 2014: 620).

⁷ Sozial effizient und wohlfahrtsökonomisch fundiert ist eine Umverteilung dann, wenn ihre Gewinner_innen ihre Verlierer_innen finanziell entschädigen könnten und dennoch an sozialem Wohlergehen gewännen.

Obama waren und sind beispielsweise überzeugt, dass Wirtschaft bzw. Politik zu einem Gutteil Psychologie sind. Daher gilt das *“yes, we can“*. Das ist der Anstoß, den wohl alle Emanzipationsbestrebungen benötigen. Allerdings ist für Bloch die alte bürgerliche Gesellschaft ohnedies ein Auslaufmodell, weil in der Gesellschaft die Menschen aneinander wachsen und „in das Gelingen eines Besseren verliebt“ seien. Hier können erstens Bildungs- und zweitens Sozialpolitik relativ leicht ansetzen (zu ihrer Fundierung und Motivation kommen wir noch).

Erstens: Bildung (als Vorgang) wird heutzutage schon längst und immer mehr als eine Erziehung zur Hinterfragung von Normen gesehen – zumindest theoretisch. Diesbezüglich nimmt Horkheimer explizit die Wissenschaft und speziell die Kritische Theorie seiner Frankfurter Schule in die Pflicht. Sogar der gemäßigt liberale, humanistisch orientierte John Stuart Mill (Ruckenbauer 2012) trat für die Gleichheit der Bildungschancen ein und nahm die heute und hierzulande zwar noch konservativ zurückgestaute, aber sich gerade auch aus Wirtschaftskreisen immer mehr Bahn brechende Willigkeit und Entschlossenheit zur Reform gleichsam vorweg. Das wird der erste diesbezügliche Emanzipationsschritt sein, der zweite wird die Inhalte der Bildung betreffen und fordert schon jetzt v. a. die Wissenschaft und Forschung viel mehr als bislang (siehe unten).

Mit Wilhelm Reich (Schlüter 2013) können wir einen sinnvollen Zusammenhang zwischen Bildungs- und Sozialpolitik herstellen. Fortschrittliche Bildungspolitik führt zu persönlicher Freiheit des Denkens, Fühlens und Handelns und hebt tendenziell den intraindividuellen Konflikt zwischen Triebhaftigkeit (Es) und Normen (Über-Ich) auf. Dadurch würden illegitime Machtausübung und somit Ungerechtigkeit, die durch den Treibkonflikt bedingt seien, zurückgedrängt. Solcherart würde auch das Machtpotenzial des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream ausgehöhlt und insbesondere das naturgesetzliche Denken in natürlichem Trend und konjunktureller Störung, das eine expansive Wirtschaftspolitik und -entwicklung verhindert.

Zweitens: Diese nach Reich durch bessere Bildung gelingende Steigerung von Gerechtigkeit und Verbesserung des Lebens trägt wiederum selbstverstärkend zu Machtneutralisierung und folglich zu größerer politischer Souveränität, zur „Autonomisierung“ (Laclau/Mouffe 1985/2002: 31, 36) bei. Insofern kann prononciertere Sozialpolitik die günstige Gesellschaftsentwicklung beschleunigen. Das erfordert seinerseits, den Wohlfahrtsstaat zu bewerben, indem gerade den Nettozahler_inne_n verdeutlicht wird, dass und inwieweit sie auch aus dem Umverteilungssystem persönlich profitieren. Dadurch wird die – umgekehrte – Neiddebatte (sagen wir: Geizdebatte) abgeschwächt. Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates im Sinn des Solidaritätsgedankens gehört es auch, die Stratifizierung hintanzuhalten, d. h., die soziale Durchmischung auch örtlich zu fördern. Dann, wie Martin Buber ausführt, wächst das Ich am Du (Esterbauer 2012). Horst-Eberhard Richter folgend kann mit Sozialpolitik unterstützt werden, dass der technisch-organisatorische Fortschritt in der Gesellschaft die Menschen nicht überfordert, sondern die Gemeinschaftlichkeit mit der technisch-ökonomischen Machbarkeit mithalten lässt (Schlüter 2013). Weiter zurück in der Geschichte ist es Charles Louis de Montesquieu, der den Staat vernünftig oder verpflichtet wissen will, durch soziale Gerechtigkeit und Versorgungssicherheit den sozialen Frieden zu schaffen und damit letztlich die Existenz seiner eigenen Staatlichkeit zu sichern (Grabner-Haider 2012). Ebenfalls als positiver Regelkreis wirkt nach dem Psychologen Abraham Maslow, dem gemäß größere persönliche Freiheiten (etwa von der bürgerlichen Moral) und erweiterte materielle Möglichkeiten den Menschen in seinem Streben auf höhere Ebenen heben, wo dieser nach Zugehörigkeitsgefühl, Selbstwertgefühl, Selbstverwirklichung und Transzendenz (Erweiterung seiner Möglichkeiten im Rahmen und mit der Gesellschaft) verlangt. Denn höher in der Bedürfnispyramide situiert sind soziale Bedürfnisse (Schlüter 2013).

Beim Übergang zum grundsätzlichen Expansionismus in Politik und Wirtschaft erhält das Budget – als in Zahlen gegossene Politik – einen reinen Mittel- statt eines Zielcharakters. Das begründet sich damit, dass weniger Staatsintervention die Abhängigkeiten und Ungleichheiten wieder verstärken würden, setzt aber andererseits voraus, dass der öffentliche Sektor Thomas Hobbes mit seinem Leviathan (dem Staat als Moloch) und die *Public Choice Theory* Lügen straft, die erklären, dass der Mensch nicht nur in wirtschaftlichen und sozialen Belangen, sondern auch in staatlichen Funktionen dem Menschen ein Wolf sei und deshalb der öffentliche Sektor ein Ungeheuer (Leviathan), das wie ein Moloch sei und alles verschlinge (Weinke 2012) – wie schon nach Niccolò Machiavelli der unaufgeklärte absolutistische Staat (Salamun 2012). Darauf kommen wir im Abschnitt über Politik zurück.

Indes, wie emanzipieren wir uns von der Austeritätspolitik und der neuen Bescheidenheit, mit der sich die Menschen heutzutage bescheiden sollen – also auch gegenüber Wachstumsskeptik und Umweltbedenken? Die Mehrzahl der Humanwissenschaftler_innen ist hierzu humanistisch-optimistisch gestimmt. So widerspricht erstmals schon Wilhelm Wundt dem reinen Behaviorismus, indem er dem Individuum zugesteht, dass es die Übertragung des Reizes vom Senden zum Empfangen des Signals selbst beobachten, überdenken und steuern kann. Auch Edward Thorndike und Burrhus Skinner erforschen und argumentieren, dass sich der Mensch (letztlich) nicht (gänzlich) durch das Anreizsystem individualistisch-hedonistische Anreizsystem in Wirtschaft und Gesellschaft verführen lässt (Schlüter 2013). Dies weist, wie auch die im vorigen Absatz angeführten Argumente tendenziell auch in Richtung einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigeren Struktur der Produktion und Produktionsweise. Ökonomisch betrachtet wird eine gleichere personelle Ressourcenverteilung keine Einbußen an Nachfragedynamik mit sich bringen (im Gegenteil). Wilhelm Wundt hält die Menschen im Wesentlichen für mündige Konsument_inn_en, was auch auf die Ökologie übertragen werden kann (Schlüter 2013), nicht für einen individualistischen *Homo oeconomicus*, für keinen rein triebgesteuerten Reizumsetzer, keine menschliche Maschine. Vollkommene Beherrschung der Natur, wie nach Descartes anzustreben (Grabner-Haider 2012), ist eben nicht (ganz) die *Maxime* des Menschen.

Emanzipieren sollten wir uns von der Norm des Budgetausgleichs sowohl auf kurze bis mittlere Frist als auch den Weg dahin über die Ausgabenreduktion. Das ist wiederum ein Fall für eine ausgewogene Wissenschafts- und Bildungspolitik. Dabei kann sowohl die deskriptive Geschichtsschreibung helfen, indem sie auf die britisch-königlichen Staatsanleihen mit unendlicher Laufzeit hinweist, als auch die genealogische Geschichtsforschung, welche im Geist Michel Foucaults die Entwicklung als interessen- und machtbefehlt enttarnt (Laclau/Mouffe 1985/2002), indem sie ganz aus der perspektivistischen Perspektive z. B. von Pierre Bourdieu et al. (1993/1997) die Finanz- und Wirtschaftskrisen analysiert und ein – vermutlich generalisierbares Narrativ dazu entwickelt. Dann ist der Weg frei(-er) nicht nur für die Regulierung der Finanzmärkte, sondern auch für die Finanzierung der öffentlichen Funktionen (Ausgaben) neben den Steuern und Abgaben durch nicht-private Kreditfinanzierung (Schulmeister 2011).

Emanzipieren sollten wir uns auch von der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) als alleinige oder dominante Messgröße für die wirtschaftliche Entwicklung – egal, ob als Messlatte für Konjunktur oder Expansion. BIP-Wachstum stärkt, unabhängig von der Entwicklung des individuellen Einkommens, zwar die Lebenszufriedenheit Zugehörigkeitsgefühl – Selbstwertgefühl – Selbstverwirklichung – Transzendenz, ist aber immerhin dem alltäglichen Gefühl des Wohlbefindens abträglich (Tay et al. 2014). Ein Ansatz dafür wäre die Heranziehung einer neuen Messgröße für die

hauptsächliche Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung. Das wäre günstigenfalls eine Variable, die mit der sozialen Wohlfahrt in engerem ursächlichen Zusammenhang steht als das BIP: etwa das eine oder andere persönliche – verdiente oder verfügbare – Äquivalenzeinkommen (es macht die Einkommen interpersonell vergleichbarer, indem es für die ebenfalls ausschlaggebende Familienstruktur bereinigt). Noch aussagefähiger wären Äquivalenzeinkommen, das die regional oft sehr unterschiedlichen Preisniveaus mitberücksichtigt: ein zusätzlicher Aufwand, der sich letztlich, via Einfluss auf die wirtschaftspolitische Prioritätensetzung und Zielerreichungsmatrix lohnen würde (Bartel 2013a).

Ein Hauptargument für eine andere führende Kennzahl für volkswirtschaftliche Leistung oder Problematik als das BIP ist das Phänomen der Wachstumszyklen, d. h., dass das Wachstum des realen BIP in den meisten Jahren nach dem Weltkriegswiederaufbau positiv war und die Zyklik v. a. in den abwechselnd höheren und niedrigeren Zuwachsraten besteht (vgl. Abb. 2.1. im Anhang A.1.). Das erscheint als eine Erfolgsgeschichte – die es nicht ist, weil nicht jedes Wachstum mehr Beschäftigung bringt und weil mehr Beschäftigung mit einer Verschlechterung der Beschäftigungsqualität für die Arbeitnehmer_innen sowie für die Einzel- und Kleinunternehmer_innen sowie mit verschlechterter Ökologie einhergehen kann. Das heißt nicht, dass Wachstum abgelehnt wird, aber es muss in deiner relativen Wichtigkeit zu anderen sozialökonomischen Phänomenen zweckmäßiger positioniert werden. Dies diesbezügliche Botschaft kann recht einfach und eingänglich sein: *Okun's Law*.

Das so genannte Okun'sche „Gesetz“ ist ein empirischer Zusammenhang zwischen Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderung der Arbeitslosenquote. Erst ab einer bestimmten Wachstumshöhe (so etwa an oder um die 3 Prozent) nimmt die Arbeitslosenquote ab; unter dieser Schwelle nimmt sie sogar bei positiven Änderungsraten zu, und bei Nullwachstum oder Schrumpfung des realen BIP noch umso stärker (Blanchard et al. 2013). Das BIP ist für die soziale Wohlfahrtsentwicklung relativ wenig relevant.

4.2. Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Gehen wir also einmal von Einkommensgrößen sogar ganz ab. Angesichts der unerwartet hohen Arbeitslosenquote (nach dem im Vergleich zur EU-Methode viel ehrlicheren „Registermethode“ Österreichs und der noch einmal ehrlicheren Arbeitskräfteüberschuss-Methode des WIFO) und der unerwünscht starken Dynamik der Arbeitslosenquote – vgl. Abb. 2.2. im Anhang A.1. – sowie in Anbetracht der hohen sozialen (externen wie privaten) Kosten der Arbeitslosigkeit (Bartel 2013) sollte eine solche Kenngröße eher eine möglichst ehrliche Arbeitslosenquote, etwa nach dem WIFO-Konzept des Arbeitskräfteüberschusses, oder ein möglichst ausgewogener Index aus sozial problem-sensitiven Arbeitsmarktvariablen. Insbesondere bei der Messung von Beschäftigung wird Schindluder getrieben, indem, eher stillschweigend, die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse herangezogen wird statt des jeweils zeitlichen Ausmaßes, zutreffender gemessen in Vollzeitäquivalenten. Dann käme man auf stagnierende bis rückläufige Beschäftigung sogar über mittlere bis lange Frist (Bock-Schappelwein 2005, Huber 2005).

Auf die Bedeutung möglichst problemadäquater und aussagekräftiger Information über die faktische Lage weist Aaron Beck hin; „selektive Abstraktion“ könne zu Übergeneralisierung und Extremanschauung führen, was eine machtfreien Kommunikation hinderlich wäre. Besonders der radikale Kommunikationspsychologe und Konstruktivist Paul Watzlawick vertrat die Position, dass die [relevante; Anm. R.B.] Wirklichkeit nicht die wahre, sondern die kommunizierte ist und für Missverständnisse oder Manipulation Tür und Tor offen stünden. So werden „subjektive Wirklichkeiten zwei-

ter Ordnung“ geschaffen, die aber immerhin durch Fakten, auf die man sich einigen kann – die „Wirklichkeiten erster Ordnung“ –, relativiert. Deshalb sei es auch essenziell, als Korrektiv für die soziale Kommunikation sich auf inhaltliche Konzepte in Form von Normgrößen und auf Verfahren zur Datengewinnung über diese Konzepte zu einigen (Schlüter 2013).

Hier lässt sich mit dem historischen Relativismus eines Wilhelm Dilthey anknüpfen, der das möglichst zutreffende Erfassen der sozialen Welt von einem Vorverständnis, einem „objektiven Geist“, abhängig macht. Das ist konkret die Erfassung der geistigen und institutionellen Struktur der Gegenwartsgesellschaft, die das Verstehen von Texten über die gesellschaftliche Situation erst maßgeblich ermöglicht (Grabner-Haider 2012). Das holt die Zeitgeschichte, Wirtschaftsgeografie und Soziologie ins Boot der Analytik. Es geht darum, aus den Beschreibungen die mit der Beobachtung und Empfindung der Realität gemachten Erfahrungen weitestgehend mitzukriegen – sonst wird die Kommunikation beliebig.

Feministische Ökonomik (Haidinger/Knittler 2013) vertritt die Position, dass sozialwissenschaftliche Erkenntnis dann am besten gelingt, wenn die Analyst_inn_en die von ihnen zu untersuchende Thematik und Problematik aus eigener Erfahrung kennen. Damit nehmen die feministischen Ökonom_inn_en geradezu die Gegenposition des Mainstream ein, der danach trachtet, möglichst objektiv zu sein, also subjektive Momente der Analyse möglichst auszuklammern. Aus alternativer Sicht wäre daher das Verständnis für das Problem der Arbeitslosigkeit und die Mittragung aktiver, auch kostenintensiver Beschäftigungspolitik umso größer, je mehr Leute und je länger diese Leute Arbeitslosigkeit (unfreiwillig) erfahren haben. Kuriert sich Arbeitslosigkeit solcherart tendenziell von selbst? Oder sollten Arbeitslosigkeitstrainings angeboten werden?

Emanzipieren sollten wir uns demnach vom Bann der nackten Zahlen, die, etwa als irgendeine Arbeitslosenquote gefasst, Arbeitslosigkeit nur als Problem einer kleinen Minderheit, als ein Randproblem ausweisen und weder die individuelle noch die gesellschaftliche Problematik vermitteln können. Zudem beleuchten Arbeitslosenquoten nicht die andere Hemisphäre, nämlich die der Überarbeitung als Prestige, aber auch Problem sogar einer relativen Mehrheit. Eine umfassendere und viel mehr teilnehmende Kommunikation und Rezeption, nämlich als Ungerechtigkeit, als Ressourcenverschwendung und als vermeidbare Belastung für alle, muss dieser gesamtwirtschaftlichen Problematik mehr Gewicht auf der politischen Agenda verleihen und wäre ein erster Schritt zur Emanzipation und zu einer *Win-win*-Lösung (die Argumente finden sich oben in Abschnitt 2.2.).

Doch nur wieder zu möglichen Strategien aus humanwissenschaftlicher Sicht. Auch hier setzt man mit der Verbesserung der Lebensbedingungen an, speziell mit Familienpolitik, zumal bessere (weniger unbelastete) Familienbeziehungen eine prosoziale Einstellung der Kinder fördern, wie jüngst psychologisch untersucht wurde (Ljunge 2014). Anknüpfend daran sowie an Dilthey und Watzlawick könnte gerade die Auffassung der systemischen Psychologen auf die Interaktion sozialer Gruppen übertragen werden und deren Lernfähigkeit fördern. Etwa besagt die Feldtheorie individuellen Interagierens von Kurt Lewin, dass das Individuum je nach seinem subjektiv empfundenen sozialen Umfeldes agiert. Die prototypische Familienpsychologin Virginia Satir legt den Schwerpunkt der Therapie auf die Familien- bzw. Kollektivmitglieder mit den auffälligsten Problemsymptomen. Das wären in neoliberalen Zeiten freilich die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten (Marchart 2013), die das soziale, wirtschaftswissenschaftliche und politische Augenmerk am ehesten verdienen. Immerhin tragen hauptsächlich sie die Last des nicht abgefederten Strukturwandels und folglich der Wohlstandsentwicklung der anderen (Vollbeschäftigung ist eben ein öffentliches Gut, wenn es auch der Neoliberalismus nicht recht so sieht). Nach der Theorie von Alexander und Margarete Mitscher-

lich erklärt sich das immanent unpolitische und extrem individualverantwortungsorientierte, manische Streben nach beruflichem und materiellem Erfolg der Deutschen [und wohl auch der Österreicher_innen; Anm. R.B.] mit der Verdrängung der politischen Vergangenheit im Nazismus (bzw. Faschismus) und der Unfähigkeit, diese Vergangenheit und ihre Opfer zu betrauern (Schlüter 2013). Die z. T. heute noch mangende und mangelhafte Aufarbeitung der Geschichte insbesondere in der genealogischen Methodik etwa eines Michel Foucault (Fisch 2011) mag im Zuge der allmählich anziehenden Bewusstseinsbildung auch einen Anstoß dazu bieten, die Opfer des Marktstaates zu ausführlicher zu untersuchen, zu betrauern und eine dementsprechende Priorisierung im Zielsystem und in der Agenda der praktischen Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Selbst John Stuart Mill rechtfertigte als Liberaler bereits die Einschränkung der persönlichen Freiheit des Kollektivmitglieds durch die Schädigung, die ein bestimmtes Individualverhalten Dritten bereitet (Ruckenbauer 2012). Diese Schädigung Unbeteiligter ist auch durch die externen Kosten der Arbeitslosigkeit (jene, die die Beschäftigten treffen) gegeben und rechtfertigt somit marktinkonforme Eingriffe des Staates in die Arbeitslosigkeit erzeugenden Märkte (aus keynesianischer Perspektive nicht nur in den Arbeitsmarkt allein). Wieder ist hierbei die Geschicklichkeit der Kommunikation ausschlaggebend.

Der Effektivität einer stringenten Kommunikation dienlich ist die perspektivische Darstellung (Bourdieu et al. 1993/1997), die beobachtende Teilnahme oder überhaupt das Führen des Lebens Arbeitsloser oder prekär Beschäftigter. Entweder ist eine entsprechend eingängige Beschreibung geeignet, wie sie neben Foucault und Bourdieu auch Walter Benjamin und Theodor Adorno vorschlagen. Oder der Diskurs im persönlichen Kontakt ist notwendig, eben nicht (nur) über die Neuen Medien, wie Horst-Eberhard Richter meint. Verständnis könne nur durch persönliche Anteilnahme und das dadurch erweckte Mitleid und Mitgefühl geweckt werden, wie schon Adam Smith, aber später auch Fritz Perls und Carl Rogers überzeugt waren.

Das therapeutische Psychodrama eines Jakob Moreno, wo Rollentausch ein wesentliches Element bildet (Grabner-Haider 2012), legt zudem nahe, wie wichtig ein angedachter oder tatsächlicher Rollentausch mit Arbeitslosen oder ein Feldexperiment mit Arbeitslosigkeit in der Art eines Günter Wallraff wäre. Gerade in Kleingruppen (*in-groups*) sei die Einstellung der Gruppenmitglieder eher egalitär als die Einstellung des Individuums gegenüber der Allgemeinheit (*out-group*). Das zu transportieren sind Literatur darstellende Kunst (wie explizit die „Badener Lehrstücke“ Bertold Brechts und Dokumentationen vielleicht bis hin zu Doku-Soaps gefragt (etwa in der Art von „Wer holt mich hier raus? Ich bin ein Star“).

Nach Auffassung Max Horkheimers muss bei einer Vermittlung der Problematik einer Bevölkerungsgruppe an die ebenfalls davon betroffenen anderen jedenfalls die Angst des Bürgertums vor einer aufbegehrenden Arbeiterklasse abgebaut werden (Grabner-Haider 2012), es damit diese Problematik auf die politische Agenda schafft, denn nur der Staat habe mit Mittel, eine effektive und nachhaltige Lösung einzuführen, nicht die davon unmittelbar betroffene Interessengruppe (Laclau/Mouffe 1985/2002). Auch Carl Rogers hält dafür, dass Begegnungen von authentischem Charakter Respekt und Akzeptanz erzeugten und dadurch konfliktäre soziale Gruppen einander *in puncto* Verständnis und Kooperation näher brächten. Selbstkonzept und Umfeld werden deckungsgleicher. Laut dem Gestaltpsychologen Fritz Perls werden dabei „offene Figuren“ (Konflikte mit anderen) „geschlossen“ und mithin Angstneurosen beseitigt (Schlüter 2013). Die Lebensbilder der anderen müssen begreifbar gemacht werden, um mit einer solchen Konfrontation Neurosen abzubauen.

Gerade die Arbeiter_innen_klasse bzw. der Sozialismus befürchte die Aufspaltung der Interessen ihrer Mitglieder bzw. seiner Anhänger_innen (Fragmentation) durch die Diversifikation der

Wirtschaftsstruktur, die zunehmende soziale Schichtdurchlässigkeit und die allgemeinen sozialen Fortschritte der Lohnabhängigen. Die abnehmende Solidarität und Kampfbereitschaft treffe daher speziell die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Unter diesem Blickwinkel ist die Gründung einer Gewerkschaft der Arbeitslosen und/oder der prekär Beschäftigten, etwa nach dem früheren französischen Vorbild „*syndicat des chaumeurs*“ eine wirksame institutionelle Fundamentierung der problembezogenen besonderen Interessen (Mouffe 2013). Bereits John Stuart Mill pochte auf das Recht der Versammlungsfreiheit der Arbeiter_innen, das wohl in spezieller Hinsicht heute auch noch von ihm vertreten würde, obwohl es freilich dem liberalen Mainstream, neoklassischen Modell des Arbeitsmarktes, völlig widerspricht (Bartel 2014b). Es wäre eine Defensivstrategie gegen eine strukturelle Gewaltausübung in der Gesellschaft, was John Kenneth Galbraith (1953) als *countervailing power* (Gegenmacht) bezeichnete und für nötig befand, um diese Macht in die Schranken weisen zu können. Erich Fromm gibt dem eine Chance: Der Mensch könne das Sein über das Haben stellen. Der Existenzialist Albert Camus schrammte dadurch am Nihilismus eines Herbert Marcuse vorbei, dass er es als Sinngebung für das Leben ansah, gegen das Unrecht zu kämpfen (Grabner-Haider 2012). Immerhin machte bereits Ludwig Feuerbach die Unmoral in der menschlichen Gesellschaft für die Armut verantwortlich (Weinke 2012).

Emanzipieren sollten wir uns vom Begriff des Arbeitsmarktes als ein Markt wie jeder andere, etwa der Kartoffelmarkt oder der Fischmarkt (Bartel 2014b). Hierbei ist die Phänomenologie eines Edmund Husserl oder die Sprachphilosophie eines Jacques Derrida (vielleicht wider Erwarten) relevant (Grabner-Haider 2012). Jacques Lacan sprach der Formulierung eine faktisch prägende Kraft und gesellschaftlich normierende Funktion zu, da Sprache an sich schon das Unterbewusstsein strukturiere (Schlüter 2013). Die Perfektion des Marktes, die durch Reiteration diskursiv in den Köpfen der Menschen verankert wird, bezieht sich sowohl exemplarisch als auch verallgemeinernd auf das Konzept der Auktion auf einer Börse. Diese Inszenierung von Idealität und zugleich Normalität ist durch eine sprachliche Intervention unterwandelbar. Semantisch zutreffendere Begriffe wären, je nachdem, Jobbörse, Tagelöhnerie oder gar Arbeitsstrich. Auf die tagtägliche, unermüdliche Umformulierung des neoliberalen Diskurses komme es an (Laclau/Mouffe 1985/2002), auch wenn das über Jahrzehnte eine Sisyphus-Arbeit sein möge. So spricht Galbraith (2005) nicht von Marktwirtschaft, sondern wegen der manipulativen und beherrschenden Position der Unternehmen von einer Managerwirtschaft, wie sinngemäß bereits Auguste Comte. Das liegt genau in Linie der Kritischen Theorie, wie es Max Horkheimer ganz explizit gemacht hat (Grabner-Haider 2012).

Auch real, nicht nur diskursstrategisch soll Beschäftigung nicht dem Markt allein überlassen werden. Hierin unterscheiden sich das neoklassische Mainstreamkonzept und das alternative keynesianische Konzept von Vollbeschäftigung erheblich, weil ersteres auf dem Wettbewerbs- und Kommerzmarktkonzept beruht und letzteres auf dem systemimmanenten Versagen des Mainstreamkonzept und folglich einer staatlich geregelten und interventionistisch beeinflussten Verteilung der Erwerbsarbeit (Bartel 2014b). Die Grundvoraussetzung dafür oder zumindest eine förderliche Bedingung könnte sein, dass sich aus psychologischer Perspektive eines Erich Fromm der Mensch nicht über den Tauschwert seiner Arbeitsleistung definieren solle. Selbsttranszendenz (wie könnten auch Selbstemanzipation sagen), laut Fromm die Grenzerweiterung seines Daseins durch Kreativität, geht für Fromm von der Überwindung des Marktdenkens aus. Der Mensch soll nicht auf nach Bedarf und auf Befehl funktionieren müssen, statt aus seinem Gefühl heraus – emanzipativ – eine höchstpersönliche Identität zu bilden und mit dieser dann dem System gegenüberzutreten ohne sich im Vorhinein den Systemzwängen zu unterwerfen – noch dazu wenn es dazu argumentative Alternativen gibt. Die kognitive Wende in der Psychologie, an der Jean Piaget maßgeblich beteiligt war, sieht den Men-

schen als rational selbstreflektierendes Wesen, und zwar schon im Lauf der kindlichen Entwicklung. Albert Bandura bestätigt zwar, dass Leitbilder und Verhaltensmodelle via zwischenmenschliche Kontakte sozial gelernt und individuell abgespeichert werden, also die Konditionierungen etwa durch das Marktsystem übertrumpfen. Denn Lebensgefühl und Selbstregulierung würden wirken (Schlüter 2013). Und nicht zuletzt kostet sinnstiftender Konsum auch Zeit, sodass auf höheren Ebenen der Maslow'schen Bedürfnishierarchie weniger Arbeit den gehobenen Konsum induzieren. Doch trotz all dieser eingebauten Mechanismen dürfte ohne solidarisch koordiniertes Handeln der gewünschte Effekt auf die Erwerbsarbeitszeitverteilung nicht erzielt werden, und so landen wir wieder bei der Bildungspolitik – und diesmal auch bei der Gesundheits- und Industriepolitik –, die das Fundament einer solchen Koordination bilden könnten.

Emanzipieren sollten wir uns vom Regelbegriff der Arbeit als einem Leid, das nur auf sich genommen wird, damit das Leid aus Konsumarmut nicht dominant wird (Bartel 2014b). Arbeit ist vielmehr Lebensinhalt, und nur wenn sie nicht sinnstiftend ist, hat der Einkommensaspekt alleinige Bedeutung. Arbeit und Arbeit sind aber nicht gleich; Arbeit ist nicht homogen; sie kann Leid oder Erfüllung sein. Daraus ergibt sich eine erste Implikation: Aus Gleichheitsüberlegungen (Gerechtigkeit?) könnten gute (i. S. v. interessante, angenehme) Arbeiten schlechter entlohnt werden als gute Arbeiten. Es könnte als eine echte freie Wahl gewertet und als anspruchsgerecht beurteilt werden, wenn jeder und jede sich zwischen einem hohen Nutzen unmittelbar aus der Arbeit oder aber mittelbar aus dem Konsum entscheiden könnte. Zumindest würde dadurch die Unzulänglichkeit *in puncto* Chancengerechtigkeit gemildert. Denn bei mangelnden Voraussetzungen für anspruchsvolle Jobs würde diese Benachteiligung durch hohes Konsumpotenzial (oder große Spendenmöglichkeit) in etwa kompensiert werden. Eine solche Entlohnung nach dem Arbeitsleid könnte immerhin die materielle Hierarchie umkrepeln: der Großverdiener mit anspruchsvoller, aber befriedigender Arbeit wechselt im Extremfall ins Prekariat und der geplagte Kleinverdiener wird durch sein Arbeitsleid zum Großkonsumenten. Wollen wir die materielle Hierarchie allerdings nicht auf den Kopf stellen, wäre eine Entlohnung mit zumindest einigermaßen gleichen Reallohnsätzen der naheliegende Schluss – eine Alternative zum Marktmechanismus, wie funktionieren sollte und in praxi auch aussieht. Das entspricht dem Spielen des „Freigeistes“ als der Fiktion Friedrich Nietzsches vom überlegenen Bringer kreativer Ideen und sozialen Fortschritts (Ruckenbauer 2012).

Arbeit hat zudem Bedeutung, weil sie ein materiell befriedigendes Leben im Sinn eines auch kulturellen Auskommens gewährleisten soll, das soziale Integration erleichtert (z.B. das Wachstum der Mittelschicht durch Aufstiege) und wirtschaftliche Krisen infolge kreditfinanzierter Aufholjagden im Lebensstandard mit den Reichen (Belabed/van Treeck 2014).

4.3. Wirtschaftspolitik, -wissenschaft und Finanzmärkte

Emanzipieren sollten wir uns von dem Begriff der Wirtschaftspolitik, der hauptsächlich die ökonomische Effizienz in den Blick nimmt und daher auf einem einzelwirtschaftlichen Verständnis von gesamtwirtschaftlicher Politik beruht. Ein guter Wirtschaftspolitiker hat nicht viel mit einem guten Unternehmer gemeinsam, denn ein Staat hat sein Wesentliches nicht mit einem privaten Konsumhaushalt gemein, eine Volkswirtschaft ihr Wesentliches nicht mit einem Profit-Unternehmen zu tun (Bartel 2000).

Emanzipieren sollten wir uns von dem Begriff der Wirtschaftspolitik, der die Wähler_innen als Lai_inn_en ansieht und ihnen daher die Informationsarbeit und Entscheidung abnimmt, indem er die Märkte zu allwissenden und objektiven Schiedsrichtern über die Qualität der Wirtschaftspolitik macht und daher der Demokratie einen Scheincharakter verleiht, funktioniert die politische Willensbildung dann doch *top-down* statt *bottom-up* und nimmt so die Züge einer Oligarchie oder Monokratie an.

Emanzipieren sollten wir uns von dem Begriff der Finanzmärkte als einer Institution mit rationalen Akteur_inn_en, die auf Grundlage sorgfältig aus der Gesamtheit ausgewählter Daten, kühl verwerteter Erfahrung und solide objektivierter Prognosen die wahren Knappheitsverhältnisse an Finanzkapital angesichts der letztlich realwirtschaftlichen Finanzierungserfordernisse ausloten können und die Finanzaktiva demgemäß richtig verpreisen. Dabei wagen die Marktteilnehmer_innen nie den Totalverlust einer Finanzfirma, die ihnen gehört oder in sie beschäftigt sind. Die Finanzmärkte, die am ehesten von allen Märkten als effiziente Märkte (und Vorbild für alle anderen Märkte) angesehen wurden und es großteils, im Mainstream, noch werden, stellen sich seit langem und immer wieder völlig anders dar (vgl. z. B. Keynes 1936/1973, Minsky 1977, Shiller 1995). Die Negierung dieser alternativen Erklärungsansätze deutet darauf hin dass, der Zweck des Mainstream-Wissens gerade auf Arbeits- und Finanzmärkten die Beherrschung der Gesellschaft durch einzelne Gruppen ist (Ruckenbauer 2012). Der Markt herrscht, doch eigentlich herrschen die durch das Marktprinzip Ermächtigten, laut Auguste Comte sind das Firmen, Banken und Kapitalist_inn_en (Grabner-Haider 2012).

Es gibt, so die Gegenthese zum Mainstream, keinen Informations- und Allokationsmechanismus, der, abgehoben von den Menschen, eine höhere Leistungsfähigkeit entwickelt als jene, die durch die institutionalisierte Zusammenarbeit menschlicher Individuen überhaupt erzielbar ist. Diesem Grundeinwand gegen inhärent oder tendenziell perfekte Märkte wird immer wieder mit Modelerweiterungen innerhalb des Mainstream begegnet, die stets weitere, komplizierende Aspekte ins jeweilige Modell integrieren, aber an den wesentlichen Grundannahmen nichts Wesentliches ändern. Solcherart gleichsam halbe Sachen in einem bestimmten, arteigenen Modell zu machen, ist eine Verteidigungsstrategie eines oft zu wenig hinterfragten Paradigmas (Rothschild 1999).

Das Dogma vom effizienten Markt, der zwar nicht immer, aber im Allgemeinen effizient arbeitet (wohlgemerkt, der Markt arbeitet, nicht die Menschen), wird sowohl als grundsätzliches Finanzmarktmodell (Dittli 2013) als auch als vorbildliches Allgemeinmodell für die Märkte schlechthin verwendet. Deshalb kommt es eben auch bei fundamentaler Kritik und schwerwiegenden Anwendungsproblemen in der Realität dennoch zu keinem Paradigmenwechsel (vgl. dazu auch Grimm et al. 2014). Es gelingt kein grundsätzlicher Abschied von der Ergodizität (hierfür sei ein Thermostat mit seinem rückkoppelnd stabilisierenden Selbststeuerungsmechanismus als Vorbildlichung für dieses Konzept gewählt) – trotz zumindest zweier Jahrzehnte der *Behavioural Finance* (Sewell 2007/2008), der Wissenschaft vom (allzu) menschlichen Verhalten der Finanzmarktteilnehmer_innen, die mit dem *Homo oeconomicus* nicht viel gemein haben.

„Durch Anerkennung systematischen Entscheidungsversagens in Bezug auf Risiken und Information darüber erhält unabhängige, effektive Kontrolle – abseits von Marktanreizen – einen entscheidenden Stellenwert“ (Bartel 2009: 163).

Die Finanzmärkte eignen sich insofern als Paradebeispiel und Angelpunkt neoliberaler Wissenschaft und Politik, als sie zum einen als börsennah, rational und effizient präsentiert werden kön-

nen (Propaganda- statt Implementierungsfunktion) und zum anderen der dominante Einfluss vom monetären auf den realen Sektor der Wirtschaft ausgeht. Letzteres liegt heutzutage speziell daran, dass in einer liberalisierten und globalisierten Wirtschaft die relative Macht beim Finanzkapital liegt, gefolgt vom Sachkapital und, weit abgeschlagen, das Humankapital am stärksten die Anpassungslast trägt, die ihm die anderen beiden Kapitalien, aber ursprünglich und ursächlich das Finanzkapital, aufbürden (Bartel et al. 2006). Daher gibt Nobelpreisträger für Ökonomik von 2008, Paul Krugman, die Stoßrichtung vor:

„Amerika braucht einen Sozialstaat nach dem Vorbild Europas und ein stark reguliertes Finanzsystem. (...) Bankgeschäfte müssen dringend wieder langweilig werden“ (Krugman 17. 5. 2009, 21:22 Uhr MESZ, www.sueddeutsche.de/finanzen/350/464944/text/ [8.9.2014]).

Die Alternativen in der Wirtschaftswissenschaft brauchen auch Galionsfiguren wie John K. Galbraith, Paul Krugman, Joseph Stiglitz oder Thomas Piketty – nicht weil sie die Wahrheit kannten, sondern weil sie es verstehen (und wohl auch genießen), die Aufmerksamkeit vom dominanten Meinungskartell abziehen und schlicht auf anderes konzentrieren. Überdies mögen sie einen gedanklichen Sog auslösen, in dem sich nur auch internationale Organisationen plötzlich für neue Positionen öffnen. Das legt ein Lobbying nahe, das freilich einer wissenschaftlich orientierten Persönlichkeit nicht unbedingt liegen muss und daher eine bestimmte Spezialisierung erfordert. Immerhin gilt die Gefahr des Elefantenbeinturmdenkens auch für alternative Ökonom_inn_en, da es doch viel einfacher und angenehmer ist, einander zu bestätigen und anzuregen, als sich v. a. auf Mainstream-Veranstaltungen der Mehrheit argumentativ entgegenzustellen und in diesem Umfeld das dort Unsagbare zu sagen. Der Ansatzpunkt sollte daher primär ein anderer sein: weniger die *Peers* als vielmehr die interessierte Öffentlichkeit (*grassroots and followers*) – und dabei kann man die Medien am besten mitnehmen (Schachinger 2012).

Die jüngste Weltfinanz- und -wirtschaftskrise hat eine historische Chance auf einen Umschwung in der ökonomischen Wissenschaft ausgemacht, die wider Erwarten nicht dazu genützt werden konnte. Die Gründe liegen in einer Art von Einigelung im Elefantenbeinturm der methodisch anspruchsvollsten und extrem deduktiven Analytik, in der relativen Seltenheit großer und breitenwirksamer Persönlichkeiten im alternativen Lager der Ökonomik, in der Hinneigung der Politik zu bis zur Abhängigkeit der Politik von den bestens organisierten Gruppeninteressen der Wirtschaft sowie in der mangelhaften Organisation der Demokratie als Prozess hoch qualitativer politischer Willensbildung und Kontrolle der Umsetzung dieses Willens.

Die Demokratiekrise entstand doch infolge der Enttäuschung, Frustration und Resignation der Wähler_innen in Anbetracht der Auswirkungen der eben genannten Faktoren auf das soziale Leben. Dazu führt Barbara Prammer (2013) aus, dass „(...) die Politik die Bevölkerung dazu [brauche], gute Demokratie zu betreiben und daher die Befindlichkeiten der Menschen einzubeziehen und einen Interessenausgleich anzustreben; eine geordnete Auseinandersetzung sei das Privileg der Demokratie, zumal geregelte Konfliktaustragung die Chance auf gute Kompromisse maximiere und Fairness im Ergebnis begünstige“ (Bartel 2013a: 19). Diese von Prammer verfolgte Vorgangsweise besitzt insofern Überlegenheit und Chance, als sie eben nicht quasi machiavellistisch auf die reine Mehrheitsbeschaffung in einer bestimmten Abstimmung setzt und daher nicht riskiert, dass der Zwang, den die Abstimmungsmehrheit ausübt, inhaltlich einmal in diese und einmal in jene Richtung ausschlägt. Vielmehr gelange die Debatte zu einem (wenn auch freilich nicht endgültigen) Ergebnis, das inhaltlich möglichst gut fundiert und daher stark legitimiert und eher anhaltend ist, ganz im Sinn der Vorteile eines Gradualismus wie bei Karl Popper, Horst-Eberhard Richter oder Richard Rorty (Grabner-Haider

2012). Das sollte durch eine breit gestreute Freude an inhaltlicher Auseinandersetzung vorangebracht werden und zunehmend in politische Emanzipation – Selbstständigkeit des demokratischen Souveräns – münden.

Die Chance auf Emanzipation von der Politik existiert, attestiert doch die Persönlichkeitsforschung z. B. nach Gordon Willard Allport dem Menschen eine „funktionelle Autonomie“ zu (Schlüter 2013: 222), die es ihm erlaubt, sich teilweise vom Mechanismus „Stimulus – Reaktion“ zu emanzipieren und den Idealen seines reflektierten Selbstbildes Raum zu verschaffen, den er Organismus nennt (Stimulus – Organismus – Reaktion). Gerade in dieser Hinsicht sind die Finanzmärkte, ihre Krisen und die Wirtschaftspolitik ihnen gegenüber ein sehr günstiger i. S. v. augenscheinlicher Ansatzpunkt.

4.4. Supranationale Wirtschaftspolitik

Emanzipieren (nicht verabschieden) sollten wir uns von einer Institution wie einer EU, die ihre supranationalen Kompetenzen dazu einsetzt, Dogmen situationsunabhängig zu verankern und zu bewahren und durch rigorose, schwer reversible Umsetzung in der sozialen Praxis abzusichern. Was den EU-Bürger_inne_n für ihre politische Dispositionsfreiheit abgeht, ist ein generöser primärrechtlicher, grundrechtlich abgesicherter Katalog der politischen Freiheiten und Möglichkeiten, der, Voltaire folgend, ein Gesellschaftsvertrag zum Schutz vor dem Staat und der Religion ist. Die wirtschaftspolitische Konzeption dort eben nicht zu konkretisieren und vorzuschreiben, denn sie muss offen sein für die situative Entwicklung und die daraus abgeleiteten Konzepte der Wirtschaftspolitik (Dahrendorf 2004). Jede Art von Verfassungstext muss frei sein von religiösen oder quasi-religiösen (naturgesetzlichen) Normen. Wechsel muss möglich sein und leichter einführbar gemacht werden. Auch das ist Emanzipation.

Konkretisiert werden soll in einem Grundrechtstext vielmehr eine die demokratische Praxis und Qualität hochhaltende Organisationsstruktur der Gemeinschaft. In dieser Hinsicht sollte die Grundvorstellung von Charles Louis de Montesquieus Gewaltenteilung stärker beachtet und besser umgesetzt werden. Das Europäische Parlament (EP) muss als Ort der Debatte und Lösungssuche, als der es sich erwiesen hat, das höchste politische Gewicht erhalten. Somit muss ihm erstens die Legislativkompetenz generell zukommen. Zweitens hat das EP eine EU-Regierung zu wählen. Der Europäische Rat hätte dabei ein – allerdings nicht bindendes – Vorschlagsrecht. Die Europäische Kommission (EUKOM) wäre zuteilen in eine Assistenzorganisation des EP bei der Legislativarbeit und in eine Vollzugsorganisation, die der Europäischen Regierung untersteht. Der Europäische Rat und der Rat der EU wären als eine Art Länderkammer als politische Kontrollinstitution vorgesehen und würden sich dabei, in leitender politischer Funktion, des Europäischen Rechnungshofs und der Korruptionsbekämpfungsbehörde bedienen können.

Auguste Comte ordnet der Technokratie einen hohen ethischen Stellenwert zu. Im Sinn von Wilhelm Dilthey soll dort ein objektiver Geist walten, der die gewachsenen strukturellen Verhältnisse in die Überlegungen einbezieht und dadurch auch kein Konzept verfolgt, das der sozialen Realität nicht gut gerecht werden kann (Grabner-Haider 2012). Immerhin veröffentlichte eine Gruppe sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Expert_innen in der EUKOM eine Bestandsaufnahme zur sozialen Lage in der EU, die nicht mit der offiziellen Meinung der EUKOM übereinstimmen musste und ein differenzierteres Bild zeichnete als gewöhnlich; man sah die Problematik schon vor der großen Krise stärker (Liddle/Lerais 2007).

Weiter soll es deutlichere Grenzen der Kompetenz geben, die besser verhindern, dass die supranationale Institution in unzweckmäßiger Weise auf nachgeordneten Ebenen übergreift und sich dort angesiedelte Agenden arrogiert und, umgekehrt, sinnvollerweise auf der obersten Ebene angesiedelte Kompetenzen – jene mit paneuropäischer Koordinationsfunktion – dort vernachlässigt werden. Bei demnach unzweckmäßigen Regelungen sollen nicht nur Regulierungen angedacht werden, sondern soll auch die Debatte über Deregulierungen möglich und willkommen sein (Weizsäcker 1982).

Der ökonomische Theorieansatz der optimalen Kollektivgröße (Nowotny 1996) kann hier bei der Emanzipation argumentativ nützlich sein. Wesentlich ist das Gesamtdenken in jenen Größenordnungen, in denen sich die hauptsächlichen Interdependenzen in Wirtschaft und Gesellschaft abspielen, die über wirtschaftliche Transaktionen hinausgehen. Bereits Ludwig Feuerbach unterstrich, dass auf gesellschaftlicher Ebene strenge staatliche Regulierung vonnöten wäre, da sich das individuelle Glücksstreben auf das jeweilige Individuum selbst beziehe. Immerhin sagen uns Wilhelm Wundt, Edward Thorndike und Burrhus Skinner durch ihre Arbeiten, dass der Mensch kein *Homo oeconomicus* und daher nicht ausschließlich für Egoismus Wettbewerb als Organisationsprinzip in der Gesellschaft empfänglich sei (Schlüter 2013). D. h., dass individueller Egoismus die Wahl einer im Sinn der sozialen Wohlfahrtstheorie gemeinwohlorientierten Partei nicht ausschließt. Dies schafft die politische Chance für den Staat, die dieser auch umsichtig nützen sollte. So wäre nicht ausgeschlossen, dass sich die EU wesentlich stärker zur Transferunion entwickelt, und zwar aus aufgeklärtem Eigeninteresse aller. Auch das ist Emanzipation.

Emanzipieren sollten wir uns von der beliebten diskursiven Floskel, dass österreichische EU-Parlamentsabgeordnete die Interessen Österreichs in der EU bestens vertreten sollen. Dazu brauchen wir keine EU; dazu reichen diplomatische Gespräche bi- und multilateraler Art ebenso aus. Vielmehr sollten wir uns und anderen bewusst machen, dass es primär darum geht, die Gemeinschaftsinteressen der und in der EU zu vertreten und in Österreich bestens zu kommunizieren, statt zu verschweigen, zu übertünchen oder lächerlich dastehen zu lassen. Um das Problem einseitig kommerzieller Medienberichterstattung zu umgehen, müssten von den Abgeordneten der einzelnen Europaparteien jeweils Medien auf den unterschiedlichen Qualitätsebenen herausgegeben werden, bis hin zum Infotainment. Etwa nach Virginia Satir müssen die Kommunikationsebenen einander decken.

Übersetzen wir „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in moderne Diktion, so ergeben sich die Eckpfeiler der europäischen Aufklärung als: Befähigung zur Mündigkeit, sozialer Ausgleich und gesellschaftliche Solidarität. Gerade auf der umfassenden Ebene der EU müssen solche Inhalte Zentrum und Ausgangspunkt der Überlegungen sein. Sie müssten auch derart wiederbelebt werden, dass sie obendrein als realisierbar empfunden werden können, sonst bleiben sie Floskeln. Immerhin argumentierte schon Johann Gottlieb Fichte, in der Rechtsgüterabwägung hätte die Gerechtigkeit ein höheres Gewicht als die Freiheit.

Das Miteinander muss in einer Union, die Gemeinschaft statt Joch sein will, entworfen werden. EU-Europa muss insofern neu gedacht und praktisch revidiert werden. Laut Jürgen Habermas soll die beherrschungsorientierte „instrumentelle Vernunft“ durch die emanzipatorische „praktische Vernunft“ ersetzt werden (Grabner-Haider 2012: 196). Im Kommunikationsbereich fordert er daher statt eines repressiv verzerrten einen herrschaftsfrei unverzerrten Dialog, was wiederum Gleichwertigkeit der Gesprächspartner voraussetzt. Paul Watzlawick nennt die konstruktive Kommunikation symmetrisch und die destruktive Kommunikation komplementär und empfiehlt dazu Schuldfragen

ausgeklammert zu lassen und allseits akzeptierte Instanzen als Korrektiv zu nützen (Schlüter 2013), etwa die Europäische Sozialpartnerschaft. Jedenfalls muss die Kultur des Diskurses eine faktische sein; eine formelle, wie auf EU-Ebene, ist unzulänglich, um eines jeden Würde sowie Kooperations- und Kompromissbereitschaft zu wahren. Die geistige Emanzipation schafft emanzipatorische Wirklichkeiten: da und dort, Schritt für Schritt.

„Um die Wahrheit zu sagen, so bin ich mit mir selbst noch nicht einig, ob ich die Utopie überhaupt herausgeben soll. Der Geschmack der Menschen ist so verschieden, die Gemüter Mancher sind so mürrisch, ihre Sinnesart so unerquicklich, ihre Urteile so abgeschmackt, dass diejenigen besser zu fahren scheinen, die sich dem Genusse und der Fröhlichkeit hingeben, als diejenigen, welche sich mit Sorgen abäschern, etwas zu veröffentlichen, was andern zum Vergnügen oder zur Belehrung gereichen könne, während es eben diese verschmähen oder unfreundlich aufnehmen“ (Thomas Morus: Utopia. Roman. 1516, 1.4) .

5. Organisation und Aussichten sozialer Emanzipation

In großen Teilen der Human- und Sozialwissenschaften finden sich Argumente, die eine Emanzipation von Individuen und Gruppen aus gesellschaftlichen Zwangsnormen nicht als ausgeschlossen erscheinen lassen und Hoffnung geben oder zumindest die Utopie nicht nehmen. Andererseits zeigen uns Empirie und eigene Beobachtungen, dass Wirtschaft und Gesellschaft nach wie stark vermachtet sind und dafür Normen verantwortlich sind, die auch und gerade in der neoliberalen Ära wirken. So können wir uns an dem „pragmatischen Optimismus“ eines Horst-Eberhard Richter (1999: 14) erfreuen, müssen uns aber realistischer Weise auf einen langen Weg der vielen Schritte einstellen. Es bedarf immer wieder eines (jeweils zu Anfang eines Wegabschnitts) größeren oder (auf dem Weg) eines kleineren Impulses. Die Schritte können beschleunigt oder vergrößert werden, wird einmal – leider – eine kritische Schmerzschwelle überschritten oder wird – hoffentlich – die Vorteilhaftigkeit der gesetzten Reformschritte erkannt. Die Messlatte hierfür sollte die soziale Wohlfahrt sein, auch wenn die Markierungen auf ihrer Skala verwaschen und daher stets aufwändig zu lesen sind.

„Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Dass es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe“ (Walter Benjamin, zit. n. Brie 2014: 9).

5.1. Wissenschaft

In den *mainstream economics*, der Neoklassik, dominiert das Modell des sich selbst stabilisierenden Marktes (Ergodizität). Vielfalt in Form von Variationen eines Grundthemas ist weniger kreativ und ungeeignet für einen radikalen, essenziellen Umschwung der Denk- und Modellierungsschemata (Turnovsky 1991, Rothschild 1999), und zwar entweder in Richtung des Unbekannten und Neuen wie schon bei Friedrich Nietzsche (Ruckenbauer 2012) oder in Richtung der real beobachteten Phänomene und der daraus abgeleiteten mutmaßlichen Kausalbeziehungen, wie das bereits David Hume angemahnt hat. Fortschreitende Differenzierung und Komplizierung eines im Wesentlichen unveränderten Grundmodells dient eher der marginalen, angeblichen Verbesserung und daher Verteidigung des Dogmas vom funktionstüchtigen liberalen Markt statt einem wesentlichen Erkenntnisfortschritt (Grimm et al. 2014).

“The world economy lies in tatters. (...)

There are people who believe the currently dominant free-market system to be fundamentally sound. They assume that tinkering on the margins will be a sufficient solution to our condition – a bit more transparency here, a tad more regulation there, and a modicum of restraints on executive pay over there. However, as I have tried to show, the fundamental theoretical and empirical assumptions behind free-market economics are

highly questionable. Nothing short of a total re-envisioning of the way we organize our economy and society will do” (Chang 2010: xiii, 253).

Bei einer alternativen Formulierung der Grundzüge der ökonomischen Theorie sollte man sich – auf der erkenntnistheoretischen Vorstufe dazu – von dem Generalansatz des Sozialpositivismus abgrenzen, zumal dieser transzendente i. S. v. religiösen Zügen trägt. Damit können wir wissenschaftliche Irrtümer zu wiederholen vermeiden, die eine Kausalität von Wissen und Moral (z. B. Spinoza) und von Moral zum Wissen sehen wollen. Verdeutlichte, dass seine Wissenschaft nichts mit Praxisanwendbarkeit zu tun habe. Ganz wesentlich für die Ökonomik als eine Sozialwissenschaft finde ich das Einführen von Narrativen in die Theorie, und zwar einerseits als Weitervermittlung der Entscheidungsgründe für eine bestimmte Axiomatik, also für speziell angenommene Grundvoraussetzungen für die Theoriebildung; diese Grundidee geht offenbar auf David Hume, Wilhelm Dilthey und Jean-Francois Lyotard zurück (Grabner-Haider 2012). Andererseits gipfelt das Narrativ als ziemlich induktive (stark von der Realität ausgehende) Methode und Ergebnis der Analyse im Perspektivismus eines Friedrich Nietzsche oder Pierre Bourdieu (Lemke 1998).

Die Wirtschaftswissenschaft muss sich neben einer neuen Fragen- und Analyseausrichtung zuvor ein neues Selbstbild machen (Bartel 2014).

Nach Richard Rorty sind Diskursethik und Multidisziplinarität (Grabner-Haider 2012) eine gewisse Vorkehrung gegen *more of the same*. Hier soll erneut mit Jürgen Habermas der Hinweis auf die Kritische Theorie, ihr Selbstverständnis als „unterscheidende Sozialwissenschaft“ und ihre besonders einschlägige gesellschaftliche Verantwortung genügen (Grabner-Haider 2012: 196). Diesbezüglich weist sie uns darauf hin, dass Wissenschaftlichkeit in der Erfassung der Alternativen besteht und in der Begründung der Selektion wissenschaftlicher Ansätze und wirtschaftspolitischer Empfehlungen, ob diese nun expliziter oder impliziter Natur seien. Dazu braucht es möglichst breit anerkannte Prozedurverschriften und Qualitätsstandards, die eine gemeinsame Auffassung von Professionalität schaffen sollen, wie dies Paul Watzlawick, der Meister der Erklärung von Missverständnissen, als nützlich angibt (Schlüter 2013).

Als auslösend dafür den (über-)fälligen Schritt einer zweckmäßigen und vertretbaren Ordnung der Sozialwissenschaften (und die Ökonomik ist eine von ihnen oder sollte es sein – auch dazu diene ein einschlägiger Wissenschaftskodex) bietet sich die Motivation an, dass dadurch die Wirtschaftswissenschaft sich nicht noch weiter von der Realität entferne und nicht weiterhin der Häme anheimfalle, die nur mit Klubbildung und Arroganz zu ertragen ist, wie dies eben nicht von der Hand zu weisen ist.

Doch die Reputation in einer breiten Öffentlichkeit einer Wissenschaft ist ein so genanntes öffentliches Gut, das aufgrund seiner Wesensart zum „Schwarzfahren“ anreizt, also die einzelne Wissenschaftsperson motiviert, den Reputationsaufbau, -umbau oder -erhalt den jeweils anderen zu überlassen und sich im – dann aber schlecht bleibenden – Glanz der Profession zu sonnen. Das erhält freilich den Status quo, ändert aber dennoch nichts am Einfluss der Ökonomik auf die Wirtschaftspolitik. Warum?

Politik ist im neoliberalen Zeitalter dankbar für eine wissenschaftliche Fundierung ihrer die Wirtschaft und Gesellschaft umbauenden Strategien. Erstens kann sich die Politik dadurch als sozial zeigen, dass sie die Empfehlungen der ökonomischen Profession ohnedies nicht radikal umsetzt, sondern eben mit menschlichem Gesicht. Zweitens ist das *Bashing* der Ökonom_inn_en, wie sich gezeigt hat, ohnedies nur auf jene relativ kurzen Zeiten beschränkt, in denen Krise ausgerufen ist – gemessen

an der (selten) negativen Veränderungsrate des realen BIP – oder in denen es strategisch opportun erscheint, sich als empathisch, volksnahe und sozial zu geben (wie es eigentlich eine funktionelle, zweckmäßige Politik sein sollte). Die Ökonom_inn_en halten dies aus, sie halten eben, wie gesagt, die Schotten dicht und beeindruckten im Übrigen mit formaler Eleganz.

Aus Gründen der Effizienz ist die Bildung von Organisationen auch auf der Seite der kritischen Ökonomik angezeigt. Im Wesentlichen dienen alternative wissenschaftliche Organisationen als institutionelle Freiräume für essenzielle Weiterentwicklungen der Ökonomik, der in vielen Universitätsinstituten und Forschungsinstituten nicht oder nicht mit kritischer Masse zur Verfügung steht. Solche Plattformen für alternative Forschung können offene Fachzeitschriften, kritische Gedankenzirkel (etwa im Sinn des Netzwerks) oder Forschungs- und Lehreinrichtungen jeglicher Art sein, ebenso Zitier- und Berufungszirkel sowie Karriereseilschaften.

Eine Reartikulation der Forschung allein wird wenig effektiv sein, was die Entwicklung der Wissenschaft auf längere Sicht anbelangt. Die über Jahrzehnte währende Weiterentwicklung und Neubelegung des ökonomischen Liberalismus im 20. Jahrhundert (Nordmann 2005) kann und soll dafür ein – freilich verbesserungsoffenes – Vorbild sein und darf auch die Lehrtätigkeit nicht gering achten. Immerhin forderte John Stuart Mill vom Staat die Verantwortung für ein Bildungssystem ein (Grabner-Haider 2012). Wissenschaftspolitik muss daher auch eine Minderheitenschutzpolitik sein,

Was die Breitenwirkung, Rezeption und nachhaltige Verankerung der alternativen Botschaften anbelangt, ist eine Schlüsselposition in der Übersetzungs- und Kommunikationsgeschicklichkeit zu sehen (Bartel 2014a, b).

5.2. Politik

Als idealistischer Studierender oder engagierter junger Lehrender ist man bemüht, mit den theoretischen Argumenten der normativen Sozialen Wohlfahrtstheorie doch der positiven Theorie der Wirtschaftspolitik (Neue Politische Ökonomik, *Public Choice*) ebenso entgegenzuhalten wie der verbreiteten Politikfeindlichkeit in der Bevölkerung allgemein. Mit der Zeit und der Betrachtung der politischen Verhaltensweisen ist man immer mehr geneigt, der vormals konträren Sichtweise zuzuneigen. Eine kognitive Divergenz hat sich schließlich aufgetan, und der Blickwinkel ist deutlich relativiert.

Auch die Politik braucht ein neues Selbstbild. Ist der demokratische Druck (Wählen populistischer Protestparteien, hohe und zunehmende Wahlenthaltung) nicht hinreichend, kommt es zu einer politischen Destabilisierung.

Angesichts dessen bin ich sogar veranlasst, eine Schule der Politik vorzuschlagen, damit politische Mandatar_inn_e_n ihre Funktion strikter getreu den Prinzipien der normativen Theorie der Wirtschaftspolitik ausrichten und die wirtschaftsliberalen oder konservativen bis revisionistischen *Public Choice Theory* praktisch nicht durch Evidenz stützen. Damit sind keine Parteiakademien gemeint, die im Sinn unverrückbarer Inhalte ausbilden und jene opportunistischen Parteistrategien in der Politik fördern, die der Offenheit und Diskursethik widersprechen und die Figuren (nach Fritz Perls) der politischen Mitbewerber offen und Konstruktives hintan lassen (Schlüter 2013). Die Vernunft bleibt (gemäß Jürgen Habermas) instrumentell – machtorientiert –, statt praktisch – fortschrittsorientiert – zu werden (Grabner-Haider 2012). Potenzielle Identifikationsfiguren werden von

spin doctors gemacht, statt Visionen zu denken, zu verfolgen und zu leben und sich Partner_innen für den sozialen Fortschritt suchen.

Angesichts dessen und der Realisierungsferne einer Schule der Politik ist zuvor der Klubzwang bei parlamentarischen Abstimmungen zu debattieren – mit dem Ziel seiner Abschaffung und damit einer Belebung des Parlamentarismus und Verbesserung seiner Ergebnisse nach dem *Outcome*-Konzept (statt des bloßen Output-Denkens). Zum Zweck einer ausgewogeneren institutionellen Basis für das Frei- und Querdenken im Sinn einer Gegenmacht, sind hier neue Organisationen innerhalb der Partei oder gemeinsame Institutionen für Politiker_innen unterschiedlicher Couleurs außerhalb einer einzelnen Partei zu gründen. Ein Ergebnis dessen kann in der Folge sein, dass in Koalitionsregierungen Lösungen gemeinsam erarbeitet werden, statt diese einzeln zu erstellen und sie dann taktisch gegenüber dem Partner durchzusetzen. Selbstkonzept und Umfeld bleiben inkongruent; es geht eher um das deutliche Festmachen von Schuld (beim anderen) und Verdiensten (bei sich selbst).

Oft wird beklagt, dass das Volk den Sinn der politischen Auseinandersetzung nicht verstehe (Nur nicht streiten! Arbeiten statt Streiten!). Allerdings dürfte das mangelhafte Verständnis politischer Auseinandersetzung auch auf Seiten der Politik gegeben sein, von wo seinerseits das Unverständnis von Seiten des Volks stammen kann.

Gemeinsame Grundsätze sollen etwa folgende sein: Die Politik ist für das Volk da. Das Volk ist nicht für die Wirtschaft da. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern für die Gesellschaft da. Die Gesellschaft verdient sich eine Politik, die sich nicht prioritär nach den wirtschaftlichen Interessengruppen richtet. Gute Manager_innen müssen keine guten Politiker_innen sein; ihre jeweils arteigenen Aufgabenbereiche überschneiden sich lediglich zum (kleineren) Teil. Das äußerste Bemühen der Politik um Gestaltung für ein gutes Leben für alle Teile und Menschen der Bevölkerung – wenn nötig gegen die kommerzielle Marktlogik – ist kein tadelnswerter, unrealistischer Populismus, sondern Populismus im besten Sinn des Wortes. Marginalisierung von Gruppen bedeutet eine gefährliche Hinwendung zum Totalitarismus (Richter 1974).

Das können die Vertreter_innen der verschiedenen Parteien (noch) nicht unterschreiben, vielleicht können dies nicht einmal alle Vertreter_innen jener Partei, der diese Grundsätze am ehesten entsprechen. So kann freilich der Marsch durch die Institutionen zwecks Schaffung einer Hausmacht für die Frei- und Querdenker_innen ebenfalls effektiv sein – allerdings nur, falls das Umfeld nicht durch Assimilation durch geeignete Anreize speziell auf der jeweiligen Ebene durchsetzt, was nach Carl Rogers nicht zwangsläufig dominant sein muss und Hoffnung gibt (Schlüter 2013).

5.3. Das Volk als souveräner Souverän

Zur politischen Souveränität des politischen Souveräns gehört, wie zur Wissenschaft, die Vollständigkeit der einschlägigen Alternativen und das Verständnis ihrer jeweiligen Inhalte und Argumentationen. Statt der neoliberalen T.I.N.A. (*there is no alternative*) soll deshalb die veritabel politische T.A.M.A.R.A. (*there are many realistic alternatives*) die Grundauffassung in der Gesellschaft im Allgemeinen und in Wissenschaft und Politik im Besonderen prägen. Ansonsten handelt es sich bei T.I.N.A. um eine *Black Box*, die ihren Inhalt verbirgt, nämlich vorenthält, wie die Wertung der Alternativen und die Auswahl der angeblich einzigen Alternative erfolgten. Folglich müssen wir von einer Semi- oder Quasidemokratie sprechen.

Auf der Suche nach dem Momentum, das den Prozess der gesellschaftlichen Emanzipation in Gang setzt, stoßen wir auf das in der Ökonomik schwer zu fassende Phänomen des Altruismus (Simon 1993). Altruist_inn_en werden in der politischen Auseinandersetzung zuweilen als Gutman-schen apostrophiert, um sie zu verunglimpfen und die Debatte dem seriösen Bereich zu entziehen. Als am weitesten gehendes Modell des Menschen als sozialer Akteur würde ich die Altruist_inn_en nicht nehmen und doch eher die Egoist_inn_en heranziehen, die vielmehr dem *Homo oeconomicus* gleichen. So bin ich vor Überraschungen gefeit, die darin bestünden, dass ein Lösungskonzept nicht aufgeht, weil dem Menschen zu viel Gemeinschaftssinn, Kooperationsbedürfnis und Uneigennützigkeit zugeschrieben worden ist. Gerade die liberalen Ökonom_inn_en betonen diese guten sozialen Eigenschaften des Menschen, um damit auszuführen, dass spontan organisierte Verhandlungen zur Kooperation zwischen den Individuen es schaffen, öffentliche Güter zu erstellen, die – nüchterner betrachtet – vorwiegend durch staatliche Bereitstellung entstehen können (Nowotny 1996). Doch im Hinblick auf gesellschaftliche Emanzipation, ebenfalls behaftet mit dem problematischen öffentlichen Gut-Charakter, erfüllen sie eine entscheidende Funktion. Sie schaffen jene oft (zunächst) informellen originären Institutionen, die das Momentum erzeugen, dass andere die emanzipatorische Entwicklung der Gesellschaft, wenn schon nicht miterzeugen, so doch politisch mittragen.

Der Treiber der gesellschaftlichen Emanzipation ist die von Altruist_inn_en getragene Zivilgesellschaft. Auf sie springen in der Folge, *nolens volens*, Medien und Politik auf – letztere aber oft mit erheblicher Verzögerung (bis die Entwicklung mit ausreichender Wahrscheinlichkeit nicht mehr abzulenken ist). Laclau und Mouffe (1985/2002) sprechen von einem Aufbrechen der scheinbar oder vorgeblich naturgesetzlichen Entwicklung der Gesellschaft. Sie gehen so weit zu sagen, dass der Kapitalismus nicht reformierbar ist. Dies erfordert freilich eine doch andere Perseveranz des Reformprozesses als die des Gradualismus. Immerhin argumentiert Wilhelm Wundt, dass die Unterschiedlichkeit der Weltanschauungen mit verschiedenen Charaktertypen begründet werden könne –und diese seien wandelbar (Grabner-Haider 2012).

5.4. Zivilgesellschaft

Entstehen und Weiterwirken von Momentum ist, wie schon oben ausgeführt, unabdingbar. Doch bedarf es des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren (oder überhaupt einer glücklichen historischen Fügung i. S. v. Zusammenfügung kaum plan- und koordinierbarer Entwicklungen). Dennoch lässt sich in den Ablauf der realen, historischen Zeit organisiert eingreifen.

Zivilgesellschaft und Parteibasis sind aus Betroffenenkompetenz Fundus und Quell für Ideen und können mit den Neuen Medien als Kommunikationsplattform (ähnlich dem altgriechischen Stadtplatz als Ort der lebendiger Demokratie) eine zentrale Rolle bei der geistigen, ökonomischen und sozialen Emanzipation spielen. Ernst Bloch schätzt dabei, anders als die anderen Autor_inn_en, speziell auch die Religion mit ihren Gruppen von Anhänger_inne_n als eine Erzeugerin von Momentum (Grabner-Haider 2012). Diesbezüglich stelle ich in Anknüpfung an Bertrand Russell die Frage: Wo sind heute die zahlreichen Philosoph_inn_en? Waren sie historisch doch die Vordenker der allgemeinen Menschenrechte und Menschenpflichten und sind sie wohl nicht so polarisiert wie die Ökonom_inn_en!

Wir sind das Volk! So könnte man in Anknüpfung an Erasmus von Rotterdam formulieren. Selbst wenn das nicht ganz stimmt, erfüllt die Zivilgesellschaft heutzutage (man möchte fast sagen) die wichtigste Funktion in der Ablauforganisation unserer Demokratie, indem sie dem Niedergang in

der demokratischen Qualität entgegenwirkt und den Trend aufheben könnte. Wir kennen und viele schätzen doch Amnesty International, ATTAC, Greenpeace und viele andere.

In vielen Bereichen muss die Zivilgesellschaft ihre Transformationen durchführen, bis daraus einmal Karl Polanyis Große Transformation wird (Brie 2014). Welchen Stellenwert eine einzelne Transformation (gelungene Teilemanzipation) besitzt, hängt letztlich von ihrem Verhältnis zu den anderen Transformationen ab, meinen Laclau und Mouffe (1985/ 2002). Entscheidend für den Erfolg politischer Autonomisierung (sozialer Emanzipation) sind gemäß Alasuutari und Qadir (2014) drei strategische Komponenten: das Ontologische (die Analyse), die Akteur_inn_en und die Vision (Ideale und Ziele). Bertrand Russell gibt der Zivilgesellschaft eine bewegende und treibende Rolle, wo sich die Religion in seinen Augen eben nicht bewegt. Bei Stocken und Stillstand sieht er die Philosophie im Gegensatz zur Religion als Wissenschaft, wenn auch als keine so harte wie die Sozialwissenschaften (daher kommt die Freiheit und die Aktivität, die er den Philosoph_inn_en zuschreibt).

Michael Brie (2014) legt nahe, mit Einstiegsprojekten in Rissen, Spalten und Nischen der Hegemonie anzusetzen. Alex Demirovic (2014) unterstreicht die nötige Ereignishaftigkeit einer wirk-samen Transformation; dabei ergibt sich ein Anknüpfungspunkt an Jakob Morenos therapeutisches Instrument des Psychodramas (Schlüter 2013), das hier auf gesellschaftliche Problemsituationen angewandt werden soll, um Empathie zu erzeugen und unser Vorverständnis für soziale Fragen (Grabner-Haider 2012) zu hinterfragen und ggf. zu modifizieren. John Rawls gesteht den *grassroot movements* darüber hinaus auch zivilen Ungehorsam als Methode zu (Grabner-Haider 2012). Nach Erhard Crome (2014) ist auch die Frage der Gewalt und ihrer Anwendung anzusprechen.

Die Zivilgesellschaft agiert und reüssiert tatsächlich in zunehmendem Maß, sollte aber aus dem Wissenschaftsbereich stärkere Unterstützung erfahren, obwohl es dort systematische Hemmnisse gibt (Bartel 2014). Geistes- und Sozialwissenschaften sollen eine sachliche Fundierung bieten, müssen dazu aber eine Übersetzung aus der Fachsprache in die Alltagssprache leisten (Bartel 2014a). Wissenschaft selbst kann sich nicht sinnvoll durch die uninformierte oder laienhafte Bevölkerung beurteilen lassen (Bartel 2013b), aber sie kann und soll sich durch die artikulierten sozialen Bedürfnisse lenken lassen und dort ihre inhaltlichen und methodischen Stärken im Interesse sozialen Fortschritt einbringen.

Die Politik rezipiert das erwünschte Neue direkt von der Basis und deren Unterstützer_inne_n und/oder mittelbar via Medien und Wahlen. Der Druck von unten muss aufrechterhalten werden, damit die Politik die Zeit nützt. Laut Karl Marx und Rosa Luxemburg ist die Zeit der Raum für Veränderungen (Laclau/Mouffe 1985/2002).

Die erhoffte Transformation/Emanzipation könnten wir mit dem Werdegang von John Stuart Mill vergleichen: vom Marktliberalen zum Andenker des Leistungs- und Gewährleistungsstaates – mit liberaler Grundausrichtung und sozialer Verpflichtung (aus Sozialmoral, nicht wie Schopenhauer aus Mitleid). Ein solcher Grundsatz erlaubt dann relativ leicht, dass je nach historischer Bedingungskonstellation die Politik flexibel sein soll. Gerade dazu sind die so gern vorgeschützten Sachzwänge sachlich zu relativieren.

„Wahrheiten sind Illusionen, von denen man vergessen hat, dass sie welche sind“ (Friedrich Nietzsche (zit. n. Ruckenbauer 2012: 166).

Bis zur Großen Transformation kann der Politikverdrossenheit und Demokratieschwäche eine Repolitisierung folgen; so ist Veränderungspotenzial zu schaffen und kann immer mehr Emanzipation

gelingen. Faktum der und Wissen um die eigene Betroffenheit sowie eine Vision und das Gefühl der Machbarkeit wesentlicher Veränderung sind Grundanreize dazu. Sie können der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wieder eine positive besetzte Bedeutung in der breiten Bevölkerung verleihen und der Emanzipation eine Chance geben. Ansonsten zementiert sich der Mensch – nach Foucault (Fisch 2011) – in einer Selbstregierung in formaler Freiheit und inhaltlicher Unfreiheit auf absehbare Zeit hinaus.

Sagen wir daher zweckoptimistisch mit Ernst Bloch: Verlieben wir uns ins Gelingen!

6. Literatur

- Alasuutari, Pertti; Qadir, Ali (2014): Epistemic governance: an approach to the politics of policy-making, in: *European Journal of Cultural and Political Sociology* 1 (1), 67-84, <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/23254823.2014.887986> (3.9.2014)
- Bartel, Rainer (2000): Volkswirtschaft und Staat als Firmen? In: *Kurswechsel* 16 (2), 91-99
- Bartel, Rainer (2008): Ein ökonomisches Kaleidoskop zur Korruption, in: Fellmann, Ilan; Klug, Friedrich (Hg.): *Vademecum der Korruptionsbekämpfung*, in: *IKW-Schriftenreihe (Kommunale Forschung in Österreich)*, Bd. 116, Linz: Eigenverlag der Stadt Linz, 101-128
- Bartel, Rainer (2009): Weltwirtschaftskrise und Politikwechsel, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 35 (2), 145-186, http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2009_35_2/2009_35_2_0145.pdf (13.8.2014)
- Bartel, Rainer (2010): Am Scheideweg: Durch die Krise werden Grundfragen der Ökonomie virulenter, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 57 (3), 379-400
- Bartel, Rainer (2011): „Es ist besser, eine wichtige Frage zu stellen als eine unwichtige zu beantworten“, in: Klug; Friedrich (Hg.): *In memoriam Kurt Rothschild*, in: *IKW-Schriftenreihe Kommunale Forschung in Österreich*, 9-36
- Bartel, Rainer (2012): Zur ökonomischen Sicht von Gleichheit, in: *Momentum Quarterly* 1 (1), 57-74
- Bartel, Rainer (2013): *Wie politisch ist die Ökonomie? Wie ist die Ökonomie politisch?* Begleitskript für die Vorlesung „Politische Ökonomie“, Linz: Johannes Kepler Universität
- Bartel, Rainer (2013a): *Matrix. Fortschritt durch Märkte?* Papier für den Kongress „Momentum'13 - Fortschritt“, Hallstatt, http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Bartel-Rainer_Matrix_Fortschritt-durch-den-Markt.pdf (15.8.2014)
- Bartel, Rainer (2013b): Wissenschaft neu erfunden? Buchbesprechung von Daniel Innerarity: *Demokratie des Wissens. Plädoyer für eine lernfähige Gesellschaft*. Bielefeld: transcript, in: *WISO* 36 (4), 277-279
- Bartel, Rainer (2013c): *Volkswirtschaftliche Logiken*. Einleitungsskriptum für der Kurs Politische Ökonomie, Linz: Johannes Kepler Universität
- Bartel, Rainer (2013d): *Ein flüchtiger Blick in die Geschichte der Makroökonomik*. Einleitungsskriptum zum Kurs „Wachstum, Konjunktur und Wirtschaftspolitik“, Linz: Johannes Kepler Universität
- Bartel, Rainer (2014): *Wissen im Spannungsfeld der Ökonomik. Warum die Ökonomik (k)eine (gute) Wissenschaft ist*, in: Hirte et al. (2014), 85-111
- Bartel, Rainer (2014a): *Wirtschaft – Wissenschaft – Kommunikation – Politik. Zwischen Objektivierung, Subjektivierung und Kommunizierbarkeit*, erscheint in: *Xing – Ein Kulturmagazin (Verein für Kultur- und Wirtschaftskommunikation)* 10 (27)
- Bartel, Rainer (2014b): *Wie sich die Bilder gleichen – und die Geister scheiden: Mainstream-Ergebnisse in einem keynesianischen (?) Lehrbuchmodell*, in: *Momentum Quarterly* 3 (1), 27-47, <https://www.momentum-quarterly.org/index.php/momentum/article/view/73/49> (15.8.2014)
- Bartel, Rainer; Kepplinger, Hermann; Pointner, Johannes (2006): *Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik*, Wien: Verlag des ÖGB
- Bartel, Rainer; Kepplinger, Hermann; Pointner, Johannes (2008): (Teil-)Privatisierung öffentlicher Gemeinwirtschaft im Strombereich und das Beispiel der Energie AG Oberösterreich, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 34 (2), 215-253
- Baumol, William J. (1982), Contestable Markets: An Uprising Theory of Industry Structure, in: *The American Economic Review* 72 (1), 1-15
- Belabed, Christian A.; van Treeck, Till (2014): Einkommensungleichheit und Leistungsbilanzungleichgewichte als Krisenursache, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, 1. Juli, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ungleichheit-und-lbs-als-krisenursache/> (4.9.2014)
- Blanchard, Olivier; Amighini, Alessia; Giavazzi, Francesco (2013), *Macroeconomics – A European Perspective*. Harlow (UK) etc.: Pearson Education

Bluestone, Barry; Harrison, Bennett (1982): *The Deindustrialization of America. Plant closings, community abandonment, and the dismantling of basic industry*, New York: Basic Books, chap. 3

Bock-Schappelwein, Julia (2005): Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1990, in: *WIFO-Monatsberichte* 78 (7), 499-510, http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25653&mime_type=application/pdf (5.9.2014)

Bourdieu, Pierre et al. (1993/1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: Universitätsverlag

Brie, Michael (Hg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, <http://www.rosalux.de/publication/40720/futuring.html> (3.9.2014)

Brie, Michael (2014): *Vorwort*, in: Brie (2014), 7-11

Cahill, Damien (2014): Damien Cahill interview on neoliberalism, in: *World Economics Association Newsletters* 4 (4), 2-3, <http://www.worldeconomicsassociation.org/newsletterarticles/cahill-neoliberalism> (9.9.2014)

Chang, Ha-Yoon (2010): *23 Things They Don't Tell You About Capitalism*, London etc.: Penguin

Commission of the European Communities (1990): One market, one money, in: *European Economy*, No, 44, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication7454_en.pdf (16.8.2014)

Crome, Erhard (2014): *Transformationsperspektive und die Frage der Gewalt*, in: Brie (2014), 392-418

Dahrendorf, Ralf (2004): Ein merkwürdiges Dokument, in: *Welt online*, 12. Juli, http://www.welt.de/print-welt/article326836/Ein_merkwuerdiges_Dokument.html (10.9.2014)

Dauderstädt, Michael (2011): Europe's Hidden Inequality, in: *Global Labour Column*, February 14, http://www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_Column/papers/no_48_Dauderstaedt.pdf (16.8.2014)

Demirovic, Alex (2014): *Transformation und Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation*, in: Brie (2014), 419-435

Dittli, Mark (2013): Der doppelte Fama, in: *Tages Anzeiger, Blog „Never Mind the Markets ... Here comes the Economy Blog“*, 25. Oktober, o. S., <http://blog.tagesanzeiger.ch/nevermindthemarkets/index.php/33457/der-doppelte-fama/> (16.8.2014)

Erhard, Ludwig (1964): *Wohlstand für alle*, Berlin: Econ-Verlag

Esterbauer, Reinhold (2012): *Martin Heidegger (1889-1976)*, in: Grabner-Haider (2012), 181-183

Fehr, Ernst (1986): Entwicklung und Ursachen der Staatsverschuldung, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 12 (1), 87-105

Fisch, Michael (2011): *Werke und Freuden: Michel Foucault – eine Biografie*, Bielefeld: transcript

Galbraith, John K. (1952): *American Capitalism: The Concept of Countervailing Power*, Boston: Houghton Mifflin

Galbraith, John K. (1973): Power and the Useful Economist, in: *The American Economic Review* 63 (1), 1-11

Galbraith, John K. (2005): *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft*, Berlin: Siedler Verlag

Grabner-Haider, Anton (2012): *Die wichtigsten Philosophen*, 3. Auflage, Wiesbaden: Marixverlag

Grimm, Christian; Kapeller, Jakob; Springholz, Florian (2014): *Führt Pluralismus in der ökonomischen Theorie zu mehr Wahrheit?* In: Hirte et al. (2014), 147-163

Haidinger, Bettina; Knittler, Käthe (2013): *Feministische Ökonomie. Intro*, Wien: Mandelbaum

Halak, Johannes (2012): *Europa, quo vadis? Kosten, Nutzen und Perspektiven der Europäischen Währungsunion (EWU) unter besonderer Berücksichtigung der Theorie optimaler Währungsräume*, Diplomarbeit, Linz: Johannes Kepler Universität

Hirte, Katrin; Thieme, Sebastian; Ötsch, Walter Otto; Hg.Innen (2014): *Wissen! Welches Wissen? Zu Wahrheit, Theorien und Glauben sowie ökonomischen Theorien*, Marburg: Metropolis-Verlag

Huber, Peter (2005): *Aktive Beschäftigung in Oberösterreich*. WIFO Studie, März, http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25708&mime_type=application/pdf (5.9.2014)

Illouz, Eva (2009): The culture of management: self-interest, empathy and emotional control, in: Ziegler, Rafael (ed.), *An Introduction to Social Entrepreneurship*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 107-132

Keynes, John Maynard (1936/1973): *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London – New York: MacMillan – Cambridge University Press

Klaffenböck, Paul (2008): *Reforming the Global Financial Architecture*, Diplomarbeit, Linz: Kepler Universität, <http://www.singleglobalcurrency.org/documents/DAREformingtheGlobalFinancialArchitecturehyper.pdf> (16.8.2014)

Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985/2001): *Hegemony and Socialist Strategy*, 2nd ed., London – New York: Verso

Lemke, Thomas (1998): Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: Universitätsverlag (1993/1997), in: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 21 (2), 90-93

Liddle, Roger; Lerais, Frederic (2007): *A Consultation Paper from the Council of European Policy Advisers. Europe's Social Reality*, http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_stocktaking/docs/background_document_en.pdf (8.9.2014)

Ljunge, Martin (2014): Social Capital and the Family: Evidence that Strong Family Ties Cultivate Civic Virtues, forthcoming in: *Economica* 81, Early View, August 18th, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/ecca.12102/pdf> (19.8.2014)

Marchart, Oliver, Hg. (2013), Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben, in: *Reihe „Gesellschaft der Unterschiede“*, Band 9, Bielefeld: transcript Verlag

Minsky, Hyman P. (1977): The Financial Instability Hypothesis: An Interpretation of Keynes and an Alternative to “Standard Theory”, in: *Challenge. The Magazine of Economic Affairs* 20 (2), 20-27, http://digitalcommons.bard.edu/hm_archive/38 (4.9.2014)

Misik, Robert (2005): „Verräter“ können „flexibel“ sein, in: *Der Standard online*, 6. Oktober: 14:36 MESZ, <http://derstandard.at/2181087> (4.9.2014)

Monbiot, Georges (2013), This transatlantic trade deal is a full-front assault on democracy, in: *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/nov/04/us-trade-deal-full-frontal-assault-on-democracy?view=mobile#opt-in-message>, 4. Nov., 20:31 GMT

Mouffe, Chantal (2013): *Demokratische Politik im Zeitalter des Postfordismus*, in: Marchart (2013), 205-215

Mueller, Dennis C. (1989): *Public choice II. A revised version of public choice*, Cambridge (MA): Cambridge University Press

Müller-Armack, Alfred (1946/1990): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, München: Kastell Verlag

Mundell, Robert A. (1961): A Theory of Optimal Currency Areas, in: *The American Economic Review* 51 (4), 657-665, <https://www.aeaweb.org/aer/top20/51.4.657-665.pdf> (16.8.2014)

Nordmann, Jürgen (2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus*, Hamburg: VSA-Verlag

Nowotny, Ewald (1996): *Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft*, 3. Auflage, Berlin etc.: Springer-Verlag

Ötsch, Walter Otto (2009): *Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie*, Marburg: Metropolis

Ötsch, Walter Otto (2014): Die Macht der Ratingagenturen, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, 24. Juni, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/die-macht-der-ratingagenturen/#more-5899> (16.8.2014)

Popper, Karl R. (1945/1966): *The Open Society and Its Enemies*, 5th ed. (revised), Princeton (N.J.): Princeton University Press, <http://www.inf.fu-berlin.de/lehre/WS06/pmo/eng/Popper-OpenSociety.pdf> (13.8.2014)

- Prammer, Barbara (2013): *Demokratie und Krise*. Vortrag an der Johannes Kepler Universität Linz, 9. Jänner
- Prausmüller, Oliver; Wagner, Alice (2014), Reclaim Public Services, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/reclaim-public-services-zur-aktuellen-auseinandersetzung-um-die-zukunft-oeffentlicher-dienstleistungen/> (15.8.2014)
- Rawls, John (1995): Gerechtigkeit als Fairneß: politisch nicht metaphysisch, in: Honneth, Axel (Hg.), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt – New York: Campus-Verlag, 36-67
- Richter, Horst-Eberhard (1974): *Lernziel Solidarität heute*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Richter, Horst-Eberhard (1976/2012): *Flüchten oder Standhalten*, 5. Auflage, Gießen: Psychosozial-Verlag
- Richter, Horst-Eberhard (1999): Lernziel Solidarität heute, *Vortragsmanuskript*, Berlin, 25.11., http://www.efb-berlin.de/fileadmin/templates/pdfs/archiv-12-04-2013/richter_25-11-99.pdf (22.8.2014)
- Ridderstrale, Jonas; Nordström, Kjell A. (2004): *Karaoke capitalism. Management for mankind*, Harlow etc.: Financial Times – Prentice Hall
- Rodrik, Dan (2002): *After Neo-liberalism, What?* Non-technical paper, Cambridge (MA): Harvard University, http://www.policyinnovations.org/ideas/policy_library/data/01029/_res/id=sa_File1/ (15.8.2014)
- Rothschild, Kurt W. (1999): European Integration and Economic Methodology and Research. Questions and Speculations, in: *Atlantic Economic Journal* 27 (3), 243-253
- Ruckenbauer, Walter (2012): *Friedrich Nietzsche (1844-1900)*, in: Grabner-Haider (2012), 164-168
- Rüdel, Nils (2013): Alan Greenspan – Die Fehler der anderen, in: *Handelsblatt.com*, 26. Oktober, 15:11 MEZ, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/alan-greenspan-die-fehler-der-anderen/8985476.html> (16.8.2014)
- Salamun, Kurt (2012): *Niccolò Machiavelli (1469-1527)*, in: Grabner-Haider (2012), 70-75
- Schachinger, Johann (2012): *Medien machen Politik. Auf welche Weise beeinflussen die Massenmedien politische Entscheidungen?* Diplomarbeit, Linz: Johannes Kepler Universität
- Schlager, Christa (2014), OECD: Sparkurs trifft die sozial Schwächsten, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, 15. April, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeit-heute-raues-betriebsklima-hoher-zeitdruck-2/#more-5465> (15.8.2014)
- Schlüter, Christiane (2013): *Die wichtigsten Psychologen im Porträt*, 3. Auflage, Wiesbaden: Marix
- Schneider, Friedrich; Haigner, Stefan D.; Jenewein, Stefan; Wakolbinger, Florian (2014): Institutions of conflict management and economic growth revisited: a short note, in: *Empirica* 41 (3), 577-587
- Schreiner, Patrick (2013), Aus damals für heute lernen: Der EU-Binnenmarkt und die transatlantische Freihandelszone, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, 1. Oktober, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ein-soziales-europa-ist-ein-gewinn-fuer-alle-auch-fuer-unternehmer/#more-3995> (15.8.2014)
- Schulmeister, Stephan (2011): Europäischer Währungsfonds: fünf dringende Maßnahmen. Kommentar der anderen, in: *derStandard.at*, 9. August, 19:02 MESZ, <http://derstandard.at/1311803094778/Europaeischer-Waehrungsfonds-fuenf-dringende-Massnahmen> (16.8.2014), Printausgabe 10. August
- Schulmeister, Stephan (2014): Killing the Financial Transaction Tax, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, 5. August, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/killing-financial-transaction-tax/> (16.8.2014)
- Schumpeter, Joseph Alois (1942/1975): *From Capitalism, Socialism and Democracy*, New York: Harper
- Sewell, Martin (2007): Behavioural Finance, *University College London Working Paper*, February 2007, revised August 2008, <http://www.behaviouralfinance.net/behavioural-finance.pdf> (10.9.2014)
- Shiller, Robert J. (1995): Conversation, Information, and Herd Behavior, in: *Cowles Foundation Discussion Papers*, No. 1092, <http://cowles.econ.yale.edu/P/cd/d10b/d1092.pdf> (16.8.2014)
- Szigetvari, András (2014): Konjunkturflaute in der EU: Europa sucht das Gaspedal. Kommentar, in: *derStandard.at*, 2. September, <http://derstandard.at/2000005077640/Konjunkturflaute-in-der-EU-Europa-sucht-das-Gaspedal> (2.9.2014)

Tay, Louis; Morrison, Mike; Diener, Ed (2014): Living Among the Affluent. Boon or Bane? In: *Psychological Science*, online first, April 22nd

Tichy, Gunther (1982): Austro-Keynesianismus – Gibt's den? Angewandte Psychologie als Konjunkturpolitik, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 29 (3), 50-64

Tichy, Gunther (2012): Banken- und Staatsschuldenkrise: Ursachen, Folgen, Lösungsansätze, in: *Kurt W. Rothschild Lectures*, 15, Linz: Johannes Kepler Universität

Turnher, Armin (2014): , in: *Falter*, Nr. 34a/14, Beilage „Ökonomie. Eine kritische Handreichung“, 22. August, <http://www.falter.at/falter/e-paper/lesen/1471/okonomie> (22.8.2014), 36-37

Turnovsky, Stephen J. (1991): The Next Hundred Years, in: *The Economic Journal* 101 (1), 142-148

UNCTAD (2013): Capital Account Regulations and Global Economic Governance: The Need for Policy Space, in: *UNCTAD Policy Brief* (28), 1-4, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/presspb2013d2_en.pdf (15.8.2014)

Unger, Brigitte (2013), Ein soziales Europa ist ein Gewinn für alle – auch für Unternehmer, in: *blog.arbeit-wirtschaft.at*, 20. November, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ein-soziales-europa-ist-ein-gewinn-fuer-alle-auch-fuer-unternehmer/#more-3995> (15.8.2014)

van Waarden, Frans (2001): *A Hydraulics of Communicating Vessels. Deregulation and Shifts in Economic Coordinating Mechanisms*, Vortrag an der Oesterreichischen Nationalbank, 12. Jänner

Von der Hellen, Roswitha (2012): *Benedikt de Spinoza (1632-1677)*, in: Grabner-Haider (2012), 96-101

Walker, Marcus (2011): Greek Crisis Exacts the Cruellest Toll, in: *The Wall Street Journal*, Sep. 20th, <http://online.wsj.com/article/SB10001424053111904199404576538261061694524.html#> (14.3.2013)

Weinke, Kurt (2012): *Thomas Hobbes (1588-1679)*, in: Grabner-Haider (2012), 85-89

Weizsäcker, Carl C. von (1982): Staatliche Regulierung – positive und normative Theorie, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 118 (3), 325-343

Ziegler, Meinrad (2008): Heteronormativität und die Verflüssigung des Selbstverständlichen – theoretische Kontexte, in: Bartel, Rainer et al. (Hg.Innen), *Heteronormativität und Homosexualitäten*, Wien, Innsbruck, Bozen: Studienverlag, 13-23

7. Anhang

A.1. Grafiken

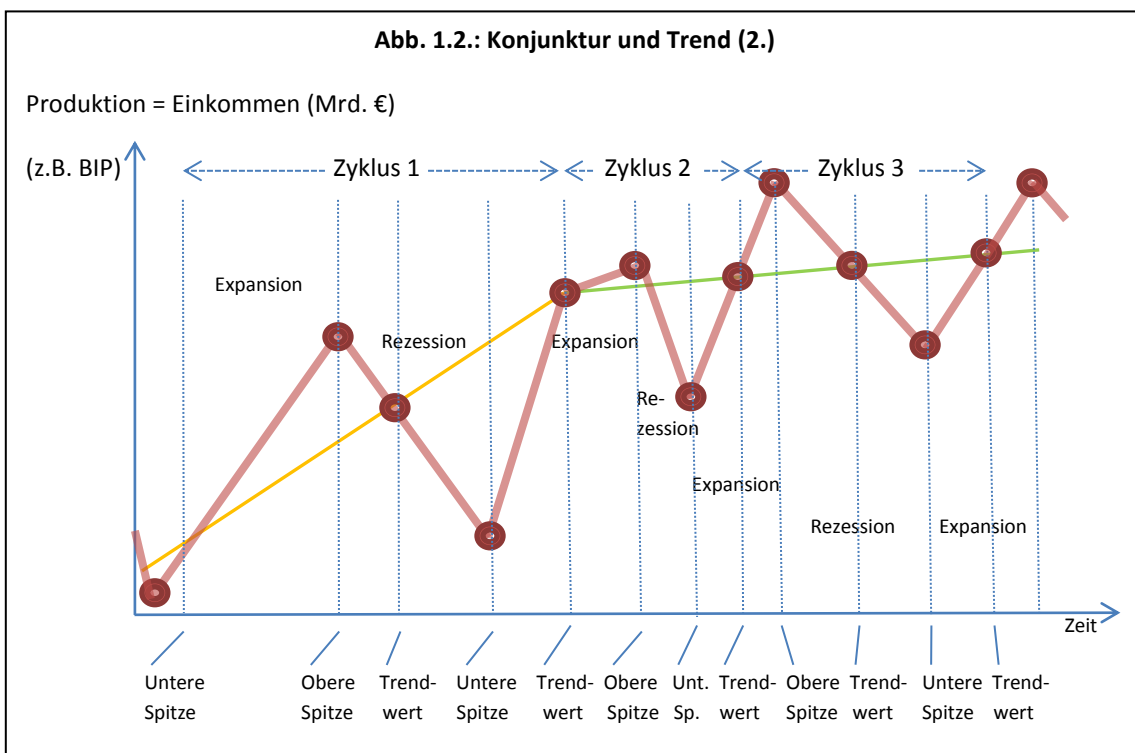
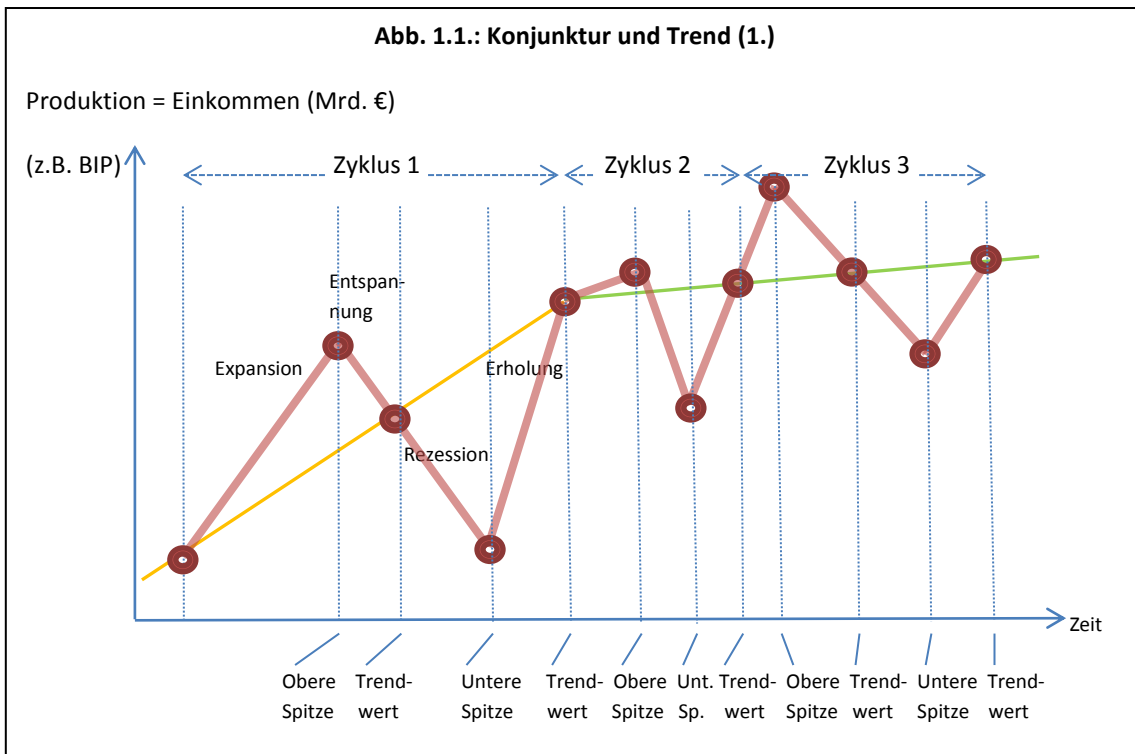


Abb. 2.1.: Österreich 1977-2015: Arbeitslosenquote laut Ö.- und EU-Definition, Wachstumsrate des realen BIP (Q: www.oenb.at, www.wifo.at; 3.9.2014)

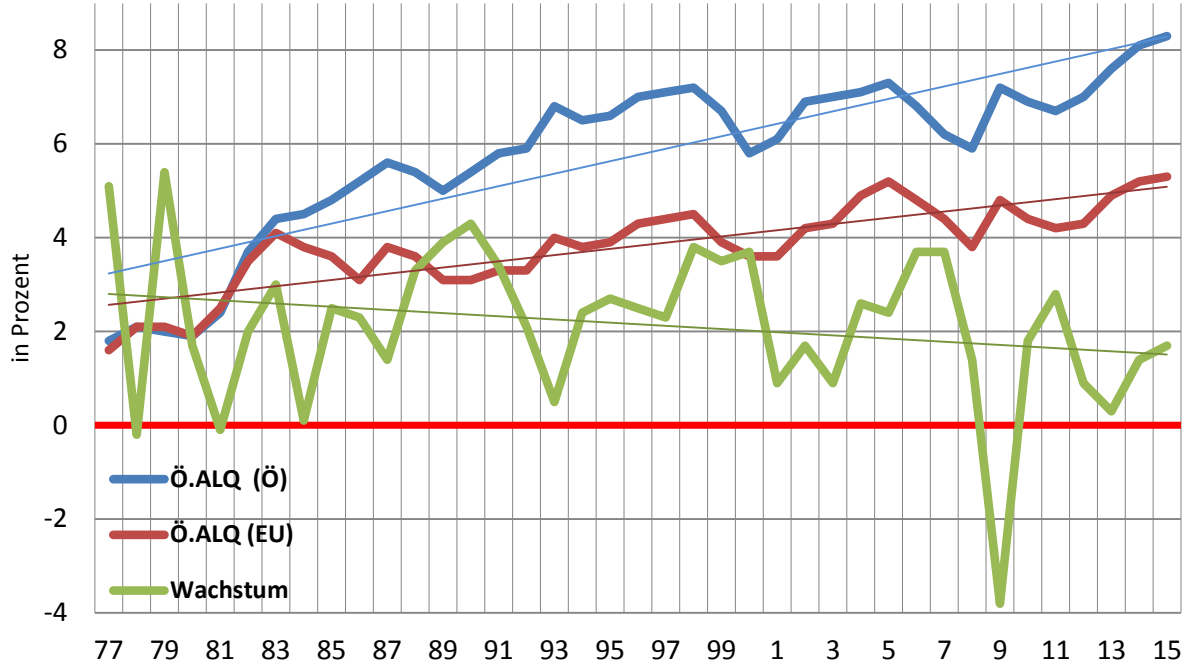


Abb. 2.2.: Österreich 1995 - 2004: Arbeitslosenquote laut Ö.-, EU- und WIFO-Definition (Q: WIFO-Monatsbericht 7/2005: 705)



A.2. Lebensdaten von Humanwissenschaftler_inne_n

Da die Hauptwerke der Personen meist nicht an deren Lebensende geschaffen wurden, sind die Namen nach dem Geburtsdatum geordnet.

Psychologie	
Wilhelm Wundt	1832 – 1920
Iwan P. Pawlow	1849 – 1936
Sigmund Freud	1856 – 1939
Edward L. Thorndike	1874 – 1949
Jakob L. Moreno	1889 – 1974
Kurt Lewin	1890 – 1947
Fritz Perls	1893 – 1970
Jean Piaget	1896 – 1980
Wilhelm Reich	1897 – 1957
Gordon Willard Allport	1897 – 1967
Erich Fromm	1900 – 1980
Jacques Lacan	1901 – 1981
Carl R. Rogers	1902 – 1987
Burrhus F. Skinner	1904 – 1990
Abraham Harold Maslow	1908 – 1970
Alexander Mitscherlich	1908 – 1982
Virginia Satir	1916 – 1988
Margarete Mitscherlich	1917 – 2012
Paul Watzlawick	1921 – 2007
Aaron T. Beck	1921 –
Horst-Eberhard Richter	1923 – 2011
Albert Bandura	1925 –
Philosophie	
Niccolò Machiavelli	1469 – 1527
Erasmus von Rotterdam	1469 – 1536
Michel de Montaigne	1533 – 1592
Thomas Hobbes	1588 – 1679
René Descartes	1596 – 1650
Blaise Pascal	1623 – 1662
Benedikt de Spinoza	1632 – 1677
Isaac Newton	1643 – 1727
Charles Louis de Montesquieu	1689 – 1755
Voltaire (Francois-Marie Arouet)	1694 – 1778
David Hume	1711 – 1776
Jean-Jacques Rousseau	1712 – 1778
Adam Smith	1723 – 1790
Immanuel Kant	1724 – 1804
Johann Gottlieb Fichte	1762 – 1814
Georg Wilhelm Friedrich Hegel	1770 – 1831
Arthur Schopenhauer	1788 – 1860

Auguste Comte	1798 – 1857
Ludwig Feuerbach	1804 – 1872
John Stuart Mill	1806 – 1873
Sören Kierkegaard	1813 – 1885
Karl Heinrich Marx	1818 – 1883
Wilhelm Dilthey	1833 – 1911
Friedrich Nietzsche	1844 – 1900
Edmund Husserl	1859 – 1938
Bertrand Russell	1872 – 1970
Martin Buber	1878 – 1965
Ernst Bloch	1885 – 1975
Ludwig Wittgenstein	1889 – 1951
Martin Heidegger	1889 – 1976
Walter Benjamin	1892 – 1940
Max Horkheimer	1895 – 1973
Karl R. Popper	1902 – 1994
Theodor Adorno	1903 – 1969
Jean-Paul Sartre	1905 – 1980
Hannah Arendt	1906 – 1975
Albert Camus	1913 – 1960
Imre Lakatos	1922 – 1974
Thomas S. Kuhn	1922 – 1996
Jean-Francois Lyotard	1924 – 1998
John Rawls	1924 – 2002
Michel Foucault	1926 – 1984
Jürgen Habermas	1929 –
Jacques Derrida	1930 – 2004
Richard Rorty	1931 – 2007
Robert Nozick	1938 – 2002